



Fragen der Freiheit

Heft 282

Dr. Gerhardus Lang
zum 80. Geburtstag

Der Mensch hat kraft der Vernunft, mit welcher er begabt ist, die Fähigkeit, seine Würde in der Person seines Nebenmenschen zu fühlen wie in seiner eigenen Person, und in dieser Beziehung seine Identität mit ihm zu bejahen. Die Gerechtigkeit ist das Produkt dieser Fähigkeit; sie ist die spontan empfundene und gegenseitig garantierte Achtung der menschlichen Würde.

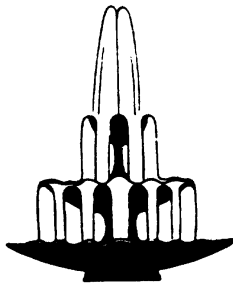
Pierre-Joseph Proudhon

FRAGEN DER FREIHEIT

– Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft –

Folge 282

Dezember 2011



seit 1957

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung e. V.
Badstraße 35, D-73087 Bad Boll, Telefon (0 71 64) 35 73
Internet: www.sffo.de

Inhaltsverzeichnis

	Seite
<i>Fritz Andres, Eckhard Behrens, Jobst von Heynitz</i>	
Dr. Gerhardus Lang zum 80. Geburtstag	3 – 4
<i>Gerhardus Lang</i>	
Bildungswesen und Arbeitswelt – auf ewig geteilt?	5 – 22
Repräsentanten der sozialen Bewegung:	
Henry George – Pierre-Joseph Proudhon – Silvio Gesell	23 – 41
Mensch und Gesellschaft – Krankheit durch soziale Missstände	42 – 54
Ordnungspolitische Vorstellungen für den Bereich des Kulturlebens.	55 – 62
Buchbesprechungen:	
• Dieter Suhr: Die Entfaltung der Menschen durch die Menschen	63 – 69
• Karl Hahn: Der Föderalismus – die demokratische Alternative	70 – 74
Fundstellenverzeichnis	74
<i>Eckhard Behrens</i>	
Die Strenge des Euro mit Regiogeld mildern	75 – 76
Euro- oder Schuldenkrise ? – Eine Verbindung des Euro mit nationalen Regiogeldern überwindet Rezessionen	77 – 88
Griechenland braucht Regiogeld – ein nationales Zahlungsmittel parallel zum Euro	89 – 96
Verzeichnis der Autoren, Fundstelle des Mottos	96

Dr. Gerhardus Lang zum 80. Geburtstag

Lieber Herr Dr. Lang,

Ihr 80. Geburtstag, den Sie in diesem Jahr feiern konnten, ist sicher Anlass gewesen für manchen Rückblick. Auch wir möchten unsere Gratulation und unsere besten Wünsche zu diesem Ehrentag verbinden mit einem Rückblick auf Ihre jahrzehntelange Verbundenheit und tragende Mitwirkung im Seminar für freiheitliche Ordnung.

Als Sie sich im Jahre 1961 in Boll als praktischer Arzt mit homöopathisch-anthroposophischer Ausrichtung niederließen, lag es nahe, dass Sie die Bekanntschaft von Dr. Heinz-Hartmut Vogel machten, der in Eckwälden die Nachfolge von Dr. Hauschka in der Leitung der anthroposophisch orientierten Heilmittelfabrik Wala übernommen hatte.

Heinz-Hartmut Vogel war damals Vorstandsmitglied im Seminar für freiheitliche Ordnung. Es war wohl vor allem sein Buch „Jenseits von Macht und Anarchie“, das Ihr Interesse an der Sichtweise sozialwissenschaftlicher Fragestellungen weckte, wie er sie pflegte. Als Waldorfschüler in Hannover waren Sie schon von Ihrem Lehrer Wilhelm Schmundt auf wichtige Fragestellungen aufmerksam gemacht und für die Probleme unserer Gesellschaft sensibilisiert worden. Aber in eine auch für Sie selbst befriedigende Fassung kamen diese Ideen erst durch Ihre Begegnung mit Heinz-Hartmut Vogel. Die verwandte Sicht, mit der Ihre Blicke als Ärzte auf den Organismus des Einzelnen, seine Gliederung, seine Funktionen und deren Zusammenspiel gerichtet waren, bildete sicher eine gute Grundlage für inhaltliche, vor allem aber auch methodische Gemeinsamkeiten bei der Betrachtung des sozialen Organismus, seiner Gliederung und des Zusammenspiels seiner Funktionen.

Diese doppelte Gesprächsebene mit Heinz-Hartmut Vogel brachte Sie schnell zum Seminar für freiheitliche Ordnung – bald auch als geschätzten Tagungsreferenten und als Autor wichtiger Beiträge in den Fragen der Freiheit. Und als sich die Frage nach der Mitarbeit im Seminar-Vorstand stellte, waren Sie gerüstet und bereit, diese Verantwortung zu übernehmen!

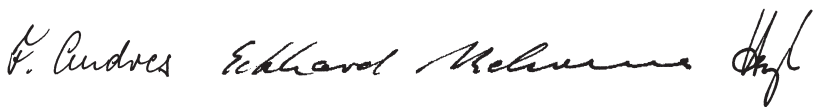
Leider haben Fragen mindern Ranges vorübergehend zu einer Entfremdung geführt, weswegen Sie Ihre Tätigkeit im Vorstand des Seminars vorzeitig niederlegten. Um so mehr freut es uns, dass sich die Zusammenarbeit mit dem jetzigen Vorstand seit dessen Antritt im Jahre 1987 im besten Einvernehmen entwickelte.

Ihre Aufsätze und sonstigen Beiträge – seit einigen Jahren auch im Internet – kommen immer schnell zur Sache, zum Wesentlichen. Sie haben einen unverkennbaren Stil, dem man sofort anmerkt: hier schreibt einer, der will etwas; dem ist es ernst – und von dieser Art sind auch Ihre Diskussionsbeiträge, mit denen Sie die Aufmerksamkeit der Tagungsteilnehmer fesseln.

Ihre produktive Auseinandersetzung mit dem, was Sie lesen, findet in zahlreichen Buchbesprechungen ihren Niederschlag. Und in Leserbriefen sowie im Internet nehmen Sie oft und pointiert zu aktuellen Geschehnissen, die häufig Ihren Zorn, seltener Ihre Begeisterung erregen, Stellung.

Wir haben in dieses Heft einige Ihrer Aufsätze aus länger zurückliegender Zeit aufgenommen, zum Teil aus Folgen, die inzwischen vergriffen sind. Sie sind durchweg – leider – noch immer weitgehend aktuell. In dem einen oder anderen Punkt entspricht das, was Sie in diesen Artikeln niedergelegt haben, vielleicht nicht mehr ganz dem heutigen Stand der Ideenbildung des Seminars – aber der Geist, in dem es geschrieben ist, und die große Linie sind in jedem Fall gültig.

Wir wünschen Ihnen weiterhin den wachen und frischen Geist, aus dem heraus Sie in der Vergangenheit unsern Verein im Sinne unserer gemeinsamen Anliegen bereichert haben, und freuen uns auch für die nächsten Jahre auf eine gute und intensive Zusammenarbeit.



Fritz Andres

Eckhard Behrens

Jobst von Heynitz

Bildungswesen und Arbeitswelt - auf ewig geteilt?*

Gerhardus Lang

»Allem Leben, allem Tun, aller Kunst muß das Handwerk vorausgehen, welches nur in Beschränkung erworben wird. Eines recht wissen und ausüben gibt höhere Bildung als Halbheit im Hundertfaltigen.«

(Goethe, Wilhelm Meisters Wanderjahre, I. Buch, 12. Kapitel)

Zunächst einmal bedarf die These, die in der Überschrift vertreten wird, einer Begründung. Sind Bildung (Erziehung) und Arbeitswelt denn wirklich geteilt? Ist nicht die heutige Schule bereits darauf abgestellt, tüchtige Menschen zu erziehen, die den Erfordernissen des praktischen Lebens, also der Arbeitswelt, gewachsen sind? Wird nicht gerade dieses Ziel von den Kritikern der modernen Schule so hart angegriffen: es würden heute nur angepaßte Menschen erzogen, die dann zu willfährigen Gliedern einer formierten und vermachteten Gesellschaft würden? Vor allem sei die Kritikfähigkeit des Menschen unterentwickelt und müsse dringend geweckt und gefördert werden. Also gerade die angeblich zu starke Bindung der Schule an die Absichten und die Erfordernisse der späteren Arbeitswelt wird kritisiert.

Es ist deshalb notwendig zu untersuchen, ob das heutige Bildungswesen tatsächlich auf eine menschenwürdige zukünftige Arbeitswelt vorbereitet. Man kann vielleicht sagen, daß sie die Kinder auf eine Arbeitswelt vorbereitet, wie die Erwachsenen mehrerer Generationen sie so haben werden lassen. Ob diese Arbeitswelt die »zukünftige« ist, mag einmal dahingestellt sein. Wir sollten unseren Kindern zugestehen, sich selbst eine Arbeitswelt schaffen zu dürfen, die menschlicher ist als die, die wir zugelassen haben.

Mein Thema möchte ich so verstanden wissen, daß die Arbeitswelt des Menschen ganz allgemein selbst als Erziehungsmittel eine Bedeutung habe. Zwar wird immer wieder betont, daß zum Ausgleich für die rein rezeptive Erlernung von Wissen auch körperliche Bewegung, Sport und Spiel nötig sei. Und auch nebenfachlich wird gewerkelt und gebastelt. Daß aber die Möglichkeit besteht, die Arbeit selbst in den Mittelpunkt der Erziehung zu stellen, wird noch nicht allgemein anerkannt. Um dies weiter ausführen zu können, müssen wir uns kurz über den *Ursprung* der Arbeit unterhalten.

* Vortrag, gehalten anlässlich der Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 25.–29.7.1979 in der Bildungsstätte des Bayerischen Bauernverbandes, in Herrsching/A.

Gehen wir zunächst einmal von der Menschenkunde aus. Aus den zunächst ungeordneten Bewegungen des Kleinkindes werden unter zunehmendem Wachbewußtsein koordinierte Bewegungen, die parallel zu der sich langsam ausbildenden Vorstellungsfähigkeit des heranwachsenden Kindes immer geordneter werden. Mit dem Erblühen der kindlichen Phantasie münden sie in das Spiel als erstem Vorläufer der freien Tätigkeit eines Wesens, das seine Intentionen aus sich selbst entwickelt. Die kindliche Phantasie gibt das Ziel für die spielerischen Handlungen des Kindes, es verwirklicht sich selbst im Spiel und schafft seine ihm eigenen Werke. Daran schließt sich im weiteren Erwachen des Bewußtseins das eigentliche Lernen an, die Fähigkeit, seinen Verstand zum Lenker seiner Handlungen zu machen. Damit beginnt ein Tätigsein, das sich vom phantasiegeleiteten Spiel zum zielgerichteten Handeln entwickelt, zum Vorläufer menschlicher Arbeit.

Die Entwicklung der Geschicklichkeit und der Fähigkeiten durch die Erfahrung einer dinglichen Welt schult auch gleichzeitig den Verstand und bewahrt ihn davor, wirklichkeitsfremd zu werden. Diese praktische Ausbildung des Verstandes in der Arbeitswelt vollzog sich in Jahrtausenden menschlicher Kulturentwicklung, wobei es ein Gradmesser der Kulturhöhe einer Epoche sein kann, wie lange sie dem heranwachsenden Menschen die Möglichkeit ließ, sich auf keine einseitige Fertigkeit festlegen zu müssen, sondern lernend die Welt erfahren zu dürfen. Zu einem Höchstmaß der Entwicklung dieser Freiheit der Welterfahrung war man zum Beispiel im hohen Mittelalter gekommen, wo sich in der Handwerkerschaft eine kulturtragende Schicht bildete und der Mensch eine lange Zeit seines Lebens für eine Weiterentwicklung offen bleiben durfte. Das Wort »Erfahrung« stammt aus dieser Zeit und bedeutete schließlich das Ergebnis einer langen Wanderschaft der fahrenden Gesellen, die als Erfahrene dann zur Meisterschaft kamen, die sie zum guten Teil durch die Erziehung, die sie durch die Erfahrungen in der Arbeitswelt erlebt hatten, erreichten.

Die Ordnung der damaligen Welt bestand in der Ordnung der Arbeitswelt. In sie wuchsen die Menschen wie selbstverständlich hinein, und die Erziehung fand unmittelbar, ohne künstliche Separierungen und Anstaltsbildung, statt. Der Mensch wurde ein Kulturwesen, weil die ganze Kultur an seiner Erziehung mitwirken konnte. Zwischen Kultur und Arbeitswelt gab es keine Trennung. Die Trennung von Schule und Arbeitswelt begann sich erst langsam anzudeuten in der Einrichtung von Schulen für geistliches und wissenschaftliches Leben außerhalb der Arbeitswelt. Aber diese Bildungsstätten waren zunächst weitgehend offen für denjenigen, der in sich die Berufung und das Bedürfnis spürte, durch seine geistige Entwicklung an der Kulturbildung mitzuwirken.

Proudhon* sagt: »Da in der intellektuellen Operation Analyse und Synthese wesentlich unzertrennlich sind, und da andererseits die Theorie nur unter der Bedingung berechtigt ist, daß sie Fuß für Fuß der Erfahrung folgt, so ergibt sich, daß die Arbeit, welche Analyse und Synthese, Theorie und Erfahrung in einer stetigen Handlung vereinigt, daß die Arbeit, die äußere Form der Logik, welche folglich Realität und Idee zusammenfaßt, sich aufs Neue als allgemeine Unterrichtsmethode darstellt.«

Proudhon fordert also die Arbeit als Erziehungsmethode, da sie fortwährend notwendig von einer intellektuellen Operation begleitet wird. Diese intellektuelle Operation, die immer die Neigung hat, Theorien zu bilden, und nicht ihrem eigentlichen Gesetz entspricht, auf die Analyse die Synthese folgen zu lassen, ist während der Arbeit gezwungen, diesem Gesetz unaufhörlich treu zu bleiben. Die Arbeit schult sozusagen laufend den Intellekt, seinen Gesetzen zu folgen und immer wieder zur Erfahrung zurückzukehren. »Daraus folgt, daß die ökonomische wie die geistige Tätigkeit und Entwicklung sich bedingen, parallel gehen und prinzipiell gleichartig und gleichwertig sind.« (Proudhon). Oder auch: »Die Idee mit ihren Kategorien entspringt der Handlung und muß zur Handlung zurückkehren, wenn das wirkende Prinzip nicht zu Fall kommen soll bei Strafe der Ausschaltung des Handelnden.« Proudhon unterscheidet hier nicht prinzipiell zwischen sogenannter körperlicher und geistiger Arbeit. Er zeigt vielmehr auf, was beiden gemeinschaftlich ist.

Bei der Entwicklung des Menschen, mit der es das Bildungswesen zu tun hat, ist nun eine solche Unterscheidung zwischen geistiger und körperlicher Arbeit durchaus berechtigt. Zunächst hat die körperliche Arbeit den Vorzug, daß sie mehr dem organisch-lebendigen Pol unseres Wesens zugehört und dem Willen die Möglichkeit gibt, seine Werke zu vollbringen und seine Kräfte zu entfalten. Wohlbefinden und Zufriedenheit sind bei ausgeglichener körperlicher Arbeit das Ergebnis. Sie bildet ganz allgemein den Willenspol des Menschen. Die gesunde Entwicklung unserer Willensnatur ist jedoch auch die Voraussetzung für die gesunde Entwicklung der Verstandesnatur. Es besteht eine gegenseitige Abhängigkeit, die von Proudhon aufgezeigt wurde. Diese Abhängigkeit ist besonders deutlich in der Entwicklung zu verfolgen. Werden in der frühen Jugend die elementaren Willenskräfte, der Tätigkeitsdrang des gesunden Kindes zu früh zur Ruhe gebracht, zu stark einer intellektuellen Ordnung (wie durch Schreiben, Lesen, Fernsehen) unterworfen, so wird später das geistige Wesen des Menschen über kein innerlich aktives Wollen im Erreichen seiner Ziele mehr

* Dieses sowie sämtliche folgenden Zitate von Proudhon sind der Arbeit von Karl Hahn: *Föderalismus – die demokratische Alternative*, München 1975, entnommen.

verfügen. Auch die Entwicklung der Intelligenz ist ein unmittelbares Ergebnis des richtigen Aufeinanderfolgens von körperlicher und verstandesmäßiger Tätigkeit. Die rationale Zügelung der Willenskräfte muß der Bewußtseinsbildung des Menschen zeitlich parallel laufen. Lothar Vogel* sagt dazu folgendes: »Die Gedankenbildung ist die Tätigkeit der geistigen Arbeit. Die Ideen können, wenn sie fruchtbar werden wollen, nicht in ihrem Eigensein verharren. Der Denker würde in der Denkfähigkeit ohne fortschreitende Beziehung zur Welt vereinsamen. Die erarbeiteten Gedanken müssen, wenn sie ihre Fruchtbarkeit erweisen sollen, heruntergeführt werden in die Verwirklichung. Sie müssen ins Handeln, in den Willen herab.« Er zitiert Goethe aus »Wilhelm Meister«: »Denken und tun, tun und denken, das ist die Summe aller Weisheit, von jeher anerkannt, von jeher geübt, nicht eingesehen von einem jeden. Beides muß wie Ein- und Ausatmen sich im Leben ewig fort hin und wieder bewegen; wie Frage und Antwort sollte eins ohne das andere nicht stattfinden. Wer sich zum Gesetz macht, was einem jeden Neugeborenen der Genius des Menschenverstandes heimlich ins Ohr flüstert, das Tun am Denken, das Denken am Tun zu prüfen, der kann nicht irren, und irrt er, so wird er sich bald auf den rechten Weg zurückfinden.«

Wir finden also vielfältig diese Idee der Interdependenz von Denken und Tun, und zwar Tun im Sinne von körperlicher Arbeit. In diesem Sinne ist auch der Ursprung der modernen Technik nicht zu verstehen ohne die Grundlage des Handwerks. War schon das Handwerk im Mittelalter der Träger der Kultur, so wurde es dies erst recht zu Beginn der Neuzeit in der Industrie. Der Aufschwung des Frühkapitalismus mit seinen praktisch-technischen Erfindungen ist ohne das Handwerk nicht denkbar. Die meisten bedeutenden Erfindungen dieser Zeit sind nicht ein Ergebnis der Wissenschaft, sondern des Handwerks. Bis in die Neuzeit hinein sind viele Ideen von den praktischen Berufen ausgegangen. Elton Mayo sagt: »Die Wissenschaft ist tief mit der Geschicklichkeit verwurzelt und kann nur durch die experimentelle und systematische Weiterentwicklung einer einmal erworbenen Geschicklichkeit wachsen. Die erfolgreichsten Wissenschaften weisen daher auch alle eine bescheidene Herkunft auf – die vorsichtige Entwicklung geringer Geschicklichkeiten bis zu einem Punkt, da die logische und experimentelle Ausweitung eindeutig beginnt. Der arbeitende Handwerker stand bei der täglichen Ausübung seines Gewerbes mit dem technischen und wissenschaftlichen Wissen seiner Zeit in enger Verbindung. Die Lehre schloß gewöhnlich die Ausbildung in Mathematik einschließlich

* in »Die Verwirklichung des Menschen im sozialen Organismus« Sonderdruck Fragen der Freiheit 1973

Algebra, Geometrie und Trigonometrie, in Eigenschaften und Ursprung der in dem Gewerbe gewöhnlich verwendeten Materialien sowie in Physik und technischem Zeichnen ein. In gut geführten Lehrstätten wurde für das Abonnement von handwerklichen und technischen Zeitschriften des betreffenden Gewerbes gesorgt, so daß die Lehrlinge die Entwicklung verfolgen konnten.«

Wichtig war eben bei der Ausbildung die Tatsache, daß das Gewerbe eine tagtägliche Verbindung zwischen Wissenschaft und Arbeit lieferte, da der Handwerker ständig wissenschaftliche Kenntnisse, Mathematik, Zeichnen usw. in der praktischen Ausübung seines Gewerbes anwenden mußte. Solche Handwerker bildeten einen wichtigen Teil des wissenschaftlichen Publikums ihrer Zeit und zeigten in der Regel ein Interesse an Wissenschaft und Kultur, das über das unmittelbar mit ihrer Arbeit verbundene Interesse hinausging. Folgendes wird über die damaligen Handwerker berichtet: »Noch verblüffender sind die theoretischen Kenntnisse dieser Männer. Sie waren, insgesamt gesehen, keinesfalls die ungebildeten Stümper, zu denen sie die historische Legende gestempelt hat. Selbst ein gewöhnlicher Maschinenbauer hatte meist gute arithmetische Kenntnisse, wußte einiges über Geometrie, Nivellierung und Meßkunst und verfügte in einigen Fällen sogar über ein ansprechendes Wissen in der praktischen Mathematik. Er konnte die Geschwindigkeit und Stärke von Maschinen berechnen sowie Pläne und Querschnitte zeichnen. Diese höheren Kenntnisse der geistigen Fähigkeiten konnten damals in den zahlreichen technischen Ausbildungsstätten in Dörfern wie Manchester erworben werden. Diese reichten von den Akademien der Dissenters und gelehrten Gesellschaften bis zu den örtlichen Lehrern und Gastdozenten. Es gab ferner mathematische und kommerzielle Privatschulen und Abendunterricht und viele für die Praxis verwertbare Lehrbücher, Zeitschriften und Lexika.« (David Landes, Zit. in H. Bravermann, Die Arbeit im modernen Produktionsprozess, S. 107).

Die blühenden Handwerkerinstitute in der Mitte des 19. Jahrhunderts, die sich in England auf ungefähr 1.200 beliefen und eine Mitgliedschaft von über 200.000 aufwiesen, waren größtenteils dazu da, dieses Interesse durch Vorträge und Bibliotheken zu befriedigen. Das Königliche Institut, das sich in England die Verbreitung der Naturwissenschaften und ihrer Anwendung auf die Industrie zur Aufgabe machte, sah sich – als es zu einem Institut wurde, das zu besuchen Mode war und deshalb seine Exklusivität wahren wollte – gezwungen, seinen Hintereingang zuzumauern, um die Handwerker draußen zu halten, die sich in die Galerie hineinstahlen. Ein Zeitgenosse beschreibt das Interesse der Arbeiterklasse an dieser Fortbildung folgendermaßen: »Die Copper-Union schuf die Möglichkeiten für formale Studienkurse wie auch für Vorlesungen an jedem Samstagabend, die gewöhnlich

von 2.500–3.000 Menschen besucht wurden. Nichts Menschenmögliches hat mich jemals davon abgehalten, diese Samstagabend-Vorlesungen zu besuchen. Ich zitterte förmlich in meinem starken Verlangen nach Wissen. Geistiger Hunger ist genauso quälend wie körperlicher. Jeden Samstagabend sprach ein großer Gelehrter vor einer offenen Versammlung und trug höchst bewundernswert aufschlußreiche Ergebnisse von Experimenten und Studien vor. Manchmal berichtete uns Professor Proctor von den Wundern der Astronomie – davon, was die Naturwissenschaft über Zeit und Entfernung, Licht, Bewegung usw. gelehrt hatte. Die in diesen Vorträgen aufgelesenen Wahrheiten wurden zu einem höchst wichtigen Teil von mir und gaben der Welt für mich unglaublich begeisternde Bedeutung. Diese Vorträge waren hochgeschätzte Gelegenheiten, Autoritäten der Wissenschaft berichten zu hören, was sie taten und was sie dachten. Ich besuchte viele Vorlesungen und Studienklassen über einen Zeitraum von 20 Jahren.« (Gompers, Zit. in Bravermann S. 108).

Wir mögen auch heute noch über die britischen Seidenweber staunen, die man in der Mitte des 19. Jahrhunderts in unglaublicher Armut und Erniedrigung lebend vorfand und die nur kurze Zeit vorher, als die Tage des gelernten Handwebstuhlwebers noch nicht zu Ende waren, ihren Londoner Bezirk zu einem Mittelpunkt von Wissenschaft und Kultur gemacht hatten: »Die Weber waren früher fast die einzigen Botaniker in London, und Liebe zu den Blumen ist bis heute ein deutlich ausgeprägtes Merkmal ihrer Klasse. Vor einigen Jahren, so erfahren wir, verbrachten sie ihre Mußestunden in den kleinen Gärten in der Umgebung von London, die jetzt weitgehend zugebaut sind, und im allgemeinen nahm die ganze Familie sonntags dort ihr Essen ein. Vor nicht allzulanger Zeit gab es eine Entomologische Gesellschaft, und die Weber gehörten zu den eifrigsten Entomologen im Königreich. Diese Vorliebe ist, wenn auch sehr viel weniger verbreitet als früher, immer noch ein Kennzeichen ihrer Klasse. Es gab einmal eine Blumenzüchter-, eine historische und eine mathematische Gesellschaft, die von den arbeitenden Seidenwebern unterhalten wurde. Und der gefeierte Dolland-Erfinder des achromatischen Teleskops war ein Weber. Ebenfalls Weber waren Simpson und Edwards, die Mathematiker, bevor sie vom Webstuhl fortgeholt und in den Dienst der Regierung gestellt wurden, um die Kadetten von Woolwich und Chatham Mathematik zu lehren.« Und über die Weber von Yorkshire und Lancashire wird berichtet: »Jeder Weberdistrikt hatte seine Weber-Dichtung, seine Biologen, Mathematiker und Musiker, Geologen und Botaniker. Es gibt Museen und naturgeschichtliche Gesellschaften im Norden, die immer noch von den Webern zusammengetragene Unterlagen oder Schmetterlingssammlungen besitzen, während es Erzählungen über Weber in abgelegenen Dörfern gibt, die sich selbst Geometrie

beibrachten, indem sie mit Kreide auf ihre Fliesen schrieben, und die darauf brannten, die Differenzialrechnung zu erörtern.« (Bravermann S. 108)

Wir sehen also, wie ein ursprünglicher Trieb in jedem Menschen steckt, sich durch Übung seine geistigen Fähigkeiten fortzuentwickeln. Aber ist es nicht ebenso denkbar, daß die Arbeit selbst auch auf die Denkfähigkeit des Menschen ihre Rückwirkungen hat: In Goethes «Faust» heißt es über die «Gedankenfabrik»:

*»Zwar ist's mit der Gedankenfabrik
Wie mit einem Webermeisterstück,
Wo ein Tritt tausend Faden regt,
Die Schiffelein herüber-, hinüberschießen,
Die Fäden ungesehen fließen,
Ein Schlag tausend Verbindungen schlägt.
Der Philosoph, der tritt herein
Und beweist euch, es müßt so sein.
Das erst sei so,
Das zweite so,
Und drum das dritte und vierte so,
Und wenn das erst und zweit nicht wär,
Das dritt und viert wär nimmermehr.
Das preisen die Schüler allerorten.
Sie sind aber keine Weber geworden.«*

Daß ein Weber durch seinen ständigen Umgang mit einem solchen Prozeß, der dem Denken so verwandt ist, nun auch in der intentionalen Seite seines Denkens angesprochen wird, können wir uns lebhaft vorstellen. Wir sind dann eher in der Lage, eine Verbindung zu Proudhons Behauptung zu finden, »daß die ganze Philosophie jeder natürlichen oder industriellen Manifestation zugrunde liegt.« »Daß alle Postulate der Vernunft sich ebensowohl in der bescheidensten Industrie, wie in den allgemeinen Wissenschaften finden und man so aus jedem Handwerker einen Philosophen, das heißt einen verallgemeinernden und hochsynthetischen Geist machen könnte.«

Wenn wir nun aus der Historie sehen, wie handwerkliches Tun und wissenschaftliche Tätigkeit so nahe beieinander liegen, man könnte fast sagen, sich gegenseitig bedingen, warum sollen wir nicht annehmen, daß körperliche Arbeit in der Form der handwerklichen Geschicklichkeit ein unübertreffliches Mittel der Erziehung nicht nur des heranwachsenden Menschen darstellt? Heinrich Zschokke beschreibt in seiner Selbstbiographie, welche Erziehung er seinen Söhnen angedenken ließ: »Jedem, der reif war, stand die

Wahl des künftigen Berufes frei. Wählte er einen wissenschaftlichen, so mußte er zugleich als Lehrling in die Werkstatt eines Handwerkers oder Künstlers treten; und nicht die Hochschule eher, denn als eingeschriebener Gesell seines Gewerbes beziehen. *So blieb denn allen der Dünkel junger Herren fremd, jeder Stand ehrenwert.* Nach dem Ende der akademischen Studien fühlten sie den vollen Wert dieser schlichten Erziehung.«

In unserem heutigen Erziehungswesen und in der heutigen Gesellschaftsform haben wir uns von den ursprünglichen Verhältnissen zu Beginn der industriellen Ära weit entfernt. Auf der einen Seite entstanden die Schulanstalten, die nicht jedermann zugänglich waren, das Privileg der Bildung, die allein für die Bürgerschicht da war. Auf der anderen Seite wurde die Arbeitswelt mehr und mehr in die Industriehetzten verbannt, in die der heranwachsende Jugendliche erst Einblick gewinnen konnte, wenn er aus der Schule in die Arbeitswelt entlassen wurde. Dieser Wechsel ist noch heute mit einem starken Schock für die Betroffenen verbunden, da die moderne Produktionstechnik auf Jugendliche trifft, die noch im Entwicklungsalter stehend darauf nicht vorbereitet sind. Durch eine diesem Alter nicht adäquate und durch nichts vorbereitete Arbeitstätigkeit werden diese Heranwachsenden ihrer Reifezeit beraubt und ihre Persönlichkeitsentwicklung verstümmelt. Die privilegierte Schicht, die nun die Schule weiter besuchen darf, fühlt sich der zurückbleibenden arbeitenden schon vom Anspruch her überlegen und erklimmt auch später die Positionen, die sowohl Macht als auch überdurchschnittlichen Wohlstand versprechen. Radikale Kritiker des modernen Schulwesens weisen ungeschminkt auf diese Tatsache hin und fordern eine »Entschulung der Gesellschaft« (Ivan Illich). Schule ist in ihrer Sicht Vermittler von theoretischem Wissen und nicht von Fertigkeiten. Durch die Verbindung von Staatsverwaltung mit Prüfung und Auslese ist die Schule zum Instrument geworden, widerstreitende soziale Interessen zu kanalisieren. Dabei wird der für das spätere Leben fruchtbare Wettbewerb in ein Lebensalter gelegt, in welchem der junge Mensch demselben schutzlos und noch nicht im Vollbesitz seiner Persönlichkeitskräfte ausgeliefert wird. Die »Auslese«, die erst später über das Marktgeschehen im freien Wettbewerb berechtigt ist, wird nun dazu benutzt, vorzeitig künstliche Sozialstufen festzulegen, und die Heranwachsenden geraten in die Situation, sich in egoistischer Weise gegenseitig zu bekämpfen. Sind sie in dem Alter, in welchem sie in den beruflichen Wettbewerb eintreten könnten, dann sind sie demoralisiert und entbehren ihre eigentliche Persönlichkeitsentwicklung. Sie haben dann kein Empfinden mehr für Gerechtigkeit. Leistung als Dienstleistung für den anderen wird nicht mehr als solche erkannt, sondern die Arbeit geschieht nur um egoistischer Ziele willen. Es wird als selbstverständlich betrachtet, daß eine errungene Position tributpflichtig für die ist,

die diese Position nicht erringen durften. Einem auf Herrschaft ausgerichteten Staat ist ein solches Beamtendenken angemessen. Die Menschen sind so ständig in Gefahr, sich völlig verknechten zu lassen, was die Tendenz erklärt, Herrschaftsregimes anzuerkennen. Hartmut von Hentig faßt es zusammen: »Die Interessen der organisierten Lehrerschaft und die der Arbeitsgesellschaft fielen zusammen: lange Schulzeit mit wenig und kontrollierbarem ›Choice and Change‹«. Von aller Geschichte abgesehen stellen die Kritiker fest, daß die Schule den Zwangscharakter der Gesellschaft befestigt und erhöht, indem sie systematisch die gleichen Mittel anwendet, und das könne kein Zufall sein! In den vielen Jahren, in denen sie ihr »verstecktes Curriculum« zur Wirkung bringt, gelingt ihr eine durch viele Untersuchungen bestätigte Abrichtung der Kinder auf das System vorhandener Einrichtungen, Torheit und Korruption, und selbst wer daraufhin sein Kind dem nicht aussetzen *will*, kann nicht ausweichen, weil die Schulpflicht eine weitgehende Angleichung aller Anstalten bewirkt hat. Schulverwaltungen regulieren immer mehr; die Erziehungswissenschaft hilft ihr nicht nur dabei, sie leitet sie dazu an; die Unterrichtstechnologie verführt dazu, sich dem programmierten Ablauf hinzugeben, statt ihn selbst zu programmieren; Lehrer werden gezwungen, sich sowohl Skinner wie Summerhill zu fügen. Und deshalb ist für Illich Public oder Social Control ein Alp, eine schwere Belastung der Schule und nicht eine Hoffnung auf kritische Rationalität und Durchsetzung des common sense. Organisierter, verwalteter, professionalisierter common sense nimmt selbst Zwangscharakter an und zerstört die Absichten wirklicher Erziehung. *Man lasse jeden seinen eigenen Weg suchen und gehen und an den Schwierigkeiten lernen, die er dabei hat.*«

Es wird immer angegeben, der Sinn der Leistungsfestlegung und Motivierung in der Schule diene ja gerade dem Zweck, die Kinder auf die spätere Leistungsgesellschaft vorzubereiten. Wenn die spätere Gesellschaft eine wirkliche Leistungsgesellschaft wäre, hätte man vielleicht noch ein Recht dazu. Betrachten wir jedoch unvoreingenommen unsere Gesellschaftsstruktur, so stimmt es zwar, daß die Menschen ständig viel leisten müssen, wenn sie nicht ins Abseits geraten wollen. Aber es sind immer, auch in den gehobenen Positionen, Leistungen, die nicht der autonomen Persönlichkeit entspringen, sondern der Fremdbestimmung, die die jeweils durch die Schulauslese (mit Universität und Berufsausbildung zusammen) gewonnenen Positionen vorschreiben. Die Leistung, die durch das Marktgeschehen honoriert wird, ist die eigentliche Leistung, und diese wird weder ermöglicht, noch leistungsgerecht honoriert. Wir können also feststellen, daß unser heutiges Schulsystem in Ost und West sich darin gleicht, daß im Vordergrund seiner Bemühungen nicht der autonome Mensch, der Fähigkeiten

entwickeln soll, die er zu seiner Selbstverwirklichung benötigt, sondern der einem vorgegebenen System angepaßt steht. Das gelingt natürlich am besten, wenn man den Willen der Menschen von vornherein sich erst gar nicht entwickeln läßt und ihn unterdrückt.

Das beste Mittel, um den menschlichen Willen unter der zunehmend ordnenden Tätigkeit des eigenen Verstandes zu entwickeln, ist dagegen die handwerkliche Tätigkeit, und dort wiederum besonders die künstlerische. Es wäre also zu überlegen, inwiefern die Bildungseinrichtungen, die die Familienerziehung ergänzen sollen, ihr Augenmerk darauf richten, die Entwicklung des tätigen Menschen im gesunden Gleichgewicht mit der des denkenden zu ermöglichen. Vor allem sollte von der Praxis abgegangen werden, Erziehung als Präparation von außen zu verstehen. Abgesehen davon, daß diese Theorie sowieso eine Illusion ist, wie die Sinneslehre nachweist – Wahrnehmen und Erkennen ist immer ein einziger aktiver Akt. Der Mensch ergreift immer aktiv seine Welt, sowohl manuell als auch im Denken, und wesentlich ist, daß er angeleitet wird, seine ihm gemäße Ordnung, das Motiv seiner Handlungen, selbst zu finden. Das kann natürlich nicht in völlig chaotischer Weise geschehen, sondern nur mit Hilfe der erwachsenen, erfahrenen Menschen. Zunächst geht dieser Lernprozeß über die Nachahmung (Steiner), die jedoch auch kein passiver Vorgang ist, sondern die die Eigenkräfte des heranwachsenden Menschen im Sinne eines Vorbildes entwickelt. Diese führt jedoch nie zu sklavischer Nachahmung, sondern dient, wie auch im späteren Leben das Vorbild, nur der Anregung. Nachahmung ist ein Selbsterkenntnisprozeß auf einer unbewußten Stufe. Der Mensch erkennt in der körperlichen und geistigen Bildung des anderen sozusagen seine eigene Bildungsmöglichkeit. Das Streben nachzuahmen, geht immer vom Kind aus, es sucht mit der ihm angeborenen Spontaneität nach Vorbildern. Dem heranwachsenden Jugendlichen dient für seine ihm bewußter werdende Persönlichkeit die Persönlichkeit des Erziehenden als Vorbild, dem er nun nachstrebt. Von der Nachahmung zum Nachstreben findet eine kontinuierliche Entwicklung statt, die wie alle Entwicklungen natürlich Zäsuren hat, Einschnitte, Sprünge. Was zunächst noch unbewußt ins Organische hineinwirkend in der Nachahmung lebt (ahmen ist »ausmessen, nachmessen, nachmessend einrichten, maßnehmen an anderen«), wird nun im Nacheifern ein immer mehr dem urteilenden Bewußtsein unterworfenener Akt. Das Urteil selbst ist dem Erkennen und Wollen übergeordnet und mündet in den eigenständigen Entschluß.

Die Bezugsperson kann wechseln oder es können Beziehungen zu mehreren Personen bestehen. Wichtig ist die völlig freilassende Art des Umgangs der Bezugspersonen mit dem Heranwachsenden. Das hat nichts mit *laissez-faire*, *laissez-aller* der antiautoritären Erziehung zu tun. Im

Gegenteil, in der Autorität, in der reifen Persönlichkeit, die er verehrt oder liebt, erkennt der Jugendliche sein Vorbild freiwillig an und ordnet sich ihr willig unter. Es entwickelt sich das Meister-Schüler-Verhältnis.

In der mittelalterlichen Handwerkerausbildung, die zudem von einem kulturtragenden Menschenbild durchdrungen war, fand diese Ausbildung des ganzen Menschen einst ihren Höhepunkt. Diese Ausbildung ist mit der Industrialisierung verloren gegangen und eine neue Ausbildung, die dem modernen Bewußtsein der autonomen Persönlichkeit entspricht, ist höchstens in Ansatzpunkten vorhanden. Allen modernen Erziehungsmethoden fehlt ein der Wirklichkeit entsprechendes Menschenbild. Aus diesem Grunde ist es zu der einseitigen Entwicklung und alleinigen Anerkennung der intellektuellen Leistungen als Maßstab für den Wert der Bildung gekommen. Es mag vielleicht auch richtig sein, daß diese Entwicklung im Sinne der Durchsetzung moderner Herrschaftsstrukturen verlaufen ist, aber auch hier kann man fragen, was ist Ursache und was ist Wirkung. Hat die einseitige Entwicklung des Intellekts zur Ausbildung von Herrschaft geführt oder haben die staatszentralistischen Bildungseinrichtungen zur einseitigen Ausbildung des Intellekts geführt? Sicher ist beides ein *circulus vitiosus*.

Wie könnten nun Bildungseinrichtungen aussehen, die einem vollen Menschenbild entsprechen? Sie müßten vor allem gewährleisten, daß der autonome Mensch als solcher anerkannt wird und daß Bildung als ein aktives Geschehen des mit Eigenwillen ausgestatteten Menschen anerkannt wird. Manipulation des Menschen muß ausgeschlossen sein. »Man hat über Erziehung ganze Bibliotheken geschrieben; und keine Kunst in der Welt ist doch einfacher. Wie jede Pflanze, jedes Tier, entfaltet sich auch der Mensch von selbst zu dem, was er nach *eigentlichen* Anlagen und Gaben werden kann. Wer mehr oder *anderes* aus ihm bilden will, als wozu die Natur Form und Stoff gab, wird nicht Bildung, sondern Verbildung und Verkrüppelung bewirken. Das wesentliche Geschäft des Erziehenden besteht allein in der Sorge, *das* zu entfernen, was freie Selbstentfaltung eines jugendlichen Geschöpfes hemmt, oder irrt. Nachahmungstrieb, Gedächtnis, dann Einbildungskraft werden im Kinde am ersten tätig. Darum neigt es sich gern hin, das zu sein, was die Umgebung beispielsweise lehrt. Verdorbene Kinder sind durch Verdorbenheit, oder Verkehrtheit, oder Fahrlässigkeit der Eltern oder Erzieher, zuerst verderbt worden.« (Heinrich Zschokke, Selbstschau, Aarau 1859, 1. Teil, S. 347).

Das Prinzip der Gegenseitigkeit zwischen Lehrendem und Lernenden in der Pädagogik ist zu pflegen. Wer gewinnt bei diesem Prozeß der Erziehung? Doch beide, Mutter und Kind, Erzieher und Erzogener. Dieses Bewußtsein zu wecken, ist eine Aufgabe, aber sie muß als Aufgabe gesehen werden. Hartmut von Hentig: »Prinzipiell haben wir in der Schule nicht die

Gegenseitigkeit jeder menschlichen Beziehung anerkannt; prinzipiell sehen wir es nicht so an, daß beide Seiten zu gewinnen haben, wenn der pädagogische Vorgang stimmen soll. Es wird sicher nichts dagegen einzuwenden sein, wenn der Mensch, wie überall, künstliche Dinge und Institutionen schafft, die den heranwachsenden Menschen dienen, sich selbst auszubilden, sich selbst zu finden.« »Schulen sollten so sein wie Klöster«, sagt Ivan Illich. Das bedeutet, daß die Kinder keine »Leistungen« im Sinne von Wirtschaftsprodukten, erbringen sollen. Es soll allerdings das Bewußtsein der heranwachsenden Menschen dafür geweckt werden, daß vernunftgesteuerte Arbeit der Sinn menschlicher Lebensverwirklichung ist und nicht der Genuß der Früchte der Arbeit. »Die Arbeit ist die höchste Manifestation des Lebens, der Vernunft, wie der Freiheit. Die Arbeit ist die moralische und menschliche Ordnung, die im Bewußtsein gegeben ist, noch bevor die Notwendigkeit sie gebietet.« (Proudhon). Sie ist also nicht ein notwendiges Übel, um unser Dasein zu fristen, um materielles Wohlergehen zu erreichen, wie heute allen eingeredet wird, sondern sie ist der Sinn des menschlichen Daseins überhaupt. »Die Arbeit ist Ausfluß des Geistes. Arbeiten heißt sein Leben aufbrauchen: Arbeiten heißt mit einem Wort, sich aufopfern, heißt sterben.« (Proudhon). Indem wir in unserer Arbeit sterben, legen wir den Grund zu neuem Werden. Wir erfüllen in der Arbeit unser Schicksal. Dieser Gedanke weckt in uns die Erinnerung an den Sündenfall der ersten Menschen: 2. Mose 19, »im Schweiß deines Angesichtes sollst du dein Brot essen, bis daß du wieder zu Erden werdest, davon du genommen bist. Denn du bist Erden und sollst zu Erden werden.« Es ist sozusagen die Verwandlung der Erde die Aufgabe des Menschen. Das Wesentliche ist also nicht das Endergebnis, das Produkt, sondern der Prozeß, die Erfahrung, die der Mensch bei der Arbeit macht. Wenn dieses im Bewußtsein des Erziehers lebt, wird er die Arbeit in vollem Sinn als Erziehungsmittel einsetzen können, aber nicht die abstrakt theoretische Arbeit, wie sie heute in den Schulen getrieben wird. Der Ernst, mit dem das Kind spielt, sollte sich fortsetzen in den Einrichtungen, die dem Erlernen der Arbeit und dem Lernen durch Arbeit dienen. Nicht Arbeit zum Zwecke der Produktion und Erzielung von Einkommen, sondern Arbeit als Ausfluß der autonomen, sich entwickelnden, tätigen Persönlichkeit. Die Freude an der Arbeit, am Vollbringen einer Tat soll das einzige Motiv sein, geleitet von der begleitenden Vernunft des Erziehenden, an dem sich die Arbeit des Kindes ausrichtet. Zu der Rolle der Freude der Arbeit zitiert Van de Velde folgendes: »Wieviel fruchtbarer ist Ruskins Anschauung, derzufolge sich jede menschliche Arbeit in Kunst verwandelt, wenn sie freudig ausgeführt wird. Dann ist die Arbeit von dem Fluch befreit, den der Herr aller Dinge dem ersten Menschenpaar auferlegt hat. Dann kann sich das Wunder der Schönheit erfüllen, ihre Vereinigung

mit der Natur, die Ruskin zum Gegenstand seiner Religion gemacht hat.« (Van de Velde, Geschichte meines Lebens, S. 168).

Die menschliche Vernunft entwickelt sich dann aus den Erfahrungen, die das Kind an der Arbeit gewinnt. Dies faßt Proudhon mit folgenden Sätzen zusammen: »Wenn die Erziehung vor allem experimental und praktisch wäre, wenn man nur spräche, um die Arbeit zu erklären, zu resümieren und zu ordnen; wenn man dem mit Augen und Händen zu lernen erlaubte, der nicht mit Phantasie und Gedächtnis zu lernen vermag; so würde man bald zugleich mit den Formen der Arbeit die Fähigkeiten sich vermehren sehen: Jedermann würde die Theorie von irgendetwas und deshalb die Sprache der Philosophie verstehen; er könnte bei Gelegenheit, wäre es auch nur einmal in seinem Leben, etwas schaffen, modifizieren, vervollkommen, Einsicht und Fassungskraft beweisen, sein Meisterwerk hervorbringen, kurz, sich als Mensch zeigen. Die Ungleichheit der Gedächtnisschätze würde nichts an der *Gleichgültigkeit* der Befähigung ändern, und das Genie würde uns nur noch als das erscheinen, was es in der Tat ist, als die Gesundheit des Geistes.« »Wenn es aber erwiesen ist, daß alle Operationen des Geistes sich auf zwei reduzieren, auf Analyse und Synthese, welche notwendig unzertrennlich, wiewohl verschieden sind, wenn ganz konsequent, ungeachtet der Mannigfaltigkeit der Arbeiten und Studien, der Geist immer nur dasselbe Gewebe wieder beginnt, so ist der Mensch von Genie nichts anderes, als ein Mensch von guter Verfassung, der viel gearbeitet, viel nachgedacht, viel analysiert, verglichen, klassifiziert, resümiert und geschlossen hat, während das bornierte Wesen, das in seinem heimischen Schlendrian fortkriecht, anstatt seine Fähigkeiten zu entwickeln, seine Intelligenz durch Trägheit und Automatenwesen getötet hat. Es ist abgeschmackt, als »verschieden von Natur« zu unterscheiden, was in Wahrheit nur dem Alter nach verschieden ist; und ebenso ist es abgeschmackt, die verschiedenen Grade einer Entwicklung, oder die Zufälligkeiten einer Spontaneität, die durch Arbeit und Erziehung sich täglich mehr verwischen müssen, in ein Privilegium und eine Ausschließlichkeit zu verwandeln.«

Die Spezialität des Genies und der verschiedenen Begabungen verrät nach Proudhon gerade die prinzipielle Gleichheit und Gleichwertigkeit der Intelligenz und das Gleichgewicht der Fähigkeiten, die in der kooperativen Arbeitsteilung sich ergänzend zusammenwirken.

»Nach den Zeugnissen der Geschichte, wie nach der Analyse, und ungeachtet der Anomalien, die durch den Antagonismus der ökonomischen Prinzipien hervorgebracht werden, unterscheidet sich die Intelligenz der Menschen nicht in der Stärke, der Schärfe oder Ausdehnung, sondern zunächst nach der Spezialität oder nach der qualitativen Bestimmtheit, zweitens durch Übung und Erziehung. Folglich ist die Intelligenz beim Individuum,

wie beim Kollektivmenschen, weit mehr eine Fähigkeit, welche kommt, sich bildet und entwickelt, als ein Wesen oder eine Entelechie, welche ganz ausgebildet vor der Lehrzeit vorhanden ist. Die Vernunft, oder welchen Namen man ihr gibt, Genie, Talent, Industrie, ist am Anfang eine nackte und träge Kraft, die nach und nach wächst, sich stärkt, Farbe annimmt, sich bestimmt und ins Unendliche schattiert. Durch ihre bedeutenden Eroberungen, durch ihr Kapital mit einem Wort, unterscheidet sich die Intelligenz zweier Individuen, und wird sich immer unterscheiden; aber als Kraft, die bei allen ursprünglich gleich ist, muß sie der soziale Fortschritt, indem er unaufhörlich seine Mittel vervollkommenet, endlich bei allen wieder gleich machen. Sonst bliebe die Arbeit für die einen ein Privilegium, für die anderen eine Strafe.« »... von allen Erziehungssystemen ist das abgeschmackteste das, welches Intelligenz und Tätigkeit trennt und den Menschen in zwei unmögliche Wesenheiten, in einen Abstrahierer und einen Automaten spaltet« (Proudhon).

An diesen Aussagen kann man sehen, welch vorrangige Bedeutung Proudhon der Arbeit als Erziehungsprozeß zugesteht. Deshalb erscheint ihm die Arbeit »als die universelle Art des Unterrichts und als die Quelle der ganzen Erkenntnis, jeder Idee sowie der ganzen Philosophie«.

Zur Arbeit sagt Simone Veil (in »Schwerkraft und Gnade«, München 1954, S. 288): »Das Geheimnis unseres menschlichen Zustandes liegt in dem Fehlen eines Gleichgewichts zwischen dem Menschen und den ihn umgebenden Kräften der Natur, die ihn im Nichthandeln unendlich überreffen; nur im Handeln gibt es ein Gleichgewicht, wenn der Mensch sein eigenes Leben in der Arbeit noch einmal erschafft. Die Größe des Menschen besteht immer darin, sein Leben noch einmal zu erschaffen. Wiederum zu erschaffen, was ihm bereits gegeben ist. Durch die Arbeit erzeugt er seine eigene natürliche Existenz. Durch die Wissenschaft wird er zum Nachschöpfer des Universums mit Hilfe von Symbolen. Durch die Kunst wird er zum Nachschöpfer des Bündnisses zwischen seinem Körper und seiner Seele. Hier ist jedoch zu bemerken, daß jedes einzelne dieser drei, für sich genommen und außer dem Zusammenhang mit den beiden anderen, armseilig, leer und eitel ist. Vereinigung der drei: Arbeiterkultur.«

Diese Vereinigung von Arbeit, Wissenschaft und Kunst in einer Arbeiterkultur war genau Proudhons Ziel: »Es gibt nur ein Mittel, diese traurige Notwendigkeit zu beschönigen und zu veredeln: indem man der Arbeit zugleich ein ökonomisches und ein *künstlerisches Ziel* vorgibt; indem man sie zugleich nutzt und idealisiert. *Diese Idealisation ist zugleich die Maske, hinter der sich die menschliche Würde verbirgt*, wenn sie durch die materielle Not getroffen wird. Sie (die Idealisation) besteht in der zuweilen bewundernswerten Kunst der Herstellung von Werkzeugen; in den zahllo-

sen Bearbeitungsformen der Materie; aber vor allem in der harmonischen Systematisierung dieser Formen, durch welche der ganze Globus verwaltet, einheitlich ausgenutzt und von einem Produktionsmittel in ein Kunstwerk verwandelt wird; mehr noch in ein Instrument des wissenschaftlichen Experiments, der Neugier. Jede Arbeit, die nicht ihrem Wesen nach diesem Ziel zustrebt oder zumindest dieses Ziel reproduziert, ist Sklavenarbeit, ein wahres Zeichen des Verfalls.«

Wir sehen also, daß auch Proudhons höchstes Ziel der Arbeit die Arbeiterkultur ist. Erst die Durchdringung der Arbeit – auch heute der Arbeit in der Industrie – durch das Element der Kunst kann sie wieder zum wahren Menschentum zurückführen. Erste Ansätze, die Tradition des ursprünglichen Kunsthandwerkes auch im industriellen Bereich zur Geltung kommen zu lassen, fanden sich zu Beginn dieses Jahrhunderts im kunstgewerblichen Seminar in Weimar durch Henry van de Velde. Er weist in der Geschichte seines Lebens auf einen Vorgänger hin, auf Colbert, der als Minister Ludwigs XIV die französischen Webmanufakturen mit ihren berühmten Teppichwebereien und -knüpfereien gegründet hat. Diese ursprüngliche Intention wurde dann später in der Gründung des Werkbundes und noch später im Bauhaus fortgesetzt. Interessant sind die Auseinandersetzungen, die van de Velde mit anderen Initiatoren dieser Experimente hatte, im Hinblick auf die Einführung dieser kunstgewerblichen Praktiken in der Industrie.

Es wäre sicher eine eigene Arbeit wert, den damaligen Intentionen noch einmal nachzugehen und sie aufzuarbeiten. Ivan Illichs Forderung nach *Entschulung der Gesellschaft* läuft schließlich darauf hinaus, die alltäglichen Begegnungen, die Werkwelt der Erwachsenen usw. wieder in den Erziehungsprozeß des heranwachsenden Menschen aufzunehmen. Er geht dabei allerdings von Verhältnissen aus, wie er sie in Entwicklungsländern angetroffen hat. Ob sich diese Bedingungen *allgemein* erfüllen lassen, sei zunächst dahingestellt. Unter den heutigen Bedingungen der Industriekonzentrierung ist das sicher nicht möglich. Wir müssen deshalb ganz neue Ansatzpunkte finden.

Fragen wir uns deshalb, wo nun eine solche Bildung stattfinden soll. Sie findet zunächst und vor allem in der Familie statt. Wenn die Familie noch die Möglichkeit hat – und diese sollte ihr wieder mehr und mehr gegeben werden –, grundlegende menschliche Kulturtätigkeiten wie Säen und Ernten, Kochen, Backen, Spinnen, Weben, Pflanzen und Tierpflege in die kindliche Erziehung mit einzubauen, wäre das ein großer Gewinn. Diese in sich sinnvollen Tätigkeiten, die der menschlichen Willkür natürliche Schranken setzen und ein mitsinniges Handeln erfordern, wirken außerordentlich günstig auf die harmonische Entwicklung von Willens- und Erkenntniskräften

des Kindes. Zu dem Aufruf »Rettet die Phänomene «* könnte man hinzufügen: »Rettet die Arbeit« für Bildung und Erziehung. »Versäumen Sie es schon am Anfang nicht, indem Sie dem Kinde den Zusammenhang zwischen dem Ackerbau und dem menschlichen Leben beibringen, dem Kinde eine deutliche Vorstellung von dem Pflug, von der Egge usw. im Zusammenhang mit den geographischen Vorstellungen zu geben. Und einiges davon versuchen Sie namentlich von dem Kinde nachahmen zu lassen, wenn auch als kleines Spiel- oder Kunstwerk. Dadurch wird das Kind geschickt, und dadurch wird das Kind geeignet gemacht, sich später in richtiger Weise ins Leben hineinzustellen. Und wenn man gar könnte kleine Pflüge machen und die Kinder im Schulgarten ackern lassen, wenn man sie könnte mit kleinen Sicheln mähen lassen, so würde man eine gute Verbindung zum Leben herstellen. Denn wichtiger als die Geschicklichkeit ist die seelische Verbindung zwischen dem Leben des Kindes und dem Leben in der Welt. Denn es ist tatsächlich so: ein Kind, das mit der Sichel Gras abgeschnitten, mit der Sense Gras abgemäht hat, das mit einem kleinen Pflug Furchen gezogen hat, wird ein anderer Mensch, als ein Kind, welches das nicht getan hat. Das Seelische wird dadurch einfach etwas anderes. Der abstrakte Handfertigkeitenunterricht kann das eigentlich nicht ersetzen.« (Aus Rudolf Steiner: Erziehungskunst. Methodisch-Didaktisches. 11. Vortrag.)

Unmittelbar an die landwirtschaftliche Arbeit könnten sich handwerkliche Betätigungen in der Bearbeitung von Holz, Ton, Metall und anderen pflanzlichen Werkstoffen anschließen. Das Umgehen mit solchen Techniken schafft Erfahrungen, an denen sich wissenschaftliches Denken ohne Mühe anknüpfen ließe. Außerdem sollte Unterricht nicht das Anhäufen von erfahrungslosem Wissen bedeuten, sondern immer Anleitung zum Selbsterfahren sein. Anstaltserziehung muß in dem Sinne, in dem sie heute betrieben wird, völlig verschwinden. Sie ist ein Ansatz zur Ghetto- und Abkapselung von der Wirklichkeit. Pädagogik sollte eine Erweiterung der Erziehung des Kindes in der Familie sein und in den mannigfaltigsten Formen auftreten können. »Schulen« dürften keine Anstalten sein, sondern freie Bildungsstätten in der vielfältigsten Art, die vom Heranwachsenden je nach Bedarf für bestimmte Zeiten aufgesucht und wieder verlassen werden können. Es sollte niemals ein durchgehender mühseliger Dampfzug von München nach Hamburg mit einigen Haltestationen sein. Die persönliche Unterweisung durch die Mutter und den Vater, durch die Geschwister, durch den Individuallehrer, durch den Meister ist das Ideal. Wir können uns diesem Ideal zu nähern versuchen, indem wir unsere pädagogischen Einrich-

* vergl. Fragen der Freiheit, Heft Nr. 121

tungen dorthin fortentwickeln, und nicht, wie es heute dauernd geschieht, »reformieren«, das heißt zurückentwickeln. Beginnen müßten wir heute schon mit der Dezentralisation der Bildungseinrichtungen, mit der *völligen Befreiung des Bildungswesens von staatlicher Organisation und Einflußnahme*. Dezentralisation, kleinste selbstverwaltete Schuleinheiten sind die Forderung der Stunde. In der Übergangsschule könnten wir uns den Forderungen Hartmut von Hentigs anschließen, der eine »entschulte Schule« verlangt und ihr folgende Merkmale gibt:

- »Die Wiederherstellung offener und realer (nicht künstlich isolierter) Erfahrung
- die Wiederherstellung der instrumentellen Funktion des Wissens
- die Wiederherstellung des dialektischen Verhältnisses von Wissen und Erfahrung
- eine Organisation der Lernmöglichkeiten, in der die »Lehrer« und »Erzieher« die Funktion von Helfern und Vermittlern haben, ihre Ziele und Mittel selbst und im Konsens bestimmen und dadurch selbst zu Modellen dessen werden, wozu sie erziehen wollen
- Modelle lernender, politischer, *autonom*er Menschen (so daß das »versteckte Curriculum« dem offen Behaupteten nicht widerspricht)
- die Ermittlung der Probleme, die von allen gemeinsam als Frage, Zweifel, Aufgabe erfahren und verstanden werden müssen, damit über der erweiterten Pluralität und Indirektheit unseres Lebens die Möglichkeit des gemeinsamen Handelns und der Verständigung nicht verloren geht (diese »Pflichtschule« könnte am Ende auf wenige Monate im Jahr gekürzt werden)
- die Herstellung eines breiten Spektrums freier Wahlmöglichkeiten in Ergänzung dieses gemeinsamen Kerns und damit der Möglichkeit einer Kritik des Bildungssystems aus sich selbst heraus
- die Aufstellung einer Strategie für den Übergang aus der schon geschlossenen und fast totalen Institution zu einem offenen und wahrhaft öffentlichen Kommunikations- und Kooperationssystem.«

(Hartmut v. Hentig in »Cuernavaca oder: Alternativen zur Schule«, Stuttgart 1971, Seite 109/110).

Parallel dazu müßte durch die Evolution des Kapitalismus zur sozialen Marktwirtschaft eine Dezentralisierung der Technik und der Industrie mit

kleineren, übersichtlicheren wirtschaftlichen Einheiten mit Autonomiecharakter gehen. Die Autonomie des Arbeitenden am Arbeitsplatz ermöglicht es dann auch wieder, die allgemeine Arbeitswelt in den Erziehungsprozeß einzubeziehen.

Repräsentanten der sozialen Bewegung

– Henry George, Pierre-Joseph Proudhon, Silvio Gesell –

Gerhardus Lang

In dieser Untersuchung bin ich der Bahn meines eigenen Denkens gefolgt. Als ich mich im Geiste daran machte, hatte ich keine Theorie als Stütze, keine logischen Folgerungen als Beweis. Es war nur so, daß das grauenhafte Elend einer Großstadt, als ich es zum erste Male sah, mich tief beeindruckte. Es erschreckte und quälte mich und ließ mich nicht zur Ruhe kommen. Ich mußte immer darüber nachdenken, welches die Ursache sei und wie es geheilt werden könne. Aber diese Untersuchung hat mir etwas geschenkt, was ich nicht zu finden dachte, einen Glauben, der schon erstorben war und nun neu auflebt.

Henry George

Drei Denkern des 19./20. Jahrhunderts verdanken wir eine sozial-anthropologische Untersuchung des Eigentums: Proudhon, Silvio Gesell und Henry George. Da die Frage nach dem Eigentum die Zentralfrage unserer Zeit darstellt – an ihr scheiden sich Kapitalismus und Kommunismus – und weil die Lösung dieser Frage die Zukunft der gesamten Menschheit in sich birgt, ist es von großer Bedeutung, daß die Werke dieser drei Sozialökonomien deutlich ins Bewußtsein genommen werden. Bei Proudhon findet sich am stärksten die Rechtsfrage des Eigentums angesprochen und die Beziehung des Eigentums zur Rechtsinstanz der Person. Bei Silvio Gesell tritt der politische Gesichtspunkt in den Vordergrund, die Frage nach der Ordnung, in der das Eigentum und sein Verkehr (Austausch) eingebettet sein muß. Bei Henry George steht dieser Gesichtspunkt mehr im Hintergrund, während er den Natur-Pol des Eigentums als Voraussetzung für die menschliche Entfaltung besonders hervorhebt. So ergeben die drei verschiedenen Aspekte Schwerpunkte: bei Proudhon den geistigen Kern des Menschen, sein Ich; bei Silvio Gesell die politische Ordnung; und bei Henry George den Natur-Pol, auf dem alles ruht. Sie alle zusammen ergeben erst die Möglichkeit, den Begriff des Eigentums in seinem vollen Umfang zu fassen.

I

Proudhons Beitrag zur Sozialanthropologie

Proudhons Erstlingswerk, wodurch er berühmt und zugleich berüchtigt wurde, hieß: »Was ist das Eigentum?« Mit einem sicheren Gefühl für das

wichtigste Problem der modernen Menschheit hat er sich einem Thema zugewandt, das die Achillesferse der gesamten, bis dahin von den Menschen aufgestellten Rechtsordnung traf. »Wenn ich auf die Frage ›Was ist die Knechtschaft?‹ kurz antworte: ›Sie ist Mord!‹, so würde man meinen Gedanken sogleich verstehen. Mit wenigen Worten könnte ich zeigen, daß die Gewalt, welche den Gedanken, den Willen und die Persönlichkeit des Menschen knebelt, eine Gewalt auf Leben und Tod ist, und daß somit ›einen Menschen knechten‹ gleichbedeutend ist mit ›ihn morden‹.

Warum kann ich auf die Frage: ›Was ist das Eigentum?‹, nicht ebenso gut antworten, ›es ist Raub!‹ ohne allgemein verstanden zu werden? Und doch ist der zweite Satz nur eine Umformung des ersten.«

Mit diesem Abschnitt beginnt er sein Buch und hat schon alles gesagt. Mit der Frage nach dem Eigentum stellt Proudhon die Frage, die der Mensch nach seinem Wesen stellen muß: »Wer bin ich?« Max Stirner überschrieb sein Hauptwerk »Der Einzige und sein Eigentum«, und man kann aus seinem Werk lernen, daß der Mensch nur dann ein Mensch ist, wenn er »seine Sache zu seiner Sache« gemacht hat, wenn er ein Eigner, ein »E-Ich-ner« geworden ist, wenn er sich selbst erfaßt hat. Vor 2000 Jahren wurde von einem, dessen Namen in den Anfangsbuchstaben zufällig auch so aussieht, auch noch der Ausspruch getan: ... »Ich bin der Ich bin«, ein rätselhaftes Wort, über das nur wenig gepredigt und noch weniger philosophiert worden ist.

Wenn Proudhon nun sagt, daß das Eigentum an Gütern dieser Welt Raub sei (›la propriété c'est le vol!‹), so spricht er nur aus, was die Römer noch als Recht empfanden und das private Eigentum von ihrem Wort *privare* = rauben ableiteten. Da die ganze Rechtsordnung der modernen Welt seit dem Ausgang des Mittelalters sich auf das römische Recht stützt, so ist also kein Sakrileg geschehen, wenn man die Sache beim rechten Namen nennt und nach Luthers Übersetzung der Bibel in die deutsche Sprache auch die Rechtsnormen der Römer in die Sprache der Völker übersetzt.

Eigentum ist Raub, ist etwas, was der Mensch an sich genommen hat. Was ist denn anderes geschehen, als daß der Mensch das fortgesetzt hat, wodurch er erst in die Erscheinung treten konnte? Haben wir nicht Gramm für Gramm die Substanzen zum Aufbau unseres Organismus unserer Mutter entrissen (wenn auch unter der stillen, vielleicht sogar liebevollen Duldung derselben), haben gierig an ihrer Brust gesogen (vielleicht nicht so schlimm wie Herakles an der Brust der Hera, woraus die ganze Milchstraße hervorging), haben unseren Eltern jahrzehntelang auf der Tasche gelegen, und nur mit Mühe gelang es ihnen und den anderen Erziehern, uns davon abzuhalten, auf diesem Weg nun fortzufahren und lustig weiter das zu nehmen, was uns behagte, auch wenn es uns nicht gehörte? Ganz können wir es sowieso

nicht lassen, und wenn schon unsere Hände von rechtlichen Überlegungen gehemmt das Mäusen lassen können, so gibt es noch viele Organe, mit denen wir fleißig heranraffen, was uns beliebt. Unsere gesamte Sinnesorganisation ist ständig auf »Raub« aus und verschafft sich alles und macht es zu unserem Eigentum, wenn wir nicht gerade schwachsinnig sind.

Also hat Proudhon nur beschrieben, was ist, und gleich haben sich alle auf ihn gestürzt und ihm vorgeworfen, daß er die heiligsten Grundsätze der Menschheit zerstören wolle! Denn das Eigentum, der Besitz, sei doch die Sonne, um die sich alle Bemühung der Menschen dreht, die die Herzen der Menschen erwärmt und ihnen als leuchtendes Ziel vorschwebt. Haben sie denn so unrecht, wenn sie den Proudhon verdammen, daß er das heiligste Recht, nämlich Eigentum zu haben, mit dem moralisch verwerflichsten, nämlich Eigentum wegzunehmen, dem Raub vergleicht oder gar ihm gleichsetzt? Proudhon gibt seinen Gegnern auch die Antwort: »Das, was ich seit 1840 suche, indem ich das Eigentum definierte, das, was ich heute will, ist keine Zerstörung, ich habe es zur Genüge gesagt: Das hieß mit Rousseau, Plato, Louis Blanc selber und allen Gegnern des Eigentums in den Kommunismus geraten, gegen den ich mit aller Kraft protestiere. *Was ich für das Eigentum verlange, ist eine Waage.*«

»Nicht umsonst hat das Genie der Völker die Gerechtigkeit mit diesem Instrument bewaffnet. Die Gerechtigkeit, auf die Ökonomie angewandt, ist in der Tat nichts anderes, als ein fortwährendes Abwägen; oder, um mich genauer auszudrücken: Die Gerechtigkeit ist in Beziehung auf die Verteilung der Güter nichts anderes als die jedem Bürger und jedem Staate auferlegte Verbindlichkeit, sich in Angelegenheiten des Interesses dem Gesetze des Gleichgewichts zu fügen, das sich in der Ökonomie überall offenbart und dessen zufällige oder freiwillige Verletzung das Prinzip des Elends ist.«

»Die Ökonomen geben vor, daß es nicht die Sache der menschlichen Vernunft sei, in die Herstellung dieses Gleichgewichts einzugreifen, daß man die Waage nach ihrem Belieben schwanken lassen und ihr Schritt für Schritt mit den Operationen folgen müsse. Ich behaupte, daß dies eine widersinnige Ansicht ist und daß man ebenso gut dem Konvente seine Reform der Maße und Gewichte zum Vorwurf machen könnte, weil es, da er das Maß nicht kannte, um die Welt zu organisieren, das sicherste gewesen wäre, jedem zu überlassen, sich ein willkürliches Maß zu machen.«

»Wie alles in der Natur in beständiger Schwankung begriffen ist, so ist auch alles dem Gesetze von Zahl, Maß und Gewicht, dem Gesetz des Gleichgewichts unterworfen. Ist die Formel des Gleichgewichts gefunden, so sind wir als intelligente und moralische Menschen berechtigt und verpflichtet, uns nach derselben zu richten, bei Vermeidung des gesellschaftlichen Umsturzes. «

»Also Gleichgewicht und Gegenseitigkeit der Arbeit und des Ertrages, Gleichgewicht des Angebotes und der Nachfrage, Gleichgewicht des Handels, Gleichgewicht des Kredits, Gleichgewicht des Diskonto, Gleichgewicht der Bevölkerung, Gleichgewicht überall: die soziale Ökonomie ist ein weites System des Gleichgewichts, dessen letztes Wort die Gleichheit ist.«

»Was ist das Gleichgewicht des Eigentums?«

»Ist es denn so schwer zu begreifen, daß das Eigentum an und für sich betrachtet, auf ein einfaches Phänomen der Psychologie, auf eine Fähigkeit des Zugreifens, der Besitznahme, der Beherrschung, wie ihr wollt, reduziert, *seiner Natur nach der Gerechtigkeit fremd*, um mich eines sanfteren Ausdrucks zu bedienen, indifferent ist. Daß, wenn das Eigentum der *Notwendigkeit entspringt*, daß der Mensch, das intelligente und freie Subjekt, die blinde und unabänderliche Natur beherrschen muß, wenn er nicht von ihr beherrscht werden will. Daß, wenn das Eigentum als Tatsache oder Ergebnis unserer Fähigkeiten älter ist als die Gesellschaft und das Recht, es nichtsdestoweniger seine Moralität im Rechte zu suchen hat, das es der Waage unterwirft und außerhalb dessen es immer ein Gegenstand des Vorwurfs bleiben kann?«

»Nur durch die Gerechtigkeit bedingt, reinigt und macht sich das Eigentum achtenswert, nur durch sie bekommt es eine bürgerliche Bestimmung, die es von Natur nicht hat, und wird ein ökonomisches und soziales Element.«

»Solange das Eigentum nicht vom Rechte durchdrungen ist, bleibt es, wie ich in meiner ersten Denkschrift nachgewiesen habe, eine unbestimmte, widersprechende Tatsache, fähig, ohne Unterschied Gutes und Böses hervorzubringen, folglich eine Tatsache von zweideutiger Moralität, und die man unmöglich von allen Eignungsarten unterscheiden kann, welche von der Moral verdammt werden.«

»Der Irrtum derjenigen, welche es unternommen haben, die Angriffe zu rächen, welchen das Eigentum ausgesetzt war, bestand darin, nicht gesehen zu haben, daß das Eigentum ein Ding ist, und die Legitimität des Eigentums durch das Recht ein anderes Ding. Daß sie mit der römischen Theorie und mit der spiritualistischen Philosophie glaubten, das Eigentum, *eine Manifestation des Ichs*, sei schon dadurch allein heilig, daß es das Ich ausdrücke. Es sei rechtmäßig, weil es notwendig ist, und das Recht wohne ihm inne, wie es der Menschheit selber innewohnt.«

»Aber es ist klar, daß dem nicht so sein kann, weil sonst das Ich als gerecht und heilig in allen seinen Akten, in der rücksichtslosen Befriedigung aller seiner Bedürfnisse, aller seiner Launen anerkannt werden müßte. Weil, mit einem Wort, dies die Gerechtigkeit auf den Egoismus zurückführen hieße, wie es das alte römische Recht durch die einseitige Auffassung der Würde

getan hat. Die Gerechtigkeit muß, um in die Gesellschaft einzutreten, deren Stempel, Gesetzgebung und Sanktion erhalten.«

»Ich hin also, wie man annimmt, gleich der ersten Kirche mit ihrer Gütergemeinschaft wider das Eigentum? Keineswegs! Wenn ich das Prinzip des Grundeigentums mehr oder weniger selbstsüchtig und gesellschaftswidrig finde, so lasse ich mich dadurch noch nicht zur Verwerfung der ganzen Einrichtung bestimmen. Ich habe daran nur einen Stoff zu neuen Untersuchungen vor mir.«

»Ich habe mit Nachdruck die Grundsätze der Gewerbefreiheit, der Konkurrenz, der Familie, des Erbrechts hervorgehoben, und ich wiederhole gegenwärtig mit doppelter Energie, mit der nämlichen Stimme, mit der nämlichen Feder, mit der ich das Monopol bekämpfe, daß das Grundeigentum, indem es in seiner Idee etwas Widersprechendes hat, eine Aufgabe ist, deren Lösung uns noch obliegt, nicht aber eine Einrichtung, die wir unterdrücken müßten. Soviel Unlogisches die eingebildeten Begründungen enthalten, soviel Wahnwitziges läge heutzutage in dem Plane, das auszutilgen, was wir selbst noch nicht begriffen haben.«

Es ist eindeutig, daß Proudhon das Eigentum als Einrichtung nicht bekämpft, sondern er will es dem Vernunftgesetz unterwerfen und es vor der Willkür, in der es jetzt lebt, retten. Eine vollständige Theorie des Eigentums zu entwickeln, war ihm nicht vergönnt. Zu viele andere brennende Zeitprobleme, die mit der Verwirklichung des selbständigen Menschen in der sozialen Gegenseitigkeit und Freiheit verbunden waren, beschäftigten ihn über Gebühr, sodaß seine Entdeckung der Verzerrungen des Eigentumsbegriffs durch die räuberische Natur des Menschen isoliert für sich stehengeblieben ist. Die Lösung des Problems sah er darin, daß diese räuberische Natur durch eine andere Seite der menschlichen Natur, nämlich die Möglichkeit, das Recht aufzurichten, gebändigt werden kann. Dieses Thema ist bereits in einem früheren Aufsatz in »Fragen der Freiheit« von mir ausführlich abgehandelt worden. (Siehe Fragen der Freiheit Heft Nr. 158.)

II

Der anthropologische Beitrag von Henry George

Henry George wurde vor allem im angelsächsischen Bereich durch sein 1879 erschienenes Buch »Fortschritt und Armut« berühmt, welches in Millionenauflage erschien und in 15 Sprachen übersetzt wurde. Auch in Deutschland hatten seine bodenrechtlichen Vorstellungen ihren Niederschlag in der deutschen Kolonialpolitik gefunden (Bodenreform in Kiautschau), und in der Weimarer Verfassung fand sie durch Damaschke

nochmals einen Niederschlag. Die Männer des 20.7.1944 hatten seine Vorstellungen über Bodenreform in die Reichsreform eingeplant. Seine Gedanken blieben jedoch nach dem Zusammenbruch 1945 völlig verschollen.

Der Gedanke der Bodenreform war noch nicht Allgemeingut geworden, und in der volkswirtschaftlichen Schule von Eucken, nach der sich später Erhard richtete, wurde die Bedeutung des Produktionsfaktors Boden für die freie Marktwirtschaft nicht erkannt. Man erkannte nicht, daß zum vollständigen Wettbewerb eben auch der gleiche Zugang aller zum Boden die Voraussetzung ist.

Henry George begründet seine Ausführungen ebenso wie Proudhon und Silvio Gesell menschenkundlich. Zunächst untersucht er das Verhältnis der drei klassischen Produktionsfaktoren Boden – Arbeit – Kapital auf ihre Beziehung untereinander, ihre Stellung innerhalb der sozialen Organisation, und auf ihr Verhältnis zum Eigentum des einzelnen. Zunächst weist er das Vorurteil zurück, daß eine zunehmende Bevölkerung automatisch zu einer Verminderung des Bodennutzens für den einzelnen führt. Er sagt, daß dieses nur für die Tiere und Pflanzen gilt. »Beim Menschen ist es anders als bei jedem anderen Lebewesen; denn die Vermehrung des Menschen führt zur Vermehrung seiner Nahrung. Wenn Bären statt Menschen nach Nordamerika verschifft worden wären, so gäbe es heute dort nicht mehr Bären als zu Kolumbus Zeiten. Vielleicht weniger. Denn die Bäreinewanderung hätte die Bärennahrung nicht vermehrt und auch die Lebensbedingungen für Bären nicht erweitert, sondern wahrscheinlich umgekehrt. Aber allein innerhalb der Grenzen der Vereinigten Staaten wohnen jetzt Millionen von Menschen, wo es damals nur wenige Hunderttausend gab. Und es gibt jetzt in diesem Lande für die Millionen von Einwohnern mehr Nahrung pro Kopf, als es damals für die wenigen Hunderttausend gab. Nicht die Zunahme von Nahrung hat eine Zunahme von Menschen verursacht, sondern die Zunahme an Menschen hat eine Zunahme an Nahrung zustande gebracht. Es gibt mehr Nahrung, einfach weil es mehr Menschen gibt.«

»Dann bleibt immer noch der eine Unterschied zwischen dem Menschen und allen übrigen Lebewesen – er ist das einzige Lebewesen, dessen Wünsche mit ihrer Erfüllung wachsen, das einzige Lebewesen, das nie befriedigt ist. Die Bedürfnisse aller übrigen Lebewesen sind gleichförmig und begrenzt. Von allem, was die Natur anbietet, und sei es noch so reichlich, können alle Lebewesen außer dem Menschen nur so viel nehmen und begehren, wie der Befriedigung ihrer begrenzten und feststehenden Bedürfnisse genügt. Aber beim Menschen ist es anders. Kaum sind seine animalischen Bedürfnisse gestillt, so erheben sich neue Wünsche. Zuerst verlangt ihn nach Nahrung wie das Tier. Dann nach Obdach wie das Tier. Sind diese

gegeben, so erwacht sein Fortpflanzungstrieb wie beim Tier. Aber dann trennen sich Mensch und Tier. Das Tier geht niemals weiter. Aber der Mensch hat erst seinen Fuß auf die unterste Stufe eines unendlichen Fortschreitens gesetzt, eines Fortschreitens, das dem Tier versagt ist, eines Fortschreitens vom Tier weg und über das Tier hinaus. Beim Menschen neigt die Natur unvermeidlich dazu, das Leben zu höheren Formen und umfassenderen Kräften zu erweitern.«

Mit diesen Ausführungen widerlegt er die Ansichten von Malthus. Er glaubt nicht, daß eine Überbevölkerung in der Welt notwendigerweise Armut und Elend zur Folge haben muß. »Jede Gefahr, daß Menschen in eine Welt hineingeboren werden, in der sie nicht ernährt werden können, hat nicht in den Ordnungen der Natur ihren Grund, sondern in fehlerhaften sozialen Einrichtungen, die den Menschen inmitten von Reichtum zum Mangel verurteilen.« Diese Sätze dürften auch heute noch ihre Gültigkeit haben. »Die reichsten Länder sind nicht die, wo die Natur am freigiebigsten ist, sondern die, wo die Arbeit am wirkungsvollsten ist.« »Die Länder, wo die Bevölkerung am dichtesten ist und am härtesten gegen die Leistungsfähigkeit der Natur drückt, sind unter sonst gleichen Umständen die Länder, wo der größte Teil des Sozialprodukts dem Luxus und dem Unterhalt von Nichtproduzenten gewidmet werden kann. Es sind die Länder, die von Kapital überfließen, die Länder, die in Notzeiten, wie im Kriege, die größten Verluste aushalten können.«

Daß der Reichtum eines Landes mit seiner Sozialordnung unmittelbar zusammenhängt, dürfte durch die Geschichte der modernen Staaten unmittelbar bewiesen worden sein. Gerade der Aufstieg Westdeutschlands nach dem letzten Kriege war durch die Einführung der freien Marktwirtschaft und einer vorbildlichen Rechtsordnung möglich. Ländern, die wesentlich weniger dicht besiedelt waren, und von den Naturschätzen her wesentlich bessere Voraussetzungen zu einer Entfaltung hatten, haben aufgrund ihrer rückschrittlichen Sozialordnung keine solche Entwicklung vorweisen können. Daß sich heute gerade in Westdeutschland die Mängel einer nicht konsequent durchgeführten Sozialordnung im Sinne einer freien Entfaltung eines jeden bemerkbar machen, sollte uns gerade auf diesen Umstand aufmerksam machen.

Die weiteren Untersuchungen von Henry George zeigen mit großer Eindringlichkeit, daß der Reichtum, den jeder einzelne erwerben kann, unmittelbar davon abhängt, in welcher Weise er mit den anderen zusammenlebt. Die Entwicklung des einzelnen Menschen zu einer höheren Kulturstufe ist ohne die Entwicklung der anderen praktisch unmöglich. Je größer die Zahl derer ist, die sich gegenseitig eine solche Höherentwicklung ermöglichen, umso größer sind die Möglichkeiten des einzelnen. Es folgt mit Notwendig-

keit der Schluß, daß jeder Mensch, den wir nicht in diese Gemeinschaft des Fortschritts einbeziehen, für jeden anderen einen Verlust bedeutet.

Henry George zeigt nun auf, wie durch den Privatbesitz des Bodens die optimale Entfaltung der Kräfte des einzelnen gehindert wird. Insbesondere untersucht er das Problem des Eigentums schlechthin. »Obwohl das Gefühl für Gerechtigkeit oft durch Gewohnheit, Aberglauben und Selbstsucht zu den verzerrtesten Formen entstellt wird, ist es doch grundlegend für den menschlichen Geist. Und welche Streitfrage auch die Leidenschaften der Menschen erregt, so dreht sich doch der Streit sicherlich weniger um die Frage: ›Ist es klug?‹, als um die Frage: ›Ist es gerecht?‹. Diese Neigung volkstümlicher Erörterungen, eine ethische Form anzunehmen, hat eine Ursache. Sie hat ihren Ursprung in einem Gesetz des menschlichen Geistes. Sie beruht auf einer unbestimmten, gefühlsmäßigen Erkenntnis, der wahrscheinlich tiefsten Wahrheit, die wir fassen können: Das allein ist klug, was gerecht ist; das allein ist von Dauer, was rechtens ist.«

»Welches ist die Rechtsgrundlage des Eigentums? Was setzt einen Menschen in Stand, mit Recht von einem Gegenstand zu sagen: ›Er gehört mir‹. Woraus entsteht das Gefühl, das ein ausschließliches Recht gegen jedermann anerkennt? Ist es nicht in erster Linie das Recht eines Menschen auf sich selbst, auf den Gebrauch seiner Kräfte, auf den Genuß der Früchte seiner Tätigkeit? Jedes besondere Paar Hände gehorcht einem besonderen Gehirn und steht mit einem besonderen Magen in Verbindung. Jeder Mensch ist ein abgegrenztes, zusammenhängendes und unabhängiges Ganzes. Das sind naturgegebene Tatsachen der Beschaffenheit des einzelnen. Rechtfertigt nun nicht das Recht des einzelnen, was aus diesen Tatsachen hervorgeht und von ihnen bestätigt wird, allein schon das Eigentumsrecht des einzelnen? Weil ein Mensch sich selbst gehört, so gehört ihm auch seine Arbeit, wenn sie in konkrete Formen gebracht worden ist. Und aus diesem Grunde ist auch gegen jedermann sein Eigen, was ein Mensch schafft oder erzeugt. Niemand anderes kann es rechtmäßig beanspruchen, und sein ausschließliches Recht darauf enthält kein Unrecht gegen irgendjemand anderes. Demnach gibt es für alles, was die menschliche Tätigkeit erzeugt, einen klaren und unbestreitbaren Rechtsanspruch auf ausschließlichen Besitz und Genuß, der völlig mit der Gerechtigkeit übereinstimmt, da der Rechtsanspruch vom ursprünglichen Erzeuger herkommt, dem er durch Naturgesetz zusteht.«

»Nun ist dies nicht nur die Urquelle, aus der alle Vorstellungen vom ausschließlichen Eigentum entspringen, sondern es ist notwendig die einzige Quelle. Das geht aus der natürlichen Neigung des Geistes klar hervor, darauf zurückzukommen, wenn die Idee des Privateigentums in Frage gestellt wird, und auch aus der Art und Weise, in der sich die sozialen Beziehungen

entwickeln. Es kann für das Eigentum keinen Rechtsanspruch geben, der nicht von dem des Erzeugers hergeleitet wird und nicht auf dem Naturrecht des Menschen auf sich selbst beruht. Es kann keinen anderen Rechtsanspruch geben, weil es kein anderes naturgegebenes Recht gibt, von dem ein anderer Rechtsanspruch abgeleitet werden könnte, und weil die Anerkennung eines anderen Rechtsanspruches mit dem des Erzeugers unvereinbar ist und ihn aufhebt.«

»Die Natur erkennt beim Menschen kein Eigentums- oder Verfügungsrecht an, außer dem Ergebnis seiner Arbeit. Sie macht zwischen den Menschen keine Unterschiede, sondern ist allen gegenüber durchaus unparteiisch. Sie kennt keinen Unterschied zwischen dem Herrn und dem Sklaven, dem König und dem Untertan, dem Heiligen und dem Sünder. Ihr gegenüber stehen alle Menschen auf gleichem Fuße und haben gleiche Rechte. Sie erkennt keinen Anspruch an außer dem der Arbeit, und sie erkennt ihn an ohne Ansehen der Person. Wenn ein Seeräuber die Segel setzt, so füllt sie der Wind ebenso wie die eines friedlichen Handelsschiffes oder einer Missionsbarke. Wenn ein König und ein gewöhnlicher Sterblicher über Bord fallen, so kann keiner von beiden den Kopf über Wasser halten, wenn er nicht schwimmt. Regen und Sonnenschein fallen in gleicher Weise auf Gerechte und Ungerechte.«

»Dieses Recht auf Eigentum, das der Arbeit entstammt, schließt die Möglichkeit jedes anderen Eigentumsrechtes aus. Wenn ein Mensch den rechtmäßigen Anspruch auf das Erzeugnis seiner Arbeit hat, so kann niemand den rechtmäßigen Anspruch auf das Eigentum von irgend etwas haben, das nicht das Erzeugnis seiner eigenen Arbeit oder der eines anderen ist, von dem das Recht auf ihn übergegangen ist. Und deshalb ist die Anerkennung des privaten Eigentums am Boden ein Unrecht. Denn das Recht auf Erzeugnis der Arbeit kann ohne das Recht auf die freie Nutzung der Produktionsmöglichkeiten, die die Natur anbietet, nicht genossen werden. Wenn man also das Eigentumsrecht an diesen Gaben der Natur zugibt, so leugnet man damit das Eigentumsrecht am Arbeitsprodukt. Wenn Nichtproduzenten einen Teil der vom Produzenten geschaffenen Güter als Bodenrente beanspruchen können, so wird damit das Recht der Produzenten auf das Ergebnis ihrer Arbeit geleugnet; denn es wird um den Betrag der Bodenrente gekürzt.«

»Wenn wir hier alle durch die gleiche Erlaubnis des Schöpfers leben, so leben wir hier alle mit dem gleichen Rechtsanspruch auf den Genuß seiner Gaben – mit dem gleichen Recht auf die Nutzung all dessen, was die Natur so unparteiisch darbietet. Dies ist ein Recht, das natürlich und unveräußerlich ist. Es ist ein Recht, das jedem Menschenwesen bei Eintritt in die Welt verliehen wird und das während seines Bleibens in der Welt nur durch die gleichen Rechte anderer eingeschränkt werden kann. Wenn wir über die

Möglichkeiten des Aufbaus der Gesellschaft nachdenken, so sind wir geneigt, anzunehmen, daß das Begehren die stärkste der menschlichen Triebkräfte ist und daß die Verwaltungssysteme ohne die Gefährdung der Gesellschaft nur auf dem Gedanken gegründet werden können, die Furcht vor Strafe sei notwendig, um dem Menschen Anstand und Ehrlichkeit beizubringen. Wir nehmen also an, daß die Selbstsucht immer stärker ist als der Gemeinsinn. Nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein. Alles, was zum Bösen fähig ist, kann auch zum Guten fähig gemacht werden. Die Änderung, die ich vorgeschlagen habe, wird die Kräfte, die jetzt die Gesellschaft zu zersetzen suchen, in Kräfte verwandeln, die sie zu einigen und zu läutern versuchen.«

»Gebt der Arbeit freies Feld und vollen Verdienst, nehmt zum Wohl des ganzen Gemeinwesens den Fonds, den das Wachstum des Gemeinwesens erzeugt, und die Not und die Furcht vor Not verschwindet. Die Quellen der Erzeugung werden freigelegt und die gewaltige Gütervermehrung gibt den Ärmsten reichliches Auskommen. Die Menschen mühen sich nicht in höherem Grade mit dem Suchen nach Arbeit ab, als mit dem Suchen nach Luft zum Atmen. Sie brauchen sich so wenig um ihre leibliche Notdurft zu sorgen wie Lilien auf dem Felde. Der Fortschritt der Wissenschaft, das Fortschreiten der Erfindungen und die Verbreitung der Bildung bringen ihre Wohltaten allen. Mit der Abschaffung der Not und der Furcht vor der Not schwand die Bewunderung des Reichtums, und die Menschen suchen die Anerkennung und Achtung ihrer Mitmenschen auf andere Weise zu erkennen, als im Erwerb und in der Zurschaustellung von Reichtum.«

»Kurzichtig ist die Weltanschauung, die die Selbstsucht für die Haupttriebkraft des menschlichen Handelns hält. Sie ist blind gegen Tatsachen, von denen die Welt voll ist. Sie sieht nicht die Gegenwart und liest die Vergangenheit nicht richtig. Wenn ihr die Menschen zu großen Taten bewegen wollt, an was müßt ihr Euch wenden? Nicht an ihren Geldbeutel, sondern an ihre Vaterlandsliebe; nicht an die Selbstsucht, sondern an die Nächstenliebe. Der Eigennutz ist sozusagen eine mechanische Kraft, die zwar mächtig ist und zu ausgedehnten und weitergehenden Erfolgen fähig. *Aber es gibt in der menschlichen Natur etwas, was mit einer chemischen Kraft verglichen werden kann, die schmilzt, vereinigt und überwindet, der nichts unmöglich zu sein scheint.* »Alles, was ein Mensch hat, gibt er für sein Leben hin« das ist Eigennutz. Doch höheren Trieben folgend, opfern die Menschen sogar das Leben.

»Nicht die Selbstsucht ist es, die die Geschichte jeden Volkes mit Helden und Heiligen bereichert. Nennt es Religion, Vaterlandsliebe, Nächstenliebe, Humanität oder Liebe Gottes, nennt es, wie ihr wollt; es gibt noch eine Kraft, von der die Selbstsucht überwunden und verdrängt wird, eine Kraft,

die die Elektrizität der sittlichen Welt ist, eine Kraft, neben der alle übrigen Kräfte schwach sind. Auch heute ist die Welt voll von ihr wie eh und je. Zu bedauern ist der, der sie nie gesehen und empfunden hat. Blickt um Euch! Unter einfachen Männern und Frauen, mitten in der Sorge und dem Kampf des täglichen Lebens, im schrillen Mißton und Lärmen der Straße, mitten im Schmutz, wo die Not sich verbirgt – überall wird das Dunkel plötzlich erhellt von dem zitternden Spiel ihrer reinen Flamme. Wer sie nicht sieht, wandelt mit geschlossenen Augen. Wer um sich schaut, kann, wie Plutarch sagt, sehen, daß ›die Seele ein Prinzip der Güte in sich trägt und zur Liebe geboren ist, ebenso wie zum Wahrnehmen, Denken oder Sicherinnern‹.

»Und darum sind die Menschen in der Gesellschaft, wie sie zur Zeit besteht, nach Reichtum gierig, weil die Bedingungen der Güterverteilung so ungerecht sind, daß viele mit Gewißheit zum Entbehren verurteilt sind, anstatt daß jeder einzelne die Sicherheit hätte, genug zu bekommen. Der Grundsatz ›Den letzten beißen die Hunde‹ der gegenwärtigen Sozialordnung ist der Grund des Raffens und Jagens nach Reichtum, bei dem alles Denken an Gerechtigkeit, Erbarmen, Religion und Anstand mit Füßen getreten wird, bei dem die Menschen ihre Seele vergessen und sich bis an den Rand des Grabes für Dinge plagen, die sie nicht bis ins Jenseits nehmen können. Aber eine gerechte Güterverteilung würde alle vor der Furcht vor Not befreien und damit die Gier nach Reichtum zerstören, gerade so, wie in der guten Gesellschaft die Gier nach Essen zerstört worden ist.«

»Das ist das alte Argument der Sklavenhalter, die sagen, die Menschen könnten nur mit der Knute zur Arbeit getrieben werden. Nichts ist unwahrer! Der Mensch ist das unbefriedigte Lebewesen. Er hat erst angefangen zu forschen, die Welt liegt vor ihm. Er ist das aufbauende Lebewesen. Er baut, er verbessert, er erfindet und setzt zusammen, und je größer das ist, was er vollbringt, desto größer ist das, was er vollbringen möchte. Er ist mehr als ein Lebewesen. *Was auch der Geist sein mag, der die Natur durchatmet – der Mensch ist nach seinem Vorbild geschaffen.*«

»Nicht die Arbeit an sich ist dem Menschen widerwärtig, nicht der natürliche Zwang zur Betätigung ist ein Fluch. Das trifft nur auf Arbeit zu, die nichts erzielt – auf Tätigkeit, deren Ergebnis der Mensch nicht zu sehen bekommt. Tag für Tag schuften und nur den notwendigsten Lebensbedarf erhalten – das ist in der Tat hart.«

Befreite Geisteskräfte

»Ich neige zu dem Gedanken, daß die Einziehung der Bodenrente in der von mir vorgeschlagenen Art dazu führen wird, die Arbeit überall da, wo große Kapitalien genutzt werden, so zu organisieren, daß sie die genossenschaftli-

che Form annimmt. Denn die gerechtere Güterverteilung wird den Kapitalgeber und den Arbeiter in ein und derselben Person vereinigen. Aber ob es so werden wird oder nicht, ist von geringer Bedeutung. Die harte Mühsal der schablonenmäßigen Arbeit wird verschwinden. Die Löhne würden zu hoch und die Produktionsmöglichkeiten zu groß, um noch jemanden zu zwingen, seine höheren natürlichen Fähigkeiten verkümmern und verkommen zu lassen, und in jedem Beruf wird das Gehirn der Hand helfen. Die Arbeit, auch die gröberen Arten, wird etwas fröhlicheres werden. Die Neigung der modernen Produktion zur Arbeitsteilung wird nicht zur Eintönigkeit führen und nicht die Fähigkeiten des Arbeiters einschränken. Denn die Anstrengung wird durch Kürzung der Arbeitszeit, durch Wechsel und durch die Abwechslung geistiger und körperlicher Arbeit erleichtert werden.«

»Die größte aller Vergeudungen, die die gegenwärtige Verfassung der Gesellschaft mit sich bringt, ist die Vergeudung der Geisteskraft. Wie unendlich klein sind die Kräfte, die zum Fortschritt der Kultur beitragen, wenn man sie mit den Kräften vergleicht, die verborgen bleiben.«

»Wenn wir die Not und die Furcht vor Not beseitigen, wenn wir allen Schichten Muße, Behagen und Unabhängigkeit, die Annehmlichkeiten und Verfeinerungen des Lebens und die Möglichkeit der geistigen und sittlichen Entwicklung gewähren, so wird das wirken, wie wenn man Wasser in eine Wüste leitet.«

»Denken wir daran, daß die Mitglieder jeden Gemeinwesens durch tausendfältige Wechselwirkungen miteinander verbunden sind, und wie in der gegenwärtigen Gesellschaftsverfassung die wenigen Begünstigten, die auf dem Gipfel der sozialen Pyramide stehen, unbewußt unter dem Elend, der Unwissenheit und Erniedrigung der unteren Schichten leiden müssen. Die Änderung, die ich vorschlage, würde jedermann nützen – selbst dem größten Bodeneigentümer. Wäre er der Zukunft seiner Kinder nicht sicherer, wenn er sie ohne einen Pfennig in einer solchen Gesellschaftsordnung zurückließe, als wenn er ihnen in der jetzigen das größte Vermögen vererbte? Wenn eine solche Gesellschaftsordnung irgendwo bestünde, würde er dann nicht seinen Eintritt in sie durch Verzicht auf allen seinen Besitz billig erkaufen?«

Henry Georges radikale Trennung vom Eigentum am Arbeitsergebnis und vom Nutzungseigentum am Boden ist richtig und notwendig. Vor allem zeigt er auf, daß das heutige private Bodenrecht notgedrungen zum Monopol der Bodenbesitzer führt mit der Folge der Macht, sich einen Teil der Arbeitsergebnisse der Nichtbodenbesitzer anzueignen. Diese Macht will er als ein dem gleichen Recht aller widersprechendes Privileg herausstellen.

Die Leibbildung des Menschen ist nie zu Ende. Alle Dinge, die wir erarbeiten und durch Verdienst erwerben, gehören uns, sind ein Teil unserer

Leibbildung, sind eine Erweiterung unserer Tätigkeitsmöglichkeiten. So könnte man auch die Aneignung von Boden in einem weiteren Sinne als Leibbildung bezeichnen. Prinzipiell benötigen wir zu unserer Leibwerdung beim Betreten der Erde die ganze Erde. Mit einer Hälfte können wir nichts anfangen, denn ohne die andere Hälfte würde sie nicht mehr im Weltraum ihre Bahn ziehen können, wozu sie rund und ganz sein muß. Ich verbinde mich als Mensch nur zeitweise und sehr flüchtig mit der Erde: Ich betrete sie mit meinen relativ kleinen Füßen und lege mich vielleicht im Schlaf in ganzer Größe auf ihr nieder. Mehr Fläche benötigt der Mensch scheinbar nicht, um Leib zu werden. Da dieses nun eine Tatsache ist, so ist jede zusätzliche Inbesitznahme der Erde mit Ausschließungsanspruch nur noch ein Ausfluß des Machtstrebens des Menschen: Er will andere Menschen beherrschen, das heißt, nicht ihre gleichen Rechte auf dieser Welt anerkennen. Daß ein solcher Mensch dadurch seine eigene Freiheit und Entscheidungsmöglichkeit einschränkt, dieses zu zeigen ist Henry Georges Anliegen in den letzten Kapiteln seines Buches. Er geht dem Gesetz der Höherentwicklung der Menschheit im allgemeinen und der Höherentwicklung des einzelnen Menschen nach und kommt zu der Schlußfolgerung, daß die Höher- und Fortentwicklung der einzelnen Kulturen durchaus keine Angelegenheit ist, die mechanisch und notwendig von allein fortschreitet. Im Gegenteil stellt er fest, daß alle Kulturen von einem gewissen Zeitpunkt an sich wieder zurückentwickelt haben. Genau das gleiche findet er als Phänomen bei unserer heutigen, rasch fortschreitenden Kultur, daß sie nämlich ständig in Gefahr ist, den erzielten Fortschritt wieder zu verlieren. »Wollen wir sagen, daß jeder Sozialkörper gleichsam über eine gewisse Summe an Energie verfügt, deren Verbrauch den Verfall unumgänglich macht? Wenn der Gesamtkörper eines Gemeinwesens gleich der Summe der Kräfte seiner einzelnen Mitglieder ist, kann ein Gemeinwesen seine Lebenskraft nur verlieren, wenn die Lebenskraft seiner Mitglieder abnimmt. Es ist Wahrheit, daß die Hindernisse, die den Fortschritt schließlich zum Stillstand bringen, durch den Verlauf des Fortschritts selbst hervorgerufen werden, und daß der Grund des Verfalls aller früheren Kulturen in den Lebensbedingungen liegt, die vom Wachsen der Kulturen selbst geschaffen wurden.«

Bedeutung der gesellschaftlichen Umwelt

»Jede Gesellschaft, ob klein oder groß, webt notwendig ihr eigenes Gewebe von Wissen, Glauben, Gebräuchen, Sprache, Geschmack, Einrichtungen und Gesetzen. In dieses Gewebe, das jede Gesellschaft webt, wird der einzelne mit der Geburt aufgenommen und bleibt bis zu seinem Tode in ihm. Dieses Gewebe ist die Form, in der sich der Geist entfaltet und seine Prä-

gung erhält. Wenn dieses Gewebe auch erste Hindernisse in den Weg legt, macht es ihn doch erst möglich. Der geistige Fortschritt geht weiter, weil alle Fortschritte, die eine Generation erreicht hat, in dieser Weise als Gemeinbesitz der nächsten gesichert und zum Ausgangspunkt neuer Fortschritte gemacht werden.«

Grundbedingungen des Fortschritts

»Solange der Mensch getrennt von den anderen lebt, braucht er alle Kräfte, um die Existenz zu behaupten. Geisteskraft legt erst höhere Zwecke frei, wenn die Menschen sich in Gemeinwesen zusammenschließen, wodurch die Arbeitsteilung und die ganze Wirtschaftlichkeit ermöglicht wird, die aus der Zusammenarbeit größerer Menschenmengen erwächst. Deshalb ist der Zusammenschluß die erste Grundbedingung des Fortschritts. Höherentwicklung wird möglich, wenn sich die Menschen zu friedlichem Zusammenschluß verbinden. Und je größer und je enger dieser Zusammenschluß ist, desto größer sind die Möglichkeiten der Höherentwicklung. Das Sittengesetz gewährt jedem einzelnen Gleichheit der Rechte, und von dem Maß, in dem es nicht beachtet oder anerkannt wird, hängt es ab, ob die Vergeudung von Geisteskraft in Streit größer oder geringer ist. Daher ist die Gleichheit der Rechte (oder Gerechtigkeit) die zweite Grundbedingung des Fortschritts. Demnach ist der Zusammenschluß bei gleichen Rechten das Gesetz des Fortschritts. Der Zusammenschluß macht die Gesellschaft frei für ihre Aufgabe der Vervollkommnung, die Gleichheit der Rechte (Gerechtigkeit) oder Freiheit; denn die Worte bedeuten hier ein- und dasselbe: die Anerkennung des Sittengesetzes verhindert die Verschwendung dieser Kraft in fruchtlosen Kämpfen. Aber sobald Streit entsteht oder der Zusammenschluß eine Ungleichheit der Lebensbedingungen und der Macht entwickelt, wird das Streben nach Vervollkommnung geschwächt, gehemmt und schließlich in das Gegenteil verkehrt.«

Wie die heutige Kultur verfallen kann

»Wo es eine annähernd gerechte Güterverteilung gibt, wird es dem Staat und seinen Bürgern besser ergehen, je demokratischer die Regierung ist; wo aber grobe Ungerechtigkeit in der Güterverteilung herrscht, wird es umso schlechter bestellt sein, je demokratischer die Regierung ist. Denn, wenn auch eine verderbte Demokratie an sich nicht schlimmer ist als eine verderbte Autokratie, so sind doch ihre Wirkungen auf den Volkscharakter schlimmer. Wenn man Vagabunden, Almosenempfängern und Menschen, für die die Möglichkeit zur Arbeit eine Gnade ist und die betteln, stehen

oder hungern müssen, das Stimmrecht gibt, so beschwört man den Untergang herbei. Wenn man politische Macht in die Hände verbitterter und durch Armut erniedrigter Menschen gibt, so heißt das, Feuerbrände an die Schwänze von Füchsen binden und sie auf das reife Korn loslassen, das heißt Simson die Augen ausstechen und seine Arme um die Pfeiler des nationalen Lebens legen. *In einer verderbten Demokratie besteht immer die Neigung, dem Schlechtesten die Macht zu geben.* Ehrlichkeit und Vaterlandsliebe sind eine Belastung, und die Gewissenlosigkeit beherrscht den Erfolg.«

»Wohin diese Bahn führt, ist jedem Denkenden klar. Wenn die Korruption chronisch wird, wenn der Gemeinsinn verloren geht, wenn die Überlieferungen der Ehre, der Tugend und der Vaterlandsliebe schwach werden, wenn das Gesetz verachtet wird und Reformen hoffnungslos werden, dann werden in der schwärenden Masse vulkanische Kräfte erzeugt, die alles niederreißen und in Trümmer legen, sobald ein passender Anlaß ihnen freien Lauf läßt. Starke, skrupellose Männer kommen bei dieser Gelegenheit empor; sie werden die Exponenten blinder Volkswünsche, oder wilde Volksleidenschaften stoßen Staatsformen um, die ihre Lebenskraft verloren haben. Das Schwert wird mächtiger als die Feder, im Bluttausch der Vernichtung wechseln sich rohe Gewalttaten mit wilder Raserei ab mit der Letargie einer verfallenden Kultur. Woher sollen die neuen Barbaren kommen? Geht durch die Elendsquartiere der Großstädte, und ihr könnt schon jetzt sehen, wie ihre Horden sich sammeln. Wie soll die Bildung zugrunde gehen? Die Menschen werden aufhören zu lesen, und die Bücher dienen als Feueranzünder und werden zu Patronenhülsen verarbeitet.«

»Die zivilisierte Welt steht in banger Erwartung am Rande einer großen Bewegung. Entweder muß sie ein Sprung aufwärts sein, der den Weg zu noch ungeahnten Fortschritten freimacht, oder ein Sturz in die Tiefe, die uns die Barbarei zurückbringt.«

III

Silvio Gesells Beitrag zur Sozialanthropologie

Silvio Gesell setzt nun in einer gewissen Weise das Anliegen von Proudhon fort, und er beginnt den ersten Teil seiner »Natürlichen Wirtschaftsordnung« mit einem Zitat aus eben jenem Erstlingswerk von Proudhon, in dem das Zinsproblem aufgegriffen wird, das ja der naheliegendste Stein des Anstoßes aller sozialistischen Bewegungen war und ist: »Beseitigung des arbeitslosen Einkommens, des sogenannten Mehrwertes, auch Zins und Rente genannt«.

Silvio Gesell begründet nun sein Anliegen, nämlich die »natürliche Wirtschaftsordnung« folgendermaßen: »Die Wirtschaftsordnung, von der hier die Rede ist, kann nur insofern eine natürliche genannt werden, als sie der Natur des Menschen angepaßt ist. Es handelt sich also nicht um eine Ordnung, die sich etwa von selbst, als Naturprodukt, einstellt. Eine solche Ordnung gibt es überhaupt nicht, denn immer ist die Ordnung, die wir uns geben, eine Tat, und zwar eine bewußte und gewollte Tat.«

»Den Beweis, daß eine Wirtschaftsordnung der Natur des Menschen entspricht, liefert uns die Betrachtung der menschlichen Entwicklung. Dort, wo der Mensch am besten gedeiht, wird auch die Wirtschaftsordnung die natürlichste sein. Ob eine in diesem Sinne sich bewährende Wirtschaftsordnung zugleich die technisch leistungsfähigste ist, und dem Ermittlungsamt Höchstzahlen liefert, ist eine Frage minderer Ordnung. Man kann sich ja heute leicht eine Wirtschaftsordnung vorstellen, die technisch hohe Leistungen aufweist, bei der aber Raubbau am Menschen getrieben wird. Immerhin darf man wohl blindlings annehmen, daß eine Ordnung, in der der Mensch gedeiht, sich auch in Bezug auf Leistungsfähigkeit als die bessere bewähren muß. Denn Menschenwerk kann schließlich nur zusammen mit dem Menschen zur Höhe streben. »Der Mensch ist das Maß aller Dinge«, darum auch Maß seiner Wirtschaft.«

»Damit der Mensch gedeihe, muß es ihm möglich gemacht sein, sich in allen Lagen so zu geben, wie er ist. Der Mensch soll *sein*, nicht scheinen. Er muß immer erhabenen Hauptes durchs Leben gehen können und stets die lautere Wahrheit sagen können, ohne daß ihm daraus Ungemach und Schaden erwachse. Die Wahrhaftigkeit soll kein Vorrecht der Helden bleiben. Die Wirtschaftsordnung muß derartig gestaltet sein, daß der wahrhaftige Mensch auch wirtschaftlich vor allem am besten gedeihen kann. Die Abhängigkeit, die das Gesellschaftsleben mit sich bringt, sollen nur die Sachen, nicht die Menschen betreffen.«

»Soll sich der Mensch seiner Natur entsprechend gebärden dürfen, so müssen ihn Recht, Sitte und Religion in Schutz nehmen, wenn er bei seinem wirtschaftlichen Tun dem berechtigten Eigennutz, dem Ausdruck des naturgegebenen Selbsterhaltungstriebes, nachgeht. Die natürliche Wirtschaftsordnung wird darum auf dem Eigennutz aufgebaut sein. Die Wirtschaft stellt an die Willenskraft schmerzhaftes Anforderungen bei der Überwindung der natürlichen Trägheit. Sie braucht darum starke Triebkräfte, und keine andere Anlage mag diese in der nötigen Stärke und Regelmäßigkeit zu liefern, als der Eigennutz. Der Volkswirtschaftler, der mit dem Eigennutz rechnet und auf ihn baut, rechnet richtig und baut feste Burgen. Solche auf dem Eigennutz errichtete Wirtschaftsordnung liefert dem Menschen nicht nur die Gelegenheit zu uneigennütigen Taten, sondern auch die Mittel

dazu. Sie stärkt diese Triebe durch die Möglichkeit, sie zu üben. Hingegen in einer Wirtschaft, wo jeder seinen in Not geratenen Freund an die Versicherungsgesellschaft verweist, wo man die kranken Familienangehörigen ins Siechenhaus schickt, wo der Staat jede persönliche Hilfeleistung überflüssig macht, da müssen, scheint mir, zarte und wertvolle Triebe verkümmern.«

»Mit der auf Eigennutz aufgebauten natürlichen Wirtschaft soll jedem der eigene volle Arbeitsertrag gesichert werden, mit dem er dann nach freiem Ermessen verfahren kann. Wer eine Befriedigung darin findet, seine Einnahmen, den Lohn, die Ernte mit Bedürftigen zu teilen, – der kann es tun. Niemand verlangt es von ihm, doch wird es ihm auch niemand verwehren. Irgendwo in einem Märchen heißt es, daß die größte Strafe, die dem Menschen auferlegt werden kann, die ist, ihn in eine Gesellschaft von Hilfsbedürftigen zu bringen, die die Hände nach ihm ringen und denen er nicht helfen kann. In diese schreckliche Lage bringen wir uns gegenseitig, wenn wir die Wirtschaft anders als auf dem Eigennutz aufbauen, wenn nicht jeder über den eigenen Arbeitsertrag nach freiem Ermessen verfügen kann. Hierbei wollen wir zur Beruhigung der menschenfreundlichen Leser uns noch erinnern, daß Gemeinsinn und Opferfreudigkeit dort am besten gedeihen, wo mit Erfolg gearbeitet wird. Opferfreudigkeit ist eine Nebenerscheinung persönlichen Kraft- und Sicherheitsgefühls, das dort aufkommt, wo der Mensch auf seine Arme bauen kann. Auch sei hier noch bemerkt, daß *Eigennutz nicht mit Selbstsucht verwechselt werden darf*. Der Kurzsichtige ist selbstsüchtig, der Weitsichtige wird in der Regel bald einsehen, daß im Gedeihen des Ganzen der eigene Nutzen am besten verankert ist.«

Nachdem Proudhon mit dem Besitztrieb des Menschen eine wichtige Seite seiner Natur beschrieben hat, fährt Silvio Gesell jetzt hier mit dem Eigennutz als weiterem Trieb des Menschen fort, den er nicht aufgehoben sehen will, sondern auf den er seine Wirtschaftsordnung bauen will. Ebenso wie Proudhon will er nicht den Trieb als solchen abschaffen, sondern er will ihn in eine Ordnung einfügen. Er nennt nun noch eine zweite Voraussetzung für diese natürliche Wirtschaftsordnung: »Die andere Voraussetzung aber, die den wichtigsten Pfeiler in der natürlichen Wirtschaftsordnung bildet – die gleiche Ausrüstung aller für den Wettstreit, die gilt es zu schaffen. Auf dem Wege zielstrebigster Neugestaltung gilt es, *alle Vorrechte*, die das Ergebnis des Wettbewerbs fälschen könnten, *spurlos zu beseitigen*.« Diesem Zwecke dienen die beiden hier nun zu besprechenden Forderungen: Freiland und Freigeld.«

Silvio Gesell nannte seine Wirtschaftsform auch »Freiwirtschaft«. Ist er somit ein Anhänger der Liberalisten, des unbeschränkten laissez-faire? Er will die Menschen ebenso, wie es die Liberalisten wollten, frei walten und

arbeiten lassen, aber er will Spielregeln aufstellen, wie sie jedem freien Spiel eigen sind.

Ein freies Spiel kann sich nur durch die Aufstellung von Regeln entwickeln, das weiß jeder, während Willkür jedes Spiel und damit die Freiheit selbst unmöglich macht. Wir nennen solche Systeme von Spielregeln auch Ordnungen. «Man kann also verstehen, daß die Manchester-Leute, die mitten in dieser rasch vor sich gehenden Entwicklung standen, ihre Bedeutung (die Senkung der Grundrente) überschätzend, die Beseitigung des zweiten Schandflecks ihrer Wirtschaftsordnung »der Bodenrente« durch das freie Spiel der Kräfte glaubten erwarten zu dürfen.»

Nachdem nun der Irrtum der Manchesterleute offensichtlich war, da das freie Spiel der Kräfte ohne Spielregeln zu Not und Elend der Arbeitermassen geführt hatte, geht Silvio Gesell als erster dazu über, in Ordnungen zu denken. Er ist damit ein Vorläufer von Walter Eucken, der dieses in neuester Zeit systematisch fortgesetzt hat. Silvio Gesell ging aber noch einen Schritt weiter: Er beschrieb die Ordnungen, die Spielregeln genau, die notwendig sind, damit das Spiel allen gleiche Ausgangspositionen gibt, daß es ein Spiel bleibt, wobei es nur relative Sieger gibt und keine absoluten für alle Zeiten, und bei denen auch der zweite Sieger kein Verlierer ist, sondern gewöhnlich so viel gewinnt, wie sein Gegenspieler. Wie bei jedem fairen Spiel kommt es auf das Spiel und nicht auf den Sieg mit Unterwerfung an.

»Man darf sich diesen Wettstreit nicht als Ringkampf, wie bei den Tieren in der Wüste vorstellen, noch auch etwa als Totschlag. Diese Art der Auslese hat beim Menschen, dessen Macht von rohen Kräften ja nicht mehr abhängig ist, keinen Sinn.« Er will also das freie Spiel der Kräfte in keiner Weise aufheben, sondern er will es Regeln unterwerfen. «Aber erinnern möchte ich daran, wieviel Freiheit das freie Spiel der Kräfte, sogar in der gründlich verpfuschten Ausgabe (nämlich des Manchestertums), die wir vor dem Kriege (1914/18) kennengelernt haben, großen Kreisen des Volkes bot. Eine größere Unabhängigkeit als die war, deren sich die Leute erfreuten, die Geld hatten, läßt sich wohl gar nicht vorstellen. Sie hatten eine vollkommen freie Berufswahl, arbeiteten nach freiem Ermessen, lebten, wie sie wollten, reisten frei bald hierhin, bald dorthin, die staatliche Bevormundung lernten sie überhaupt nicht kennen. Niemand fragte, woher sie das Geld nahmen. Mit keinem anderen Gepäck als einem »Tischlein-deck-dich!« in Form eines Scheckbuches reisten sie um die ganze Welt! Wahrhaftig, ein für die Betroffenen musterhafter Zustand, der nur von denjenigen nicht als das goldene Zeitalter anerkannt wurde, die von diesen Freiheiten infolge der Baufehler unserer im Grundgedanken richtigen Wirtschaft keinen Gebrauch machen konnten – von den Proletariern. Sind aber diese Klagen der Proletarier, sind die Baufehler in unserer Wirtschaft nun ein Grund, um

diese selbst zu verwerfen, und dafür ein neues einzuführen, das diese Freiheit allen rauben und das ganze Volk in die allgemeine Gebundenheit stürzen soll? Wäre es nicht im Gegenteil vernünftiger, die Baufehler zu beseitigen, und die Klagen der Arbeiter zu erlösen, und dadurch allen Menschen, restlos allen, die wunderbare, im Grunde liegende Freiheit zugänglich zu machen? Darin kann doch nicht die Aufgabe liegen, wie wir alle Menschen unglücklich machen sollen, sondern darin, allen Menschen die Quellen der Lebensfreude zugänglich zu machen, die allein durch das freie Spiel der Kräfte der Menschheit erschlossen werden können.«

Silvio Gesell erkannte deutlich die beiden Polaritäten menschlicher Gesellschaftsentwicklung: auf der einen Seite die Staatswirtschaft, die zu einer völligen Erstarrung, zu einem Ersterben allen Lebens führen müsste, und auf der anderen Seite den hemmungslosen Liberalismus, der zu einer Auflösung aller Gesellschaftsformen und dem Chaos führte. Die Lösung konnte also nicht darin bestehen, die polaren Kräfte der menschlichen Natur (Form und Lösung) zu beseitigen, sondern ihnen das freie Spiel erst durch die Regelmäßigkeit zu ermöglichen. Es ging also nicht darum, eine peinlich beachtete mittlere Linie, eine Scheinsynthese, einen dritten Weg zu finden, sondern es ging darum, die menschliche Natur als solche zur Grundlage einer neuen Ordnung zu machen.

»Die Entwicklung vom Herdenmenschen, vom Teilmenschen zum selbstständigen Vollmenschen, zum Individuum und Akraten (Akratie = Herrschaftslosigkeit), also zum Menschen, der jede Beherrschung durch andere ablehnt, setzt mit den ersten Anfängen der Arbeitsteilung ein. Sie wäre längst vollendete Tatsache, wenn diese Entwicklung nicht durch Mängel in unserem Bodenrecht und Geldwesen unterbrochen worden wäre – Mängel, die den Kapitalismus schufen, der zu seiner eigenen Verteidigung wieder den Staat ausbaute, wie er heute ist und ein Zwitterding darstellt zwischen Kommunismus und Freiwirtschaft. In diesem Entwicklungsstadium können wir nicht steckenbleiben; die Widersprüche, die den Zwitter zeugten, würden mit der Zeit auch unseren Untergang herbeiführen, wie sie bereits den Untergang der Staaten des Altertums herbeigeführt haben.«

Diese Worte aus dem Vorwort zur 4. Auflage vom 5. Mai 1920 sind heute noch so gültig wie vor 80 Jahren.

Mensch und Gesellschaft

– Krankheit durch soziale Mißstände –

Gerhardus Lang

Der Arzt Professor Hans Schäfer aus Heidelberg stellt fest, daß die häufigsten zum Tode führenden Krankheiten: Kreislaufkrankheiten, Bronchitis und Lungenkrebs, andere bösartige Geschwülste, Leberschrumpfung und Verkehrsunfälle durch ungelöste soziale Probleme hervorgerufen werden. Er betont dabei, daß es sich bei den Ursachen dieser Erkrankungen vornehmlich um gesellschaftlich vorgeformte falsche Verhaltensweisen handelt. Als Ursachen nennt er: seelischen und sozialen Streß, Fehl-Ernährung, Rauchen, Alkoholmißbrauch, Fehlverhalten im Verkehr und Luftverschmutzung.

Wenn ein angesehener Wissenschaftler sich so äußert, dann dürfen wir von seiner ernsthaften Sorge überzeugt sein. Da heute das allgemeine Bewußtsein für gesundheitliche Fragen durch die vielen Publikationen geweckt ist, ist die Forderung von Professor Schäfer nach einer gesunden selbstverantwortlichen Lebensweise, die die Menschen vor Schädigungen bewahrt, zu akzeptieren.

Was können wir tun? Können wir uns den krankmachenden Ursachen überhaupt entziehen? Können wir sie so ohne weiteres beseitigen? Fragen über Fragen stellen sich uns, wenn wir die Ursache der sozialen Mißstände erkennen wollen und sie zu bessern versuchen. Die Folgen unserer heutigen modernen Zivilisation verfolgen uns bis in die letzten Winkel der Erde. Manche versuchen zwar, in die Einsamkeit abgelegener Bauernhöfe auszuweichen. Damit können wir jedoch der Menschheit nicht aus dieser Zivilisations-Misere heraushelfen. Die Erde ist eng geworden und wir können uns als Einzelne dem allgemeinen Schicksal der Menschheit nicht entziehen. Daher nützt es auch nichts, das »einfache Leben« zu predigen – denn was soll zum Beispiel aus den Millionen werden, die in den Industriegebieten und Städten leben und arbeiten müssen? Wir dürfen sie nicht einfach ihrem Schicksal überlassen. Unser eigenes Wohl ist auf die Dauer mit dem Wohle Aller verbunden. Wir müssen uns Gedanken darüber machen, wie die sozialen Bedingungen beschaffen sein müssen, damit alle Menschen, die guten Willens sind, ihr Leben auf dieser Erde selbstverantwortlich und frei – ihrem eigenen Wesen gemäß – gestalten können.

Die Sozialordnung, die sich der Mensch geben muß

Die sozialen Bedingungen, nach denen sie ihr Leben gestalten können, sind den Menschen nicht von der Natur vorgegeben und wachsen ihnen

nicht ohne eigenes Tun zu. Von den Marxisten wird zwar behauptet, daß die Geschichte und die sozialen Gegebenheiten sich nach naturwissenschaftlich erfaßbaren Gesetzen abspielen würden, doch läßt sich die Haltlosigkeit dieser Behauptung leicht nachweisen. Wir können mit gutem Gewissen sagen, daß die sozialen Voraussetzungen vom Menschen selbst geschaffen werden müssen. Von wem sonst sollen sie denn auch herkommen? Auch ist es einleuchtend, daß die soziale Umwelt dem Wesen des Menschen entsprechen muß, soll sie ihm dienlich sein. Folglich müssen wir, wenn wir uns über die menschliche Natur Klarheit verschaffen, die sozialen Bedingungen des menschlichen Lebens in dieser Welt erforschen. Was wir jedoch zuerst brauchen, ist eine Menschenkunde (Anthropologie), über die wir uns Klarheit verschaffen können.

Über die geistige und physische Natur des Menschen

Die Natur des Menschen scheint auf den ersten Blick kompliziert. Trotzdem können wir uns über einige ohne weiteres einzusehende Gesetzmäßigkeiten ohne allzu große Schwierigkeiten verständigen.

Der Mensch hat einen physischen Körper, der sichtbar ist und dessen Lebensäußerungen: Wachstum, Regeneration, Schlafen und Wachen wir beobachten. Zu seiner Erhaltung benötigt er Nahrung, Kleidung, Wärme, Behausung und Werkzeuge verschiedener Art. Der physische Körper ist deshalb die Ursache unserer leiblichen Bedürfnisse. Um sie zu befriedigen, um unseren physischen Leib zu erhalten, betreiben wir alles das, was wir *Wirtschaft* nennen.

Zum anderen erkennen wir am Menschen geistige Eigenschaften. Sie sind die Ursache für unser vernünftiges Handeln, für unser Denken. Am deutlichsten erleben wir den Geist in uns an dem, was wir als unser Ich bezeichnen. Dieses Ich ist sozusagen der Punkt in unserem Innern, in dem wir unser ganzes Erleben zusammenfassen und von dem aus auch unser Wollen ausgeht. Je bewußter wir uns unseres Ich-Mittelpunktes sind, umso mehr werden wir bestrebt sein, unser Leben nach diesem eigentümlichen Mittelpunkt auszurichten. In der Entwicklung sehen wir dieses »Ich« beim Kind zunächst in seinem Eigensinn aufleuchten. Welch ungeheure Kraft offenbart sich dort bereits, wenn auch ungeformt, doch mit dem unverkennbaren Ziel: Ich will, was ich will. Je wacher wir in unserem Bewußtsein werden, umso mehr erleben wir in uns diesen unverwechselbaren und unaufgebbaren Mittelpunkt unserer persönlichen Existenz.

Über die Arbeit

Durch seine Arbeit sucht sich der Mensch in seiner Umwelt zu verwirklichen. Er möchte sein geistiges Wesen durch seine Arbeit in die Welt hinaus-

tragen, ihr einprägen. Die menschliche Arbeit ist nun die erste Verwirklichung des menschlichen Geisteskerns in seiner Umwelt. Dabei machen wir eigentlich keinen Unterschied zwischen körperlicher und geistiger Arbeit. Denn die körperliche Arbeit des Menschen unterscheidet sich zum Beispiel von der triebhaften Tätigkeit des Tieres durch ihre geplante, gezielte Steuerung durch die Vernunft. Auch die einfachste menschliche Tätigkeit ist immer von Einsicht, das heißt von Vernunft geprägt. »Was ist Industrie und Arbeit? Die zugleich physische und intellektuelle Arbeit eines Wesens, das aus Körper und Geist konstruiert ist. Die Fähigkeit zu arbeiten, was den Menschen vom Tier unterscheidet, hat ihren Ursprung im tiefsten Grund unserer Vernunft«, sagt der französische Philosoph Proudhon (1809-1864). So wie der Mensch als Einzelwesen nur aus seiner Doppelnatur, der geistigen und der körperlichen, zu verstehen ist, so wird sein Zusammenleben mit anderen Menschen dieser Gesetzmäßigkeit entsprechend gestaltet sein müssen, wollen wir den sozialen Bereich der Natur des Menschen gemäß gestalten. »Eine Gesellschaft organisieren, heißt, eine Verbindung schaffen von Geist und Materie« (Proudhon).

Über die Vernunft und die Freiheit

Bei der Überwindung der natürlichen Schwierigkeiten der äußeren Natur durch die Arbeit entwickelt und entfaltet der Mensch seine Vernunft. Diese ist nun wiederum dadurch gekennzeichnet, daß sie ihm durch ihre Anwendung immer mehr Unabhängigkeit, das heißt aber mehr Freiheit verschafft. Auf der anderen Seite kann man sagen, daß sich der Mensch dort am besten entfaltet, wo er sich frei entfalten kann. Die Bedingung der Arbeit und ihr Ziel ist die Freiheit.

Wir können alles, was mit der menschlichen Vernunft zu tun hat, im gesellschaftlichen Leben als das Geistesleben zusammenfassen und sagen, daß die eine Bedingung seines Gedeihens höchstmögliche Freiheit ist. Jedoch müssen wir auch feststellen, daß diese Freiheit erst ihre volle Bedeutung erhält, wenn sie mit der Freiheit der anderen Menschen zusammen eine Höherentwicklung der Freiheit jedes Einzelnen ermöglicht, zu der der Einzelne allein nicht fähig ist. Indem wir uns unsere Freiheit gegenseitig anerkennen, indem wir in der Anerkennung der Würde des Anderen unsere eigene Würde erst finden, erleben wir, daß der Mensch auch im geistigen Bereich bereits ein soziales Wesen ist.

Arbeit und Freiheit, Selbstverwirklichung in der Arbeit

In der Arbeitswelt des Menschen, in der Wirtschaft, liegt diese Bedingtheit der menschlichen Freiheit offen vor unseren Augen: Wir haben eine *arbeits-*

teilige Wirtschaft. Jeder ist auf den anderen angewiesen, und alle *gewinnen* dabei. Im Sozialen Hauptgesetz von Rudolf Steiner wird das, was gewonnen wird, folgendermaßen zum Ausdruck gebracht: »Das Heil einer Gesamtheit von zusammenarbeitenden Menschen ist umso größer, je weniger der einzelne die Erträgnisse seiner Leistungen für sich selbst beansprucht, das heißt, je mehr er von diesen Erträgen an seine Mitarbeiter abgibt und je mehr er seine eigenen Bedürfnisse nicht aus seinen eigenen Leistungen, sondern aus den Leistungen der anderen befriedigt.« (Unter *Mitarbeitern* ist an dieser Stelle die *Gesamtheit aller Arbeitenden* überhaupt zu verstehen – unter *Erträgen der Leistungen* die *Produkte der menschlichen Arbeit*, das, was der Mensch herstellt.) Der Selbstversorger ist also strenggenommen ein asozialer Mensch, da er dadurch sich selbst und die anderen um den Gewinn der Arbeitsteilung bringt (wie zum Beispiel der Schneider, der sich selbst seinen Anzug schneidet!). Wichtig dabei ist, daß wir nicht vergessen, daß der Einzelne als Arbeitender im Wirtschaftsbereich ein geistiges, von der Vernunft geleitetes Wesen ist und deshalb in dieser Hinsicht frei sein sollte. Daraus folgt, daß jeder Mensch so weit wie möglich sein eigener Unternehmer sein muß. Die freie unternehmerische Tätigkeit entspricht der geistigen Natur des Menschen.

Es mag zunächst ungewohnt sein, auch den wirtschaftlich tätigen Menschen zum Geistesleben zu rechnen. Aber wenn wir den selbstverantwortlichen Menschen als Ursprung und Ziel der Kultur betrachten wollen, müssen wir ihn überall, wo er tätig ist, als dem Kulturleben zugehörig betrachten. Wir haben anfänglich gesehen, daß die menschliche Arbeit die ursprünglichste und die wichtigste Offenbarung des menschlichen Geistes ist. Gerade für sie gilt also das *Prinzip der gleichen Freiheit für alle*. Der Ort der Kulturverwirklichung des Menschen ist vor allem seine Arbeit (und nicht in erster Linie seine Freizeitgestaltung). Die Arbeit darf aus diesem Grunde nicht den Marktgesetzen unterworfen werden. Angebot und Nachfrage regeln *nur den aus der Arbeit entspringenden Warenstrom*. Es mag der Preis einer Ware auch die Entscheidungen des arbeitenden Menschen beeinflussen, dieses oder jenes Nachgefragte zu produzieren. Aber deshalb darf doch die Arbeit nicht als etwas Käufliches betrachtet werden. Diese Betrachtungsweise ist ein Überrest aus Zeiten, in denen der Mensch als Sklave käuflich war. Ihm nun in seiner Arbeit seine Ich-Verwirklichung abzukaufen heißt, seine Würde im tiefsten Kern verletzen. Die Bezeichnungen: Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind somit für beide Beteiligte entwürdigende Begriffsbildungen, die zeigen, daß es sich bis heute noch nicht zwischen den Wirtschaftspartnern um ein gerechtes und freies Vertragsverhältnis handelt. Man kann Befehle oder Anweisungen geben, man kann dieselben annehmen und ausführen, aber *Arbeit geben* oder *nehmen*, das ist unmöglich.

Arbeit muß das unveräußerliche Eigentum desjenigen sein und bleiben, der sie leistet.

Es ist sicher nichts dagegen einzuwenden, wenn Menschen sich in der Ausführung einer Arbeit dem planenden Sachverstand eines anderen anvertrauen. Diese *freigewählte Abhängigkeit* kann nur durch ein freies gerechtes Vertragsverhältnis geregelt werden. So wie der Handarbeiter vom Unternehmer abhängig ist, ist grundsätzlich auch der Unternehmer vom Handarbeiter abhängig. Keiner kann ohne den anderen seine Arbeit tun. Wenn das heute anders zu sein scheint, so ist das in Machtverhältnissen begründet, die auf geschichtlichen Vorrechten aufbauen. Auch hier tritt der soziale Friede erst ein, wenn diese Vorrechte beseitigt werden und Vertragsfähigkeit durch gleiche Rechte hergestellt wird.

Brüderlichkeit in der Wirtschaft

Erst im Austausch seiner Arbeitserträge mit anderen Menschen tritt das Prinzip der Gegenseitigkeit, das man auch das der Brüderlichkeit nennen kann, in kraft. »Die Gegenseitigkeit ist die Formel der Gerechtigkeit«, sagt Proudhon. Beim Austausch der wirtschaftlichen Erträge unserer Leistungen, der Produkte am Markt, muß der Handel nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit oder Gleichheit im Geben und Nehmen erfolgen. Die rechtliche Grundlage dafür ist der Vertrag, ist das gegenseitige Einverständnis, das sich am Ende des Verhandelns ergibt. Der höchste Gewinn auf beiden Seiten der Tauschpartner ist dann erzielt, wenn jeder das Gefühl hat, für seine Arbeitserträge die bessere Gegenleistung empfangen zu haben. Den Gewinn bei einem fairen Handel haben somit beide Partner; hat also auch immer der Käufer und nicht nur, wie meist behauptet wird, der Verkäufer. Wir sehen also, daß durch das Gesetz der Gegenseitigkeit jedem der höchstmögliche Gewinn zufließt, wenn dieses Grundprinzip ungestört durch Monopol- oder Machtpositionen frei zur Auswirkung kommen kann.

Durch die Einrichtung des Geldes als Tauschvermittler verzögert sich dieser Vorgang der Gegenseitigkeit unter Umständen, und zwar dann, wenn die Tauschkette unterbrochen wird. Dann treten Störungen im Wirtschaftskreislauf auf, die Konjunktur, die Verbindung der Marktteilnehmer bricht ab. Die Wissenschaft spricht dann von Wirtschaftskrise. Konjunktur bedeutet die stete ununterbrochene Verbindung von Käufer und Verkäufer, von Ware und Geld. Je arbeitsteiliger unsere Wirtschaft ist, umso höher werden die »Gewinne« der Käufer und Verkäufer sein. Je mehr das Geld ein »reeller Konkurrent der Ware« (R. Steiner) wird, was durch die Geldverfassung gewährleistet sein muß, umso ungestörter funktioniert der Wirtschaftskreislauf.

Das Geld und die Gegenseitigkeit

Der Sinn des Marktes ist es, den Menschen die Möglichkeit zu geben, ihre Arbeitserträge den anderen anzubieten und wiederum deren Angebote entgegenzunehmen. Ferner finden auf dem Markt die Tauschvorgänge statt, bei denen die Arbeitserträge (Produkte) ihre Besitzer wechseln nach dem Prinzip des gegenseitigen Einverständnisses. Das Geld wurde ursprünglich zu nichts anderem in das Marktgeschehen eingeführt als dazu, diese Tauschvorgänge in vielfältigster Weise zu ermöglichen, wie sie von der immer fortschreitenden arbeitsteiligen Wirtschaft verlangt wurden.

Geld war zunächst ein reines Tauschmittel. Es hatte einige besondere Eigenschaften: Es war leicht zu transportieren, leicht aufzubewahren und unverderblich, wodurch es seinen Wert im allgemeinen über lange Zeit behielt. Deshalb wurde bald aus dem Tauschmittel ein *Schatzmittel*. Als solches wurde es dem Marktgeschehen immer wieder entzogen, so daß der Tauschvorgang laufend unterbrochen wurde, wodurch die Marktwirtschaft nicht zu ihrer vollen Entfaltung gelangte. Der Geldbesitzer war in der Lage, sein Geld dem Markte vorzuenthalten bzw. es nur unter der Bedingung der Zinserhebung als Tribut dem Markte wieder zur Verfügung zu stellen. So entstand die kapitalistische Marktmacht. Dies ist bis heute so geblieben, obwohl es immer wieder Menschen gab, die auf das Versagen des herkömmlichen Geldwesens hingewiesen haben. Für unser modernes Wissenschaftsbewußtsein hat Silvio Gesell (1852-1930) als Ursache *die Überlegenheit des Geldes beim Tausch auf dem Markt* aufgezeigt. Seitdem kann sich niemand mehr herausreden, daß die Ursachen der kapitalistischen Mißstände nicht zu bewältigen seien und daß man Konjunkturschwankungen in Kauf nehmen mußte. Das Prinzip der Gegenseitigkeit im Wirtschaftsleben kann so lange nicht verwirklicht werden, als zwischen Ware und Geld die Ausgewogenheit nicht besteht. Das heißt, es muß unter dieselben Marktbedingungen gestellt werden, wie die verderbliche Ware. Praktikable technische Möglichkeiten für die Durchführung dieses Korrektivs sind seither in verschiedener Weise vorgeschlagen worden.

Entscheidend ist es, die Notwendigkeit der Geld-Waren-Äquivalenz zu durchschauen und praktikabel einzurichten, um nicht der Gefahr planwirtschaftlicher Regelungen zu unterliegen.

»Usus pecuniae in emissione ipsius« »Der Gebrauch des Geldes liegt einzig und allein darin, daß man es ausgibt.« (Thomas von Aquino)

Die Wirtschaft und der Kampf ums Dasein oder das Gesetz von der gegenseitigen Hilfe

Es klingt eigentlich erstaunlich, daß ich immer dafür arbeiten soll, damit der »Andere« einen möglichst hohen Gewinn erzielen soll, wobei doch der

»Andere«, wie es scheint, mein Gegner im Kampf ums Dasein ist. Aber ich kann mich der Einsicht nicht entziehen, daß ich dabei *auch gewinne*, denn mein »Gegner« ist ja ebenfalls genötigt, für meinen höheren Gewinn zu arbeiten. In diesem arbeitsteiligen System der Gegenseitigkeit ist sozusagen die Brüderlichkeit eingebaut. Die Menschen werden durch die Beachtung ihrer eigenen Natur zur gegenseitigen Hilfe erzogen. Im physischen Organismus des Menschen, der dem ökonomischen Bereich des sozialen Lebens entspricht, gilt das gleiche Prinzip der Gegenseitigkeit. Dort sind die Organe genauso aufeinander angewiesen und miteinander assoziiert (vergesellschaftet), indem sie nach dem Prinzip der gegenseitigen Hilfe die höchst komplizierten Vorgänge des Stoffwechsels vollbringen. Das ginge bestimmt nicht durch einen Kampf der einzelnen Organe gegeneinander (in den zum Beispiel die Krebskrankheit ausartet). So sehen wir, daß die Lehre vom Kampf ums Dasein in der Wirtschaftswirklichkeit eigentlich keine Rechtfertigung findet, sondern daß eher das Gegenteil richtig ist: Die Höherentwicklung einer Gemeinschaft, wie sie uns die Natur darstellt, ist nur durch das *Prinzip der gegenseitigen Hilfe* zur Höherentwicklung fähig, dagegen wird sie durch einen Kampf ums Dasein zu niedrigerer Form zurückgebildet (siehe auch Peter Kropotkin: Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt).

Eigennutz und Gegenseitigkeit. Der Markt

Um Irrtümer auszuschalten, sei noch auf folgendes hingewiesen: Der Antrieb zur Betätigung in der arbeitsteiligen Wirtschaft hat seinen Ursprung im einzelnen Menschen. Die Motive des Einzelnen zur Arbeit können unterschiedlich sein. Sie können dem reinen Selbsterhaltungstrieb oder dem Eigennutz entspringen, was sogar berechtigt und nicht als unmoralisch abzuwerten ist, weil andere Menschen dadurch nicht benachteiligt oder unterdrückt werden. Ein anderes Motiv zum Schaffen kann der Drang sein, ein den Menschen interessierendes Vorhaben ausführen zu wollen.

Will ein Mensch aufgrund seiner eigenen Arbeitsleistungen aber Ansprüche an die Arbeitsleistungen des Anderen erheben, so ist das nur durch das Erscheinen der Arbeits-»Ergebnisse« im Wirtschaftskreislauf am Markt möglich. *Dort bekommen die Produkte* seiner Leistungen – durch das Interesse der Anderen – erst ihren Wert. Das Produkt für sich hat keinen objektiven Wert, sondern nur den, den es am Markt durch das Interesse der Anderen erhält. Man nennt das auch: *Gesetz von Angebot und Nachfrage*. Daraus leitet sich erst das jeweilige »Einkommen« des Produzenten ab. Damit wird die Gemeinschaft vor Produkten geschützt, an denen sie kein Interesse hat. Der Markt – so er wirklich frei und nicht von Monopolen auf der Angebots- oder Nachfrageseite »vermachtet« ist – ist nach aller Erfah-

rung das einzige Instrument, welches diesen regelmäßigen Einfluß auf die Produktion der Einzelnen in völlig sachlicher, objektiver Weise ausübt, ohne den Einzelnen in seiner Freiheit zu beschränken. Der Markt verhilft ihm zu der Einsicht, sein Handeln an den Bedürfnissen der anderen Marktteilnehmer auszurichten, das heißt, sich dadurch »brüderlich« zu verhalten. Jede andere Regulierung wirtschaftlicher Produktion durch Gremien, das heißt durch Zusammenschlüsse von Interessenten, würde zur Fremdbestimmung der menschlichen Selbstentscheidung führen und damit der Selbstverantwortung und der Freiheitsnatur des Menschen widersprechen.

Eine dem Markt eigentümliche Erscheinung möchte ich besonders hervorheben. Wenn jemand ein Produkt am Markt anbietet, so lebt er in der Hoffnung, etwas Nützliches für einen anderen geschaffen zu haben.

Es kann niemand gezwungen werden, einem Hersteller diese Ware nur aus dem Grund abzukaufen, weil dieser sie in einer guten Absicht geschaffen hat. In völliger Freiheit muß die Ware ihren Käufer finden. Eine Erwartungshaltung des Verkäufers ist etwas ganz anderes als ein Rechtsanspruch, als eine Forderung an den Markt, als ein Zuteilungsrecht. Eine Gewißheit, einen Käufer zu finden, besteht nicht. Aber gerade dieses Unsicherheitsmoment garantiert uns die Freiheit der größtmöglichen Entfaltung unserer Kräfte und die bestmögliche Befriedigung unserer Bedürfnisse durch andere. Wir bemühen uns, die Erwartungen der anderen (des Marktes) an uns zu befriedigen (ein vollkommener Altruismus, wenn man so will). Wenn wir dieser »Verpflichtung« nachgekommen sind, werden in Gegenseitigkeit, in Brüderlichkeit unsere eigenen Erwartungen an den Markt ebenfalls erfüllt, das heißt, unsere Bedürfnisse befriedigt werden. So erweist sich der Markt als eine vorzügliche Schule der Menschen zur Moralität. Das Vertrauen des Einzelnen in die Marktgemeinschaft wird in dem Maße zunehmen, wie seine Bemühungen wahrgenommen werden, die Bedürfnisse der anderen zu befriedigen.

Wir sehen also, daß der Mensch, soweit er seine *geistige Natur* entfaltet, *frei sein muß*: Erstens als Arbeiter (Unternehmer), zweitens als Tauschpartner am Markt, soweit er Entscheidungen trifft, drittens als frei schöpferisches Wesen im Kulturbereich. Soweit er seine *wirtschaftlichen Bedürfnisse befriedigt*, handelt er vernünftigerweise »brüderlich«, wenn er sich nicht selbst schaden will.

Das Rechtsleben und die Gleichheit

Damit sich diese beiden Prinzipien der Freiheit und der Brüderlichkeit gegenseitig nicht stören, müssen wir sehen, daß der Mensch eine dritte Kraft benötigt, die dafür sorgt, daß jeder die gleichen sozialen Bedingungen, das heißt die gleichen Rechte und Pflichten vorfindet, wenn er sich im Zusam-

menhang mit anderen Menschen im wirtschaftlichen oder geistigen Bereich oder, wie es meist der Fall sein wird, in beiden gleichzeitig betätigt. In diesen *gleichen Rechtsbedingungen* wirkt das Recht des Menschen nach dem *Prinzip der Gleichheit*. Das bedeutet, daß keinem Vorrechte vor den anderen eingeräumt werden dürfen. Das Prinzip der Gegenseitigkeit als Formel der Gerechtigkeit führt hier zu der Forderung nach Ausgewogenheit, das heißt, der Gleichheit im Geben und Nehmen. *Aber auch nur hier!* Gleichheit der Arbeitserträge (Arbeitsprodukte) zu fordern wäre unsinnig in einer arbeitsteiligen Wirtschaft. Gleichheit des Wissens, Glaubens oder Könnens usw. würde der gleichen Würde des Menschen und seinem gleichen Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit widersprechen. *Nur im Rechtsbereich* gilt die Gleichheit. *Die Grundlage des gleichen Rechtes ist der gegenseitige Vertrag*. Er ist die Urform jeden Rechtes. Schon in der Familie ermahnt man die Kinder, die sich streiten: »Vertragt euch miteinander!« Nirgends sonst erlebt man ein solch ursprüngliches und unverfälschtes Gerechtigkeitsempfinden als bei Kindern. Zufriedenheit herrscht erst, wenn sich jeder gerecht behandelt fühlt.

Jeder hat also das gleiche Recht auf einen freien Vertrag (*nicht* auf einen gleichen Vertrag!). Wo dieses Recht nicht gewährleistet ist, herrscht keine Rechtsgleichheit. Wenn zum Beispiel ein Arbeiter nur die Möglichkeit hat, mit nur einem Unternehmer einen Arbeitsvertrag abzuschließen, ist diese Bedingung nicht erfüllt, da er keine Wahlfreiheit hat: Er ist dann einem Monopol ausgeliefert. Ebenso wenig ist Rechtsgleichheit gegeben, wenn eine bestimmte Ware nur in einem einzigen Geschäft zu kaufen ist.

Ungerechtigkeit besteht bereits, wenn einem Menschen der freie Vertrag durch vorgegebene Machtverhältnisse verunmöglicht wird. Daran können auch Sozialgesetze nichts ändern. Hier wird nur die eine Machtposition durch die andere geschwächt. Erst wenn auf beiden Seiten keine Machtposition mehr vorhanden ist, können sich die selbständigen Bürger gleichberechtigt in freier Weise begegnen und miteinander in gegenseitigem Einverständnis vertragen. Das ist dann der *freie Vertrag, die Verwirklichung der Gerechtigkeit*.

Da diese Gerechtigkeit mehr gefühlt als verstanden wird, ist die Rechtssphäre im sozialen Leben dem Gefühlsleben des Menschen zuzuordnen. Die Gerechtigkeit wird im tiefsten Inneren des Menschen, in seinem Herzen, empfunden, und es trifft ihn auch in der Mitte seines Wesens, wenn die Gerechtigkeit verletzt wird. Das menschliche Gewissen ist als der Mittelpunkt dieses Geschehens anzusehen. Muß der Mensch gegen sein Gewissen handeln, sieht er die Gerechtigkeit verletzt, so ist er zutiefst in seiner Würde getroffen. Die Gerechtigkeit ist sozusagen »die Krone der menschlichen Gemeinschaft« (so zitiert Thomas von Aquin den Satz des Aristoteles: »Die

höchste unter allen Tugenden ist die Gerechtigkeit, nicht der Morgenstern ist solcher Bewunderung wert wie sie, noch der Abendstern.«) Aber auch das Christuswort können wir so besser verstehen: »Trachtet am ehesten nach dem Reich Gottes und seiner *Gerechtigkeit*, so wird euch solches alles zufallen« (Matth. 6,33).

Gesundes Leben

Was hat das alles mit unserem Thema »Krankheit durch soziale Mißstände« zu tun? Der Mensch wird erst dann ein gesundes, menschengemäßes Leben führen können, wenn er unter solchen sozialen Bedingungen lebt, die seiner ~~eigenen Natur entsprechen. Wir haben gesehen, daß dieser menschlichen~~ Natur bestimmte Bedingungen zuzuordnen sind:

- *Freiheit* für die geistige Natur des Menschen
- *Gegenseitigkeit* (Brüderlichkeit) für die leibliche Natur des Menschen
- *Ausgewogenheit oder Gleichheit* (Gerechtigkeit) für die übergeordnete Rechtssphäre.

Sind diese Bedingungen nicht für jeden Einzelnen erfüllt, so kann der Mensch sich nicht in Übereinstimmung mit seiner sozialen Umwelt empfinden. Er paßt nicht in ein Bett, das nicht für ihn angefertigt ist. Es »kränkt« ihn, wenn seine Würde nicht anerkannt wird. »Es schlägt ihm auf den Magen«, »die Galle läuft ihm über«, »das Herz bleibt ihm stehen«, er fühlt sich be-leidigt, ge-kränkt, seelisch be-drückt, ge-lähmt, er kann nicht mehr schlafen, greift zur Zigarette, zum Alkohol, fährt sinnlos in der Gegend herum, sucht Ersatzbefriedigung im Verbrauch immer unsinnigerer Dinge und entwickelt Aggressionen, führt Krieg, zerstört seine Umwelt und sich selbst.

Eröffnen wir dem Menschen die Möglichkeit, *sich seiner eigenen Natur entsprechend in Freiheit und in Gegenseitigkeit mit den anderen zu entwickeln*, so schaffen wir Bedingungen zu seiner wahren menschlichen Gesundheit, die wiederum die Grundlage seiner Freiheit ist. Wir müssen die Hindernisse beiseite räumen, die den Menschen heute an der Entfaltung seines eigentlichen menschenwürdigen Zieles, nämlich, *sich selbst zu verwirklichen*, hindern. Wir müssen *das verwaltete Dasein wieder zu einem Dasein freier, sich selbst bestimmender und in Gegenseitigkeit zu einer höheren Stufe des Daseins sich entwickelnder Menschen machen*. Erst dann werden die Geißeln moderner Erkrankungen die Menschen freilassen zur Erfüllung eines sinnvollen Lebens.

Bereits in der Französischen Revolution, in den Idealen *Freiheit, Gleichheit* und der *Brüderlichkeit*, klingt das Motiv an, das uns den Weg weist. Um diese Idee in ihrer vollen Wirklichkeit zu erfassen, ist es notwendig, die Natur des Menschen selbst in ihrer Dreiheit: im Denken, Fühlen und Wol-

len, in seinen Organsystemen: Nervensystem, rhythmischem System (Herz-Kreislauf-System) und Stoffwechselsystem zu erkennen. Bei der Betrachtung dieser Systeme sollte man nicht nur an sinnenfällige Systeme denken: Es ist vielmehr von Bedeutung, diese Betrachtungsweise in einer lebendigen, funktionellen Art zu vollziehen. So wenig Rhythmus und Ausgewogenheit im *rhythmischen System* des Menschen zu »sehen«, sondern nur zu erleben sind, so wenig ist im sozialen Bereich das Rechtssystem äußerlich bei der Polizei, dem Staatsanwalt oder im Bürgerlichen Gesetzbuch zu finden. Das Recht des Menschen ist etwas lebendig Wirkendes, nur im sozialen Leben selbst Erfahrbares, stets neu sich Bildendes, so wie das Blut im menschlichen Organismus nie im gleichen Rhythmus pulsiert. Nur im Vergleich von Vorangegangenen zu Zukünftigem, im Pendeln um den Mittelpunkt der Gerechtigkeit, wird *das Recht in der freien Funktion* wie eine Waage dem Ausgleich sich annähern, ohne je endgültig festgelegt zu werden. Jedes festgelegte Recht ist schon *Unrecht*.

Der föderalistische Staat und das Subsidiaritätsprinzip

Wie können nun Einrichtungen aussehen, die der menschlichen Natur gemäß den genannten Prinzipien entsprechen?

In der Staatenbildung werden wir der Forderung nach Freiheit und Gegenseitigkeit dadurch entsprechen, daß wir den *autonomen* (sich selbst bestimmenden) *Bürger als den Souverän*, als Selbstherrscher in seine Rechte *einsetzen* (nicht das Volk!). Nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit muß er sich mit seinem Nachbarn vertragen und bildet so die Grundlage der bürgerlichen Gemeinde. *Er* überträgt seine »Souveränität« nicht auf die Gemeinde, sondern bildet in *Gegenseitigkeit mit anderen »Souveränen«* eine Gemeinschaft. Das, was gemeinsam in Angriff genommen und gelöst werden muß, sind im wesentlichen auch die staatlichen Aufgaben, über deren Verwirklichung man sich *nach dem Prinzip der Übereinstimmung* einigen muß. Das Prinzip der Mehrheit, das heute gilt, vergewaltigt immer die unterlegene Minderheit und legt so den Grund für ständige Unruhe und Streit. Aus der Verpflichtung, im Staatsbereich Gemeinschaftsaufgaben nur nach dem Prinzip der Übereinstimmung zu lösen, wird sich ergeben, daß möglichst viele Angelegenheiten unter den einzelnen Menschen im freien Verhältnis, im gegenseitigen Vertrag geregelt werden, da man sich da noch am ehesten einig wird, weil man sich einigen *muß*. Je mehr Menschen zu einer Einigung kommen müssen, umso schwieriger wird es erfahrungsgemäß. Jeder sollte die Aufgaben in dem ihm überschaubaren Bereich möglichst selbst ausführen und nicht auf andere abladen, denen er dann schließlich noch die Schuld beim Mißlingen zuschiebt. Erst dann würde die *Selbstverwirklichung des Menschen im staatlichen Bereich* gewährleistet sein. Allgemein-

gültige Rechte sollten genau so ausgehandelt werden, daß sie von jedermann *anerkannt werden können*. Dann fallen automatisch die Vorrechte für Einzelne fort, da dafür keine Einigkeit zu erzielen ist. Wir würden folglich die wesentliche Gesetzgebung einer Gemeinde überlassen und nur Weniges an abgeordnete Gremien (Kreistag, Landtag usw.) weitergeben. Deren Bedeutung würde mit der Entfernung vom Souverän geringer werden und nicht, wie heute, zunehmen.

Freiheit und Geistesleben

Im Kulturbereich herrscht – oder sollte herrschen – der freie menschliche Geist. Die Neigung des Menschen, andere zu tyrannisieren, ist in seiner geistigen Natur begründet. So wie der Kopf über den Körper zu herrschen droht und alles vermittels des Zentral-Nervensystems kontrolliert, so möchte der Einzelmensch gerne seine Meinung anderen aufzwingen. Daran kann man ihn nur hindern, wenn ihm keine Macht durch Vorrechte oder physische Gewalt zur Verfügung gestellt wird. Er muß sich vielmehr in der Situation des Wettbewerbs mit den anderen Geistern erleben, andernfalls würde er selbst so unfrei wie diejenigen, die er bevormunden möchte.

Gleiche Freiheit für alle ist das Recht im Kulturleben. Deshalb müssen auch alle kulturellen Einrichtungen, wie das Feld der Arbeit, die Familie, Schule, Universität, das Unternehmen usw. völlig der freien Initiative des Einzelnen überlassen sein (übermächtige Konzerne, staatlich verwaltete Schule oder Universität, Großkliniken usw. widersprechen dem Prinzip der Freiheit und des Wettbewerbs). Dementsprechend muß auch die wirtschaftliche Existenz solcher Einrichtungen nur durch *freie Zuwendungen* der daran Interessierten gewährleistet sein. Damit wird einer krankhaften Wucherung und Konzentration staatlicher Einrichtungen mit ihren meist überdimensionalen Verwaltungsapparaten gegenüber freien Institutionen des Sozialen Bereiches Einhalt geboten.

Gegenseitigkeit oder Brüderlichkeit im Wirtschaftsleben (Marktwirtschaft)

Im Wirtschaftsleben handelt es sich darum, daß das Prinzip der Gegenseitigkeit der Leistungen durch den funktionierenden Markt gewährleistet sein muß. Niemand darf die Leistungen Anderer beanspruchen dürfen, *der nicht entsprechende Leistungen erbracht hat*. Das hindert jedoch nicht, auf eigene Leistungsansprüche zu verzichten, um sie – nach freiem Entschluß – anderen Menschen zu übertragen, entweder in Form des Verleihens oder des Schenkens. Entscheidend ist dabei jedoch immer der sich selbst bestimmende und sich selbst verwirklichende Mensch.

* * *

In der Schaffung eines sozialen Organismus nach den vorangegangenen geschilderten Vorstellungen erwächst dem Menschen die Kraft, ein Kulturwesen höherer Ordnung zu werden. Er wird seine Befriedigung nicht mehr nur in der Anhäufung irdischer Güter finden, sondern »ein Geist der fröhlichen Armut« (Proudhon) wird ihn ergreifen, die transindustrielle Gesellschaft wird eine mehr geistige als materielle Kultur sein. »Was hülfe es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an seiner Seele« (Marc. 10,23). Die Lehren des Christentums werden dann erst ihre Erfüllung finden, wenn Gerechtigkeit auf Erden eingekehrt ist. Dieses wird jedoch nicht durch den Ratschluß der Weisen, durch Maßnahmen irgendeiner fortschrittlichen Regierung, durch Beschlüsse gewählter Gremien eintreten. Diese Illusion sollten wir begraben, sie wäre der Freiheitsfähigkeit des Menschen nicht entsprechend. Die Zeit der großen und der kleinen Führer ist vorbei! Jeder ist aufgerufen, selbst seines Glückes Schmied zu sein, in Freiheit der eigene Führer seines eigenen Schicksals zu werden und dadurch mitzuwirken, das Schicksal der künftigen Menschheit zu gestalten.

Literatur:

1. Kurt Hahn: Föderalismus, Verlag Ernst Vögel, München 1975.
2. Peter Kropotkin: Gegenseitige Hilfe in Tier- und Menschenwelt, Ullstein-Buch Nr. 3225.
3. Pierre-Joseph Proudhon: Ausgewählte Texte von Thilo Ramm, K. F. Koehler-Verlag Stuttgart 1963.
4. R. Steiner: Die Kernpunkte der sozialen Frage, Nationalökonomischer Kurs
5. Heinz-Hartmut Vogel: Jenseits von Macht und Anarchie, Westdeutscher Verlag, Köln-Opladen.
6. Lothar Vogel: Die Verwirklichung des Menschen im sozialen Organismus, Sonderdruck »Fragen der Freiheit«.

Ordnungspolitische Vorstellungen für den Bereich des Kulturlebens

Gerhardus Lang

Wenn wir uns der Frage zuwenden, wie die Kulturordnung beschaffen sein soll, so können wir die Antwort darauf nirgendwo sonst finden als im Menschen selbst. Er, der Mensch bringt die Kultur hervor, nicht die ihn umgebende Natur. Soll die Kulturordnung dem Menschen wesengemäß gestaltet sein, müssen wir den Ursprung der Kräfte aufsuchen, aus denen die Kultur gestaltet wird. Dann erst kommen wir zu einer richtigen Anschauung dessen, was zu den menschlichen Kulturleistungen gehört.

Gehen wir davon aus, daß die menschliche Natur einen geistigen und einen physischen Aspekt hat, dann können wir sagen, daß im Prinzip alles, was sich aus der geistigen Natur des Menschen ergibt, in Kulturleistungen seinen Niederschlag findet.

Die Arbeit – soziale Wesensauffassung des Menschen

»Was ist Arbeit? Die zugleich physische und intellektuelle Leistung eines Wesens, das aus Körper und Geist gebildet ist. Die Fähigkeit zu arbeiten, die den Menschen vom unvernünftigen Tier unterscheidet, hat ihren Ursprung im tiefsten Grund unserer Vernunft. Die Arbeit ist die Manifestation des Geistes« sagt Proudhon. Bei der Überwindung der natürlichen Schwierigkeiten der äußeren Natur durch die Arbeit entfaltet der Mensch seine Vernunft. »Die zur Befriedigung unserer Bedürfnisse notwendige Arbeit zwingt uns, unsere Trägheit zu überwinden und unsere Vernunft zu betätigen, um unsere Produktionskräfte zu steigern, und trägt dadurch zur Entwicklung und Entfaltung unserer Intelligenz und Freiheit bei. Die Arbeit ist unsere Erziehung zur Freiheit«. (Proudhon). Die *Vernunft* ist also dadurch gekennzeichnet, daß sie dem Menschen durch ihre Anwendung immer mehr Freiheit verschafft. Man kann auch sagen, daß sie dort am wirksamsten ist, wo sie sich frei entfalten kann. Ihre Bedingung und ihr Ziel ist die Freiheit. Wir können nun alles, was mit der menschlichen Vernunft zu tun hat, als das *Geistesleben* zusammenfassen und sagen, daß die eine Bedingung des Gedeihens des Menschen die höchstmögliche Freiheit ist. Gleichzeitig jedoch müssen wir feststellen, daß diese Freiheit erst dann ihre volle Bedeutung erlangt, wenn sie zusammen mit der Freiheit der anderen Menschen eine Höherentwicklung der Freiheit des Einzelnen ermöglicht, zu der der Einzelne allein nicht

fähig ist. »Der Mensch hat kraft der Vernunft, mit welcher er begabt ist, die Fähigkeit, seine Würde in der Person seines Nebenmenschen zu fühlen wie in seiner eigenen Person und in dieser Beziehung seine Identität mit ihm zu bejahen. Die Gerechtigkeit ist das Produkt dieser Fähigkeit. Sie ist die spontan empfundene und gegenseitig garantierte Achtung der menschlichen Würde«. (Proudhon). Indem wir unsere Freiheit gegenseitig anerkennen, indem wir in der Anerkennung der Würde des anderen Menschen erst unsere eigene Würde finden, sehen wir, daß der Mensch auch in seinem geistigen Bereich bei aller Individualität ein *soziales Wesen* ist.

In der Arbeitswelt des Menschen, in der Wirtschaft, liegt diese Bedingtheit der menschlichen Freiheit offen zutage: Wir haben eine arbeitsteilige Wirtschaft. Jeder ist auf den anderen angewiesen, und alle gewinnen dabei mehr Freiheit. Im sozialen Hauptgesetz von Rudolf Steiner wird dieser Gewinn zum Ausdruck gebracht: »Das Heil einer Gesamtheit von zusammenarbeitenden Menschen ist umso größer, je weniger der einzelne die Erträgnisse seiner Leistungen für sich selber beansprucht, das heißt, je mehr er von seinen Erträgen an seine *Mitarbeiter* abgibt und je mehr er seine eigenen Bedürfnisse nicht aus seinen eigenen Leistungen, sondern aus den Leistungen der Anderen befriedigt«. Unter *Mitarbeiter* sind hier nicht nur Mitarbeiter eines Betriebes gemeint, sondern die Gesamtheit aller »mitarbeitenden« Menschen (wobei die »nichtmitarbeitenden« zunächst einmal nicht miteinzubeziehen sind.) Unter *Erträgnisse der Leistungen* sind die Produkte der menschlichen Arbeit gemeint, das, was man herstellt durch die Arbeit, was man produziert, keinesfalls das durch den Verkauf dieser Produkte verdiente Geld, wie oft irrtümlich angenommen wird! Der Selbstversorger ist also strenggenommen ein asozialer Mensch, da er dadurch sich selbst und die anderen um den Gewinn der Arbeitsteilung bringt. *Außerordentlich wichtig* ist dabei, daß der Einzelne *als Arbeitender* im Wirtschaftsbereich als ein *geistiges Wesen* anzusehen ist, einfach dadurch, weil er sich vernünftig betätigt und nicht dumpf seine Glieder bewegt. Deshalb muß der Mensch als Arbeitender frei sein. In der menschlichen Arbeit kann der Mensch sich selbst und dabei seine individuellen, kulturschöpferischen Impulse verwirklichen. Deshalb sollte jeder Mensch im Bereich der Wirtschaft möglichst *sein eigener Unternehmer* sein, um damit seiner geistigen Natur gerecht zu werden. Schließlich bildet die Arbeitswelt des Menschen im wesentlichen sein Schicksal, einen großen Teil seiner Biographie. Diese darf ihm keinesfalls geraubt werden um irgendwelcher Zwecke willen. Wir müssen uns von dem lieb gewordenen Gedanken trennen, daß Kultur erst jenseits der Fabrikttore beginnt, während der sogenannten Freizeit oder erst bei den sogenannten Kultureinrichtungen, seien sie privat, staatlich oder kirchlich.

Dies als Kultur zu bezeichnen und die physische Arbeit als profan zu entwerten, und sie dem Kampf ums Dasein zu überlassen, das Prinzip der Gegenseitigkeit zu vergessen, die Gerechtigkeit gleichsam »dem Himmel« zu überlassen, verkennt das Wesen menschlicher Arbeit. Erst wenn wir im Bewußtsein haben, daß die Arbeitswelt des Menschen das Feld seiner Kulturverwirklichung ist, werden wir die Tragweite ermessen können, daß Bedingung und Ziel der menschlichen Kultur die Freiheit ist.

Nachdem nun die ordnungspolitischen Bedingungen des Kulturlebens herausgearbeitet wurden, ist es notwendig, auch *die einzelnen Bereiche menschlichen Kulturschaffens* zu betrachten und sie mit der Elle der Freiheit zu messen.

Der Arbeitsplatz des Menschen

Die normale Arbeitsteilung führt zu gegenseitigen Abhängigkeiten, die dazu mißbraucht werden können, Macht über andere Menschen auszuüben und damit die Bedingung der Freiheit als Voraussetzung der Arbeit zu zerstören. Das darf uns nicht dazu verleiten, die Arbeitsteilung selbst anzutasten, sondern es ist darauf zu achten, daß das Miteinander der Menschen nicht vermachtet werden kann, *daß der freie Vertrag die Grundlage des Miteinanderarbeitens* ist. Dazu muß die Vertrags- oder auch Assoziationsfähigkeit des Arbeitenden nicht nur durch das Recht formal geschützt sein, sondern die allgemeinen Lebensbedingungen der Gesellschaft müssen real so sein, daß die Assoziationsfreiheit erhalten bleibt. Bedingungen dafür sind freier Zugang zum Kredit, freier Zugang zum Boden und die allgemein garantierten Freiheiten der Forschung, Lehre und Meinung etc. Hindernisse oder Grenzen der menschlichen Verwirklichungsmöglichkeiten durch die Arbeit dürfen nicht in äußeren Bedingungen, höchstens im autonomen Menschen selbst begründet sein.

Spezielle Einrichtungen des Kulturbereiches im engeren Sinn

Die Familie

Sie ist die Urzelle des sozialen Lebens überhaupt, da dort der Mensch die Fähigkeiten des Miteinanderlebens erst lernt. Man weiß, welches Gewicht für die spätere Entwicklung des einzelnen Menschen die Harmonie oder Disharmonie der Familie hat. Wenn der Mensch soziales Verhalten nicht in der Familie lernt, wird er das später nur schwer nachholen können. Die Entwicklung einer Gesellschaft ist wesentlich das Ergebnis der Verhältnisse,

die die Familie dem heranwachsenden, lernenden Menschen bietet. Dazu gehören auch die Beziehungen, die, von einer Familie ausgehend, dann mit anderen Menschen der engeren Umgebung geschlossen werden. *Die gesellschaftsbildende Kraft der Familie* kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden, und von gesunden Familienverhältnissen hängt weitgehend das Heil der Gesellschaftsbildung überhaupt ab. »Die geistige Zeugung des Menschen findet, wie die physische, in der Familie statt. Dem Kind geht es darum, total und als unverwechselbare und nicht austauschbare Person mit ihrer ganz individuellen Eigenart angenommen zu werden und nicht nur um der Befriedigung seiner Bedürfnisse willen«. (Karl Hahn, in »Föderalismus«*, S. 73/74). Auch hier ist wichtigster Grundsatz das Prinzip der freien Begegnung zweier Menschen, die möglichst unbeeinflusst von äußeren Einwirkungen zur Familienbildung im Sinne einer organischen Einheit zweier Polaritäten führen soll. ». . . soll es wirklich zur Erzeugung eines Menschen kommen, so muß Freiheit, und zwar vereinigte und einverständene Freiheit Zweier, dazwischen treten«. »Und so ist denn durch dieses innerhalb der Natur übernatürliche und sittliche Gesetz die Willensvereinigung wenigstens zweier freier Individuen zur Bedingung der Ausübung der höchsten Menschheitsrechte gemacht worden, der Erschaffung der Menschheit aus sich selbst heraus«. (J. G. Fichte, zitiert nach Karl Hahn, in »Föderalismus«). Die Familie findet in den Kindern sozusagen ihre Einheit auf einer höheren Ebene im Sinne einer Steigerung. Wenn diese Begegnung zweier Menschen von dem Bewußtsein der gegenseitigen Garantie der Freiheit getragen ist, werden Emanzipationsbewegungen, die im heutigen Sinn nur zerstörend wirken können, überflüssig, da sie von der Theorie des *Gegensatzes* statt dem Prinzip der *Gegenseitigkeit* getragen sind. Dann wird auch die Erziehung der Kinder von diesem Bewußtsein der Freiheit getragen, und eine Erziehung zum Untertanen wird nicht mehr stattfinden.

Die Schule

Auch hier ist ganz eindeutig, daß Ziel und Bedingung der Schule die Freiheit sein muß, will sie ihren Auftrag erfüllen. Ihren Auftrag erhält sie von den Eltern, die für ihr Kind die Hilfe anderer Menschen benötigen, um die in dem Kind schlummernden Fähigkeiten zur Entfaltung zu bringen. Nur dieses darf Motiv für die Schule sein: die Individualität des Menschen gemäß seinem ihm innewohnenden Geistes Kern entfalten zu wollen. Keine speziellen Zwecke dürfen Ziel sein, außer dem, daß *jeder Mensch zu einem freien Wesen* bildungsfähig ist und daß bei Ausbildung dieser Fähigkeiten auch der

* Karl Hahn, »Föderalismus«, Verlag Ernst Vögel, München

Gesellschaft im höchstmöglichen Maß gedient ist. Denn nur freie Menschen können sich gegenseitig die Freiheit garantieren. Vor allem sollten die *Fähigkeiten* des Menschen früh, das heißt beizeiten ausgebildet werden, damit er später durch einen Reichtum an Fähigkeiten ein Höchstmaß an Freiheit gewinnen kann. »Von allen Erziehungssystemen ist das abgeschmackteste das, welches Intelligenz und Tätigkeit trennt, in einen Abstrahierer und einen Automaten spaltet. Wenn die Erziehung vor allen Dingen experimental *und* praktisch wäre, wenn man nur spräche, um die Arbeit zu erklären, zu resümieren und zu ordnen; wenn man dem mit Augen und Händen zu lernen erlaubte, der nicht mit Phantasie und Gedächtnis zu lernen vermag: so würde man bald zugleich mit den Formen der Arbeit die Fähigkeiten sich vermehren sehen: Jedermann würde die Theorie von irgend etwas und deshalb die Philosophie verstehen; er könnte bei Gelegenheit, und wäre es auch nur einmal in seinem Leben, etwas schaffen, modifizieren, vervollkommen, Einsicht und Fassungsvermögen beweisen, *sein Meisterwerk vollbringen, kurz sich als Mensch zeigen*. Die Ungleichheit der Gedächtnisschätze würde nichts an der *Gleich-Wertigkeit* der Befähigung ändern«. (Proudhon)

»So wird Arbeit selbst der wesentliche Bestandteil der Erziehung, die zu gegenseitiger Achtung und Anerkennung führt. Sonst bliebe die Arbeit für die einen ein Privilegium, für die anderen eine Strafe«. (Proudhon, zitiert bei Karl Hahn, »Föderalismus«).

Die Entscheidung, wie Erziehung stattzufinden habe, sollte nach dem freien Vertragsprinzip allein den Beteiligten: Eltern, Schülern und Lehrern, ohne irgendwelche Einflußnahmen von außen überlassen bleiben. Die Vergütung der Leistungen erfolgt nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit. Der Staat hat hier wie auch anderswo nur darüber zu wachen, daß Verträge eingehalten und allgemeine Menschenrechte nicht verletzt werden. Er schaltet sich nur subsidiär ein, wenn Eltern sich unfähig erweisen, selbst für die Erziehung und Bildung ihrer Kinder aufzukommen. Der Nachweis einer solchen Unfähigkeit darf niemals, wie es heute geschieht, den Eltern allgemein unterstellt werden, sondern muß von Fall zu Fall auf Grund eines Gesetzes von Gerichten festgestellt werden.

Die Hochschule

Die Hochschule ist eine Begegnungsstätte mündiger Menschen, die in einem gemeinsamen Interesse an der Wahrheitsfindung zunächst ihren Ursprung hat. Die Ausbildung für den Beruf im Sinne von Erwerbstätigkeit sollte eigentlich nicht Sache einer Hochschule sein, sie kann höchstens die Voraussetzungen dafür schaffen. Was in der Praxis später benötigt wird,

kann eine Schule und Hochschule gar nicht wissen. Sie sollte deshalb eine praxisbezogene Ausbildung nicht als ihre Aufgabe ansehen, denn sie untergräbt damit ihre eigene Existenzgrundlage, nämlich die Freiheit. Wenn sich die Hochschule irgendwelchen gesellschaftlichen Forderungen unterwirft, verläßt sie den Boden der Freiheit und wird von außen gesteuert. Auch nicht der Produzent wirtschaftlicher Erzeugnisse läßt sich von außen steuern. Er produziert nur, was ihm nach vernünftigen Überlegungen sinnvoll erscheint, selbst wenn er im Auftrag handelt, denn dieser Auftrag ist auch nur das Ergebnis eines freien Vertrages. Die Hochschule sollte also nur durch die geistigen Bedürfnisse der Beteiligten ihre Motivation finden. Die Ausbildung zu einem praktischen Beruf sollte immer in der Praxis von den Berufen selbst vorgenommen werden. Das Lernen des Menschen findet ohnehin nie einen Abschluß, und das Streben nach Wahrheit sollte jedem offen bleiben. Deshalb darf es keine Einschränkungen der Zulassung zum Hochschulstudium geben. Wieder tritt anstelle einer Administration der *freie Vertrag* zwischen Lehrer und Student, der selbstverständlich auch die wirtschaftliche Grundlage der Hochschule bildet. Es geht nicht an, daß in jedem Land und in jeder Stadt zum Ruhme der jeweils herrschenden Politiker auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung Hochschulen gebaut und betrieben werden, in denen jungen Menschen das Vorurteil eingepaukt wird, etwas besseres als andere (Nichtakademiker) zu sein mit dem selbstverständlichen Anspruch auf Alimentation vor und nach den Prüfungsritualen; vor allem, solange diese Alimentation durch eine gigantische »Zwangsenteignung« genährt wird. Auch große Stiftungen reicher Eigentümer sind in diesem Sinne keine echten Alternativen zur staatlichen Subventionierung von Schulen und Hochschulen. Zu schnell gewinnen bestimmte Anschauungen die Herrschaft nach dem Motto: »Wes Brot ich ess, des Lied ich sing!« Nur die Finanzierung des Hochschullehrers direkt durch die daran Interessierten, Nachfragenden, schafft die Dezentralisation, die die Freiheit für die Beteiligten erst ermöglicht. »Freiheit von Forschung und Lehre« aus den Zwangsabgaben anderer Menschen aufzubauen, heißt die Menschenwürde verletzen und vernichtet damit auch die eigene Freiheit.

Das Unternehmen

Das Unternehmen ist nach unserer Definition der Arbeit auch als eine Einrichtung des Kulturlebens anzusehen. In ihm finden sich Menschen zusammen, die durch die Vereinigung ihrer Fähigkeiten in gemeinsamer Arbeit Produkte schaffen, sie dem eigentlichen wirtschaftlichen Bereich übergeben, dann als Ware am Markt auftreten und dort nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage einen Preis erzielen lassen. Dieser erzielte Preis

ermöglicht es den Produzenten ihrerseits, wieder als Käufer am Markt aufzutreten. Die *Unternehmung*, wie die Arbeit überhaupt, ist nicht Teil des wirtschaftlichen Kreislaufs, sondern ist *Teil des kulturschaffenden Impulses* der Menschen. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, ist die menschliche Arbeit nicht als käuflich und verkäuflich anzusehen, wie Kapitalisten und Marxisten gemeinsam glauben. Wenn man nun die Arbeit oder das Unternehmen, welche man ihrer Natur nach nicht als dem wirtschaftlichen Kreislauf zugehörig betrachten kann, wie käufliche Waren behandelt, so darf man sich nicht wundern, daß soziale Störungen auftreten. »Die Arbeit ist die höchste Manifestation des Lebens, der Vernunft wie der Freiheit. Die Arbeit ist die moralische und menschliche Ordnung, die im Bewußtsein gegeben ist, noch bevor die Notwendigkeit sie gebietet«. (Proudhon). Die Arbeit ist weder ein Vergnügen, noch ein Spiel, noch, wie der ökonomische Liberalismus meint, ein unangenehmes Mittel, um materielles Wohlergehen zu erreichen. Die Arbeit stellt vielmehr eine Manifestation und Konkretion der individuellen und kollektiven Freiheit dar und erweist sich als essentielle Bedingung der menschlichen Würde« (G. Gurvitch, zitiert nach Karl Hahn, in »Föderalismus«), »sie ist das glänzende Zeugnis unserer unermeßlichen Überlegenheit« (Proudhon).

Kunst, Religion und Wissenschaft

Kunst, Religion und Wissenschaft, den eigentlichen Bereichen des Geisteslebens, gehören nach der dargestellten Auffassung einer Kulturordnung *alle Menschen* an, sofern sie an den genannten kulturschöpferischen Tätigkeiten beteiligt sind. Wenn heute Menschen durch die künstliche Trennung in körperlich und geistig Arbeitende von dieser Gemeinschaft der Menschlichkeit weitgehend ausgeschlossen bleiben, so gilt es, diesen Zustand als einen der menschlichen Würde widersprechenden rasch aufzuheben. Solange das nicht geschieht, haben wir nicht das Recht, von Kultur zu sprechen, sondern es besteht eine Spaltung der Menschheit, die sich in jedem Einzelnen abspielt. »Was ihr dem geringsten meiner Brüder antut, das habt ihr mir angetan«.

In Wahrheit gibt es nicht Persönlichkeiten aus dem Geistesleben, aus dem Rechtsleben, aus dem Wirtschaftsleben, die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer, die Führer und Geführten, die Obersten und die Untersten, die im Lichte und die im Dunkeln. Es gibt nur *Menschen auf dem Weg zur Freiheit*, und solange einzelne Menschen ihre Freiheit, ihre Selbstverwirklichung wegen künstlich aufgerichteter Schranken nicht erlangen dürfen, solange ist auch die Freiheit für alle übrigen um diese nicht verwirklichte Freiheit gemindert. Diese hier gemeinte Freiheit ist eine immerfort gefährdete,

gerade durch die Ungleichheit der Entwicklungsstufen der Freiheit des Einzelnen. »Das Geistesleben ist, wenn man ihm gegenübersteht, ein Element, das auf sich selbst gebaut ist, ein sehr strenges Element, dem gegenüber man fortwährend seine Freiheit bewahren muß, das deshalb nicht anders als auch in Freiheit organisiert werden darf. Lassen Sie einmal eine Generation ihr Geistesleben freier entfalten und dann diese Generation dieses Geistesleben organisieren, wie sie es will, und es ist die reinste Sklaverei für die nächste Generation. Das Geistesleben muß wirklich, nicht bloß der Theorie nach, sondern dem Leben nach frei sein. Die Menschen, die darinnenstehen, müssen die Freiheit erleben. Das Geistesleben wird zur großen Tyrannei, wenn es überhaupt auf der Erde sich ausbreitet. Denn ohne daß eine Organisation eintritt, kann es sich nicht ausbreiten, und wenn eine Organisation eintritt, so wird die Organisation zur Tyrannei. *Daher muß fortwährend um die Freiheit, die lebendige Freiheit gekämpft werden*, gegen die Tyrannei, zu der das Geistesleben selber neigt«. (Zitat von R. Steiner, aus Lothar Vogel »Die Verwirklichung des Menschen im sozialen Organismus, S. 318).

Nach der Feststellung dieser der Freiheit innewohnenden Tendenz, ihre Funktion umzukehren, verstehen wir besser, daß *die ordnungspolitischen Bedingungen der Kulturordnung ganz streng nach dem Prinzip der Freiheit organisiert sein müssen. Nur der freie Wettbewerb in allen Bereichen des Kulturlebens schafft die Voraussetzungen*, daß niemand des anderen Arbeit versklavt, daß Ehepartner sich nicht gegenseitig unterdrücken, daß Schulen nicht zu politischen Anstalten, daß Hochschulen nicht zu Hochburgen wissenschaftlicher Dogmen erstarren. Diese Wettbewerbsordnung setzt die Aufhebung vordemokratischer Vorrechte, die vor allem im Bodenrecht, in der Geldordnung und den Berufsordnungen gegeben sind, voraus. Wir haben diese *Wettbewerbsordnung* heute erst *andeutungsweise* auf der Ebene der Unternehmungen der Wirtschaft. Im Bereich der eigentlichen *Kultureinrichtungen ist Wettbewerb noch unbekannt*. Aber gerade hier ist er am notwendigsten, sonst »ist es die reinste Sklaverei für die nächste Generation«.

Wettbewerbsordnung, freier Vertrag und freie Finanzierung, Dezentralisation, Pluralität der Möglichkeiten, das sind die *ordnungspolitischen Bedingungen*, in denen sich Freiheit entfalten und erhalten kann. Sie ist Ursprung, Bedingung und Ziel der Kulturordnung.

Buchbesprechungen

Entfaltung der Menschen durch die Menschen*

»Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.« Art. 2, Abs. 1 GG.

Mit seinem Bekenntnis: »Wie das Vorverständnis, so die Auslegung« beginnt Suhr eine ausführliche Betrachtung dieses nach der Präambel wichtigsten Grundrechtsartikels. Wie die Würde des Menschen der Ausgangspunkt, das Hypomochlion menschlicher Existenz ist, so ist die Freiheit nur in der Entfaltung der Person denkbar, d.h. in ihrer Tätigkeit im sozialen Zusammenhang. Deshalb ist es gewiß notwendig, alles Gedankengut auf diesen Prozeß zu konzentrieren, denn von der rechten Betrachtung der Freiheitsfrage, die jeden Menschen angeht, hängt alles weitere notwendig und unbedingt ab.

In der Einleitung geht Suhr unmittelbar auf das Problem los, indem er herausstellt, daß sein Freiheitsbegriff nicht der liberalistischen Tradition entstammt, die sich in der Banalität erschöpft, daß »jeder tun und lassen kann, was er gerade will«, sondern daß Freiheit ausschließlich durch das Vorhandensein der anderen Menschen ihren Sinn erhält, und ein Mensch für sich alleine nie und nimmer etwas von der Freiheit wissen kann. Freiheit von anderen bedeutet genau besehen eine Minderung der Freiheit. Suhr scheut sich nicht, heiße Eisen anzufassen und läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig:

»Was der Staat bei der *Einrichtung* von Teilhabe in der gesellschaftlichen ›Horizontalen‹ versäumt, muß er meist mit der *Gewährung* von Teilhabe in der staatlichen ›Vertikalen‹ mit Zins und Zinseszinsen wiedergutmachen. Ich muß dabei an die Beobachtung denken, daß in einer säkularisierten Welt letztlich der Wohlfahrtsstaat an die Stelle Gottes trete: Es scheint, als suchten wir unser Heil einmal wieder weit weg, – zwar nicht im *Jenseits*, aber doch noch *beim Staat*, von dem wir *viel haben*, dem wir aber wenig geben wollen: Auf den Staat gründen wir unsere soziale Hoffnung. *Er* soll für uns das Soziale erledigen, damit *wir* uns im Alltag nicht so sehr darum kümmern müssen.«

»Je tatkräftiger *der Staat* die Bedürftigen ›liebt‹, je genauer die Bedürftigen wissen, daß sie sich deshalb *an den Staat* wenden müssen, desto weniger braucht sich *die Gesellschaft* darum zu kümmern, wie viele Bedürftige

* von Professor Dr. jur. Dieter Suhr im Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1976.

sie produziert und wie es ihnen geht. Sie kann Probleme aus sich hinausverlegen und ins politische System abschieben. Dieses kann sich damit abfinden und die Problematik zurückgeben und durch solche Gesetze wieder in die Gesellschaft zurückverlagern, die die Teilhabe an gesellschaftlichen Leistungen wirksamer und ausgeglichener einrichten. Dabei geht es aber gerade nicht nur um materielle Leistungen, nicht nur um das Geld, das der Staat als eine Art große Umwälzpumpe durch undurchsichtige und undichte Netzwerke fiskalischer Ansaug- und Absaugstellen nimmt und gibt –, sondern um sozialen Stoff, den der Staat in aller Regel nicht ›von oben‹ spenden kann (und den Gott nur spendet, solange kräftig genug daran geglaubt wird): Um die *Anerkennung* als freier Mensch durch die anderen Menschen (status agnoti). Um zu begreifen, was das rechtlich bedeutet, muß man freilich vorher begreifen, daß Freiheit in aller Regel Freiheit nicht nur *von* anderen, sondern auch Freiheit *durch* andere ist, und genau darum geht es in dieser Arbeit.«

Da Suhr hier so deutlich den Dualismus *Bürger – Staat* hervorhebt und seine Meinung über denselben nicht im Unklaren läßt, so darf auch der an der Klärung des Verhältnisses von Bürger und Staat interessierte, nicht juristisch vorgebildete Leser die nicht unberechtigte Hoffnung haben, etwas für ihn Wesentliches in diesem Buch zu finden. Wer die Neugierde eines kindlichen Gemütes nicht verloren hat, findet in dieser Auseinandersetzung mit gewissen reformerischen Ideologien zahlreiche erhellende Gesichtspunkte, an die der Mensch sonst nicht denkt. Wen interessiert schon Grundrechtsdogmatik? Nach dem Studium des ersten Kapitels sicherlich manchen.

Zum Beispiel: »Die Verfassung muß sich der Alltagssprache öffnen. Die Sprache der Verfassung muß die Sprache aller Bürger werden. Idealiter fällt die Verfassungssprache mit der Alltagssprache zusammen und schafft Publizität und Transparenz: Verfassungsrecht, insbesondere Grundrechte gehen jeden an.«

Und: »Die Väter des Grundgesetzes suchten, wie wir wissen, nach würdevollen Formulierungen. Sie hatten den sicheren Instinkt des Volksgesetzgebers, der spürt, daß das Werk, wenn es das Beste im Menschen ansprechen und gewinnen soll, selbst nach Inhalt und Form vom Besten zu sein habe. Dafür haben vielleicht viele in unserer heutigen Welt wenig Sinn; denn Sinn für ästhetische Schönheit der Sprache als Gefäß für ethische Klarheit des Gehaltes setzt voraus, daß das Ethische und das Ästhetische und ihr Zusammenklang überhaupt noch wahrgenommen werden.«

»So kann die Sprache der Verfassung zum Kunstwerk werden, das zwar nicht selbst lebt, wohl aber belebend und begeisternd wirken kann, und wenn wir Glück haben, daß ihre Sprache irgendwo in ihrer Ästhetik zum Symbol des Sittlichen wird, wissen wir, was es damit auf sich hat.«

Auch die Zitierung solcher Sätze wie: »Jede Verfassung ist der Versuch eines Volkes, sein besseres Ich gegen sich selbst darzustellen und durchzusetzen«, erfreuen das Herz eines menschenkundlich orientierten Lesers. So finden sich in den Fußnoten noch andere Schätze wie zum Beispiel: »Wer als Einzelner oder als Gemeinschaft letztlich auf Selbstbeherrschung hinaus will, wird das Wort als Mittel dafür achten. Wer fürchten muß, beim Wort genommen zu werden, und das sind regelmäßig diejenigen, die herrschen wollen, ohne sich selbst beherrschen zu müssen, und die ihre Herrschaft ausdehnen wollen, der wird stets Gründe und Vorwände suchen und finden, auf Worte zu pfeifen und das Papier, das er unterschrieben hat, als Fetzen zu zerreißen. Denn das klare Wort ist ein Medium der Konsistenz, die der Despot gerade los sein will; er braucht das Wort vielmehr zur Verschleierung, zur Täuschung und zur Kompensation.«

Indem Suhr auf die Bedeutung der Sprache in der Technik des sozialen Zusammenlebens hinweist, kann es ihm natürlich nicht gleichgültig sein, wie etwas in Worte gefaßt wird. Denn in der Redewendung drückt sich schließlich der Sinn oder der Unsinn aus.

So ist sein Exkurs über Verplanung und Verfassung allein schon das Studium wert:

»Solange ›Ziele‹, ›Planung‹ und ›Lenkung‹ das Feld regieren und die Perspektiven verengen, gibt es die Planer und die Beplanten. Planerisches Denken führt ›geradeaus‹, in die Zukunft. Verfassendes Denken hingegen bewegt sich auf Kreisen. Planung projiziert; Verfassung richtet ein. Pläne erledigen sich, Verfassungen sind zur Dauernutzung bestimmt. Pläne sind Wegwerfverfassungen; Verfassungen sind rekursiv verwendete Permanentpläne. Pläne stülpt der Planer über die Beplanten; Verfassungen stülpen sich staatliche Gemeinwesen selbst über den Kopf. Verfassendes Erkennen und Handeln zielt daher auf die Technik der Selbstbeherrschung und Selbstdisziplinierung. Für das politische Gemeinwesen ist das evident. Bei den Rechten der Individuen hingegen ist mehr die Rede von Selbstbestimmung als von Selbstbeherrschung. Und wenn pathetisch von Eigenverantwortlichkeit getönt wird, liegt die Betonung auf ›eigen‹, und die ›Verantwortung‹ wird eher kleingeschrieben, oder es wird ganz einfach von Selbstverantwortung geredet, wo nur die Selbstbestimmung gemeint ist.«

Suhr bezeichnet auch die Verfassungen oder das Verfassungsrecht als die »festen Strukturen in einer flüssigen Umwelt.« Wobei man an den Goethe'schen Begriff der »Kontinuität im Wandel« erinnert wird.

In zweiten Kapitel geißelt Suhr nun die Auslegungen anderer Autoren, die sich auf den anfänglichen Entwurf des Verfassungstextes berufen, daß »jeder tun und lassen könne, was er wolle«, welcher Vulgärtext als solcher erkannt und deshalb verlassen wurde. Vor allem weist er auf die unguete Ver-

menzung mit dem Eigentumsbegriff an Sachen in § 903 BGB hin; wo die Beliebigkeit des Verfahrens noch gerechtfertigt erscheinen mag, was uns bei der Entfaltung der Persönlichkeit eben nicht gleichgültig sein darf. Diese kann sich eben nicht beliebig abspielen, damit die Würde des Menschen nicht tangiert wird. Darauf kommt Suhr ausführlich in § 4 seines Buches zu sprechen: »Menschenbild und Entfaltung der Persönlichkeit«. Dabei wird dem Leser klar: »Rechtsarbeit ist praktische Anthropologie oder Anthropotechnik.«

Wie sorgfältig nun der Text gelesen werden muß, erweist sich im dritten Kapitel, wo es um den *Begriff der Entfaltung* geht. Obwohl Entwicklung und Entfaltung einen fast identischen Sinn zu haben scheinen, ist dieses doch nicht der Fall:

»Während man aber noch ohne große Hemmungen in unserem Sprachempfinden sagen kann, jemand habe sich zu einem Scheusal entwickelt, widerstrebt es uns, für die gleiche Aussage das Wort entfalten zu verwenden. Daraus wird ersichtlich, daß wir an eine ›Entfaltung‹ strengere Anforderungen stellen als an eine bloße ›Entwicklung‹. Schlechte Anlagen entwickeln sich, gute entfalten sich. Der ›Entfaltung‹ bringen wir größere Wertschätzung entgegen. Sie hat im pflanzlichen Bereich einen ästhetischen, im menschlichen Bereich einen ethischen Bedeutungsüberschuß gegenüber der bloßen ›Entwicklung‹. Indem das an sich auf physisches oder pflanzlich-biologisches ›Entfalten‹ zutreffende Wort in dem juristisch-normativen Bereich auf den Menschen entsprechend angewendet wird, vollzieht sich genau jene Verwendung des *ästhetisch Schönen* als Symbol des *sittlich Guten*, für das Kant uns das Bewußtsein geschärft hat, ohne daß freilich damit das sittlich Gute, das in der Form eines sprachlich schönen Ausdrucks mitgeteilt wird, schon irgendwie festgelegt und determiniert würde.«

»Trotz aller heimlicher Regie und Kontrolle, die in der Entfaltung so sehr mitklingt, wie sie etwa im Begriff des ›Wucherns‹ oder ›Zappeln‹ fehlt, bleibt offen, was sich wozu entfaltet. Man hat es hier also mit einer prozeduralen Strukturiertheit zutun, die weder Determination ist, noch Beliebigkeit. Unserem vergrößernden und nach trennscharfen Alternativen suchenden Erkenntnisvermögen fällt es meist nicht leicht, sich eine solche offene Strukturiertheit vorzustellen, welche verläßlich den Kurs bezeichnet, der zwischen der Skylla der Determiniertheit und der Charybdis des Chaos hindurchführt.« Solche Vergleiche erfreuen den Historiker ebenso wie den Erkenntnistheoretiker.

»Bei der Entfaltung bekommen die Menschen es miteinander zu tun. Sie kommen unter Umständen einander ins Gehege. Sie gehen gegeneinander vor und kommen einander entgegen. Sie gehen aufeinander ein oder sie

gehen einander aus dem Wege. Vor allem aber sind sie aufeinander angewiesen: Und zwar nicht nur in dem alten Sinne, daß sie physisch einander bedürfen, sondern auch in dem Sinne, daß der eine des anderen zu seiner eigenen sozialen Entfaltung bedarf, und umgekehrt. Sie entfalten sich *durch-einander*«. Oder: «Entfaltung ist nicht Aktion, sondern Interaktion». Dem Satz: »Der Nächste ist für meine Entfaltung, was die Luft ist für meine Atmung«, geht ein Gedicht von Goethe voran:

»Kinder werfen den Ball an die Wand und fangen ihn wieder; aber ich lobe das Spiel, wirft ihn der Freund mir zurück.«

So eliminiert Suhr immer mehr die Begriffe des Abwehr- und Schranken-denkens: »Um zu begreifen, in welchem Punkt das übliche Freiheitsverständnis regelrecht falsch ist, muß man es folgerichtig zu Ende denken: Unterstellt man, die Freiheit sei an sich unbegrenzt und nur negativ, durch die gleichen Rechte anderer und durch das Gemeinwohl beschränkt, dann wäre derjenige am freiesten, der sich allein in seiner Stadt, allein in seinem Land und allein auf der Welt befände; denn niemand hielte ihm seine gleichen Rechte entgegen, niemand beengte ihn und niemand nähme Anstoß an dem freien Belieben jenes einzigen, absolut freien Menschen. Da er in keiner Gemeinschaft lebte, brauchte er sich kein Gemeinwohl entgegenhalten zu lassen. Er könnte den Traum von der großen Freiheit endlich verwirklichen.«

Es wird dann in der weiteren Folge am Beispiel der Vertragsbildung gezeigt, wie der eine sich durch den anderen entfalten kann. Es »geht beim Vertrag eine wechselseitige Durchdringung des beiderseitigen Wollens voraus. Jeder erfährt, was der andere will. Beide verinnerlichen die bilaterale Situation samt dem, worum es dem jeweils anderen geht.« Es wird aufgezeigt, wie aus der Getrenntheit der beiden Einzelnen durch die Vertragsbildung eine Einheit auf einer höheren Ebene im Sinne einer Steigerung zustande kommt. Es wird darauf hingewiesen, welche unabdingbare Rolle «die Gewährleistung eines Handlungsspielraumes, dessen Ausfüllung dem Menschen als Person zurechenbar ist, spielt. Ihm ist dadurch die Möglichkeit gegeben, sich selbst nicht nur als veranlaßte Handlungsserie, sondern als identische Persönlichkeit zu begreifen.«

In einem weiteren Abschnitt wird über die Entfaltung des anderen als Erweiterung der eigenen Entfaltung gesprochen: »Wenn nämlich Entfaltung als das begriffen wird, was sie ist: als Freiheit des einen durch den anderen, droht die Frage, wie es denn mit der umgekehrten Entfaltung des anderen durch den einen stehe.« Suhr kommt zu dem Ergebnis, daß die anderen diejenigen sind, »durch die hindurch sich die eigene Entfaltung in die soziale Umgebung hinein erstreckt wie Wurzeln eines Baumes ins Erdreich oder wie seine Äste und Zweige in den Himmel.« ... »Dabei muß die

reine, einseitige Selbstherrlichkeit und Beliebigkeit abgebaut werden. Sie macht einem äußerlichen und innerlichen Reichtum wechselseitig verbuchter Entfaltung Platz.« So zeigt nun die übliche Lesart, die die Freiheitsrechte im wesentlichen in der Hinsicht betrachtet, daß sie Freiheit von anderen bedeuten würden, einen ganz anderen Aspekt: »So sehr die Grundrechte vielfach als Abwehrrechte erscheinen, so zeigt sich doch, daß der Bürger den Staat händeringend braucht, wenn die grundrechtlich geschützte Freiheit und Unversehrtheit oder das grundrechtlich geschützte Eigentum gegen Dritte verteidigt werden muß, und daß von diesen grundrechtlich geschützten Gütern nicht viel übrig bleibt, wenn der Staat nicht positiv hilft, z. B. den Status negativus des Bürgers in der Horizontalen zu erhalten.«

In einem weiteren Kapitel wird über die Frage der Allgemeinheit und Unteilbarkeit der Freiheit gesprochen. Hier wird nun das Problem der *freien Entfaltung* der Persönlichkeit abgehandelt. Dabei kommt Suhr zu dem Ergebnis, daß »die individualistische Definition der Freiheitssituation allmählich an Überzeugungskraft einbüßt. Gegenüber kollektivistischen Schreckgespenstern leistet sie zwar noch mehr schlecht als recht ganz gute Dienste, vor allem wenn sie personalistisch abgemildert wird.« Hier geht es nun vor allen Dingen um das Problem, daß »der Weg von der allgemeinen Freiheit zum Privilegium kurz ist; er geht über die speziellen Garantien und Sicherungen der Freiheit.« ... »Ist die Freiheit keine Rechtseinrichtung, keine Sache des Rechts, dann ist sie eine Sache der Macht, also keine Freiheit, sondern ein Recht des Stärkeren. Das aber wäre nicht die Freiheit, die wir meinen. Also ist die Freiheit ein Rechtsinstitut.« Wie es nun zu diesem Rechtsinstitut kommt und wie es aufzufassen ist, wird in der weiteren Folge aufgeführt.

An der wichtigen Frage des Eigentums und seinem Verhältnis zur Entfaltung des Menschen konnte Suhr nicht vorübergehen. Zunächst wird die Machtfrage betrachtet, die im Hinblick auf das Eigentum insofern eine Rolle spielt, als ich durch den Mediator des Eigentums, das Geld, alsbald die konkrete Möglichkeit habe, meine Entfaltung durch die Hilfe der anderen zu bewerkstelligen, und das geschieht in manchen Fällen eben auch ohne das prinzipielle Gegenseitigkeitsverhältnis: »Das ist der Unterschied zwischen Haben und Nicht-Haben in seiner ganzen Zerteilung der Freiheit in ihre Pole der Entfaltungsherrschaft hier und der Entfaltungsdienerschaft dort, exerziert am Spezialfall Eigentum.« Der andere Gesichtspunkt des Eigentums ist der des beliebigen Umgangs mit demselben: Ich kann mit ihm tun und lassen, was ich will (§ 903 BGB). Dadurch »wird das Eigentum nach der kleinbürgerlichen Traumvorstellung vom Paradiese als freies Herrschaftsbelieben gesehen – also individualistisch, monadologisch, sachherrschaftlich. Ohne daß die strukturellen Eigenschaften hervorgehoben wer-

den, wird *die* Hälfte des Eigentums, die nicht aus Belieben, sondern aus Verantwortung besteht, verdrängt oder ausgeblendet. Was aber bleibt vom Eigentum, wenn die Verantwortung abgespalten wird? Es bleibt freies Belieben, das nicht mehr selbst bis zur Neige verantwortet wird, sondern das auf Kosten anderer geht. Dann wird aus dem Eigentum zur Hälfte ein Fremdum: der eine, der das Belieben hat, brockt die Suppe ein, und die anderen, die es trifft, haben sie auszulöffeln.«

Mit einer Betrachtung des Eigentums in Form von Ausübungsgemeinschaften sowohl beim verfassungsrechtlichen Eigentum als auch bei wirtschaftlichen Unternehmungen schließt die Arbeit von Dieter Suhr ab. In dieser kurzen Besprechung konnte natürlich nicht auf die Fülle des Gedankengutes eingegangen werden, die sich erst bei dem eingehenden Studium erschließt. Hervorzuheben ist noch, daß ein moderner Denker, ohne P. J. Proudhon zu kennen, allein aus einer rechtlichen Betrachtung der Freiheitsverhältnisse zu identischen Ideen wie dieser große Sozialdenker aus Frankreich kommt.

Gerhardus Lang

Föderalismus – die demokratische Alternative*

Durch die Veröffentlichung von Dieter Suhr »Entfaltung der Menschen durch die Menschen« erinnert man sich unmittelbar an die Definition des Freiheitsbegriffes bei Proudhon. »Es gibt zwei Arten von Freiheit; eine einfache: dies ist die Freiheit des Barbaren, auch des zivilisierten Menschen, sobald er kein anderes Gesetz anerkennt als das »jeder in seinen vier Pfählen und jeder für sich«; – eine zusammengesetzte, wenn sie für ihr Dasein die Mitwirkung von zwei oder mehreren Freiheiten voraussetzt.« –

»Vom Standpunkt des Barbaren ist die Freiheit gleichbedeutend mit Isolierung; derjenige ist der freieste, dessen Tätigkeit am wenigsten durch die Tätigkeit anderer beschränkt ist; die Existenz eines einzigen Individuums auf der ganzen Erdoberfläche würde so die Idee der größtmöglichen Freiheit geben. Vom sozialen Standpunkt sind Freiheit und Solidarität identische Ausdrücke, und, indem die Freiheit eines jeden in der Freiheit anderer nicht eine Schranke, sondern eine Hilfe findet, ist der freieste Mensch derjenige, welcher die meisten Beziehungen zu seinen Mitmenschen hat.«

Die Besprechung von Dieter Suhrs Buch in diesem Heft soll deshalb zum Anlaß genommen werden, endlich auf die Arbeit von Karl Hahn hinzuweisen. Da diese Arbeit schon in zahlreichen Veröffentlichungen in »Fragen der Freiheit« in den letzten Jahren zitiert wurde, ist es nun an der Zeit, sie entsprechend ihrer Bedeutung zu würdigen und eine Besprechung folgen zu lassen. Hahn hat es sich zur Aufgabe gemacht, ein grundlegend neues Demokratieverständnis aus dem Gedankengut P. J. Proudhons zu entwickeln. Er baut seine Interpretation Proudhons auf der Gesellschaftstheorie von J. G. Fichte auf und reiht Proudhon damit in die idealistische Strömung der deutschen Philosophie ein. Er weist dabei nach, daß sowohl bei Fichte als auch bei Proudhon der liberalindividualistische als auch der universalistisch-kollektivistische Irrweg vermieden werden. Bei beiden werden diese scheinbar antagonistischen Prinzipien zu einer Synthese, oder besser zu einer Steigerung geführt, die die Freiheit und die Selbstverwirklichung des personalen Menschen nicht aufheben muss, um eine auf dem Prinzip der Gleichheit aufbauende Gesellschaftsbildung zu ermöglichen. Im Gegenteil werden *Freiheit* und *Gleichheit* in ihrer gegenseitigen Bedingtheit erkannt. Proudhon gewinnt seine besondere Bedeutung jedoch durch seinen Praxisbezug. »Die Idee mit ihren Kategorien entspringt aus der Handlung und muß zur Handlung zurückkehren, bei Strafe der Ausschaltung des Handelnden.« An diesem Satz Proudhons läßt sich seine ganze Phi-

* von Prof. Dr. rer. poL Karl Hahn, Aachen, im Verlag Ernst Vögel, München 1975

losophie und Staatslehre anhängen: »Der Mensch hat kraft der Vernunft, mit welcher er begabt ist, die Fähigkeit, seine Würde in der Person seines Nebenmenschen zu fühlen wie in seiner eigenen Person und in dieser Beziehung seine Identität mit ihm zu bejahen.«

»Die Gerechtigkeit ist das Produkt dieser Fähigkeit; sie ist die spontan empfundene und gegenseitig garantierte Achtung der menschlichen Würde, in welcher Person und unter welchen Umständen sie gefährdet sein und welchen Gefahren uns ihre Verteidigung aussetzen mag.« (Proudhon)

Wie tief Proudhon das Wesen der Gerechtigkeit empfunden hat, kann man aus folgendem Zitat ersehen: »Woher kommt meine Leidenschaft für die Gerechtigkeit, die mich quält, mich aufbringt, mich zornig werden läßt? Ich kann es mir nicht erklären. Sie ist mein Gott, meine Religion, sie bedeutet mir alles, und wenn ich versuche, sie philosophisch zu rechtfertigen, so gelingt es mir nicht.«

Hahn entdeckt, daß die Quelle der Gerechtigkeit bei Proudhon nicht aus einer abstrakten Gedankenwelt stammt, sondern aus der unmittelbaren Erfahrung: »Praktisch werden diese Formen dem Geist nur bei Gelegenheit der Erscheinung offenbar. In der Tat werden die Kategorien für uns nur durch Anschauungen bei Gelegenheit der Erfahrung bewußt. Mit einem Wort: die Begriffe stammen aus der Erfahrung, wie die Anschauungen, aber sie fallen nicht unter die Sinnlichkeit, sondern unter den Verstand. «

Karl Hahn stellt nun fest: »Das Gewissen und die Würde als der Wesenskern der menschlichen Vernunft und Freiheit erweisen sich als das allen Menschen qualitativ Identische und ihnen allen Gemeinsame, welches sie ursprünglich in einer unaufhebbaren Solidarität miteinander verbindet, so daß die ganze *Menschheit eine ›geistige Gemeinschaft der Gewissen‹ darstellt.*«

»Für das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft hat diese Konzeption der Gerechtigkeit bedeutsame Konsequenzen. Ihr zufolge manifestiert und repräsentiert sich in jedem individuellen Gewissen das universelle Gewissen der Menschheit. Dieses Verhältnis der Repräsentation ist ein wechselseitiges und stellt eine gegenseitige Durchdringung von Individuum und Gesellschaft dar. Jedes individuelle Gewissen ist trotz seiner konkreten Individualität und Originalität Repräsentant des universellen Menschheitsgewissens, und umgekehrt repräsentiert sich dieses, obwohl es infolge seines universellen Charakters über das Individuum hinausreicht, im Gewissen des Individuums. Jeder Mensch repräsentiert kraft dieses Zusammenhanges zugleich sich und die Gesellschaft und trägt für sich und die Gesellschaft Verantwortung. «

»Die Menschheit ist als ganze in jeder Seele vorhanden; und niemand kann mir weder den Glauben noch das Gesetz aufzwingen, wenn ich sie

nicht in mir selber finde. Die individuelle Vernunft bestätigt die gesellschaftliche Vernunft, welche ihrerseits erstere bestätigt.« (Proudhon)

»Wenn ich »Ich« sage, meine ich die ganze Menschheit, das Individuum ist hier mit der Gattung gleichgesetzt. Denn, was mich von diesem oder jenem Menschen unterscheidet, die Größe, der Bart, die Besonderheit, das bin nicht mehr ich.«

»Daraus geht hervor, daß, da die Gerechtigkeit ein Produkt des Gewissens ist, in letzter Instanz jeder als Richter des Guten und Bösen sich selbst und der Gesellschaft gegenüber eingesetzt ist. Dergestalt ist das menschliche Recht, dessen Maxime die Freiheit ist; daher gleichfalls ein ganzes System von Verknüpfungen, wechselseitiger Bürgschaft und gegenseitiger Dienstleistung, welche die Umkehrung des Autoritätssystems ist.« (Proudhon)

»Aber mein lieber Philosoph, während Sie über die allgemeingültigsten Gesetze der Menschheit und des Fortschritts nachdenken, scheinen Sie eine wesentliche Sache vollkommen zu vergessen, eine Sache, die alles Gute und Schlechte in der Welt hervorbringt, dies ist die *Freiheit*. Sie hätten recht, wenn die Menschheit zwangsläufig und unüberwindbar an ihre Eigengesetze gekettet wäre; aber so ist es nicht. Da das Individuum Herr über sein Leben und seine Gesundheit ist; da es, bedingt durch eine falsche Regierungsform, in der Macht der Generationen steht, zu verderben und zu degenerieren; da es schließlich Geschlechter der Menschheit gibt, die in ewiger Verblödung dahinvegetieren, sei es, weil sie schon von Anfang an durch die Hindernisse, die sich ihrer Spontaneität entgegenstellten, besiegt wurden, sei es, daß sie durch einen falschen Gebrauch ihres freien Willens in ihrer Entwicklung auf Abwege gerieten, so sehe ich ebenso für die gesamte Gattung die Möglichkeit einer endgültigen und unwiderruflichen Verirrung. So sind zwar die Schönheit, die Gesundheit, die Arbeit, die Wissenschaft, das Leben in seiner Gesamtheit unser Gesetz, dennoch gibt es die Unwissenheit, die Krankheit und die Häßlichkeit; mehr als ein Mensch, der für ein langes und glückliches Dasein geboren wurde, hat sein Leben freiwillig durch Selbstmord beendet. Und wenn ich von Selbstmord rede, so verstehe ich darunter nicht nur jene plötzliche Verzweiflungstat, die ein mehr oder minder glückliches Leben hinwegrafft, sondern vor allem den langsamen Selbstmord, der die Frucht der Leidenschaft und des Übermaßes ist. Wir leben heutzutage mit dem Übermaß; der Punkt ist erreicht, wo die Menschheit, wie der alte Herkules zwischen Wollust und die Tugend gestellt, für immer zwischen der Gleichheit oder der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen wählen muß, zwischen Jesus oder Malthus. Wer garantiert mir, daß sie Jesus den Vorzug gibt?«

Indem Hahn im Werk Proudhons die wesentlichen Züge seiner Gesellschaftslehre erfaßt hat und sie deutlich herausstellt, gelingt es ihm, auf die-

ser Basis auch die Staatslehre Proudhons im Föderalismus wiederzufinden. Dabei ist es nur zu begrüßen, daß nun endlich eine klare anthropologisch begründete Staatslehre des Föderalismus vorliegt, wodurch sich das Wesen der Demokratie endgültig von den kollektivistischen, das Recht und die Würde des Menschen nicht wahrnehmenden Staatslehren trennen läßt. Ebenso wenig ist jedoch eine so verstandene Demokratie mit der unverbindlichen, pluralistischen Staatslehre des Liberalismus und Parlamentarismus westlicher Prägung zu verwechseln, die durch die *Herrschaft der kollektivierten Mehrheit* mehr den Herrschaftsformen vergangener Zeiten gleichen als der auf Gleichheit, Freiheit und Gegenseitigkeit begründeten Staatslehre Proudhons. Es ist unbedingt notwendig, die Überwindung der Parteienherrschaft in den westlichen Demokratien durch die Selbstbestimmung der Bürger bei föderativem Aufbau der Staatengebilde von der kleinsten Einheit, der Familie und der Gemeinde ausgehend, zu gestalten. Schließlich ist Familie und Gemeinde die autonome Zelle, in der sich auch das verwirklicht, was im Christentum ursprünglich veranlagt war: »Vor 18 Jahrhunderten hieß die Revolution Evangelium oder Frohe Botschaft. Ihr Wahlspruch: Die Gleichheit aller Menschen vor Gott. Das Christentum schuf das Völkerrecht, die Brüderlichkeit der Nationen; kraft seiner Grundlehre und seines Wahlspruches wurden gleichzeitig der Götzendienst und die Sklaverei abgeschafft. Die Menschheit war verloren – da wurde sie gerettet durch Christus.«

Das war der Charakter der ersten und größten unter den Revolutionen. Sie erneuerte die Welt, und durch diese Erneuerung erhielt sie dieselbe.«

»Aber so übersinnlich und geistig diese Revolution auch war, so drückte sie doch nur die materiellste Seite der Gerechtigkeit aus, die Befreiung der Leiber, die Abschaffung der Sklaverei. Tausend Jahre nach Christi Erscheinen begann im Schoße der von ihm gestifteten Religion eine unbekannte Bewegung, das Vorspiel eines neuen Fortschritts. Im 16. Jahrhundert brach die Revolution aus. Damals nahm die Revolution, ohne ihre erste Richtung aufzugeben, ohne sich selbst zu verleugnen, einen anderen, einen schon berühmt gewordenen Namen an, sie nannte sich die Philosophie. Sie hatte zum Grundsatz die Freiheit der Vernunft und zum Wahlspruche die Gleichheit Aller vor der Vernunft. Das war die zweite Revolution, die zweite große Kundgebung der Gerechtigkeit. Auch sie verjüngte die Welt, sie rettete, erhielt dieselbe.«

»Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts begann also eine neue Bewegung; und wie die erste Revolution religiös, die zweite philosophisch gewesen war, so wurde nun die dritte Revolution politisch. Sie hieß der Gesellschaftsvertrag! Zum Grundsatz nahm sie die Volkssouveränität: Ihr Wahlspruch war die Gleichheit vor dem Gesetz; es war dies der Folgesatz

aus denen, die sie früher auf ihre Fahne geschrieben hatte: Gleichheit vor Gott und Gleichheit vor der Vernunft.«

»So erscheint uns also bei jeder Revolution die Freiheit stets als das Werkzeug der Gerechtigkeit und die Gleichheit als deren Kennzeichen. Der dritte Punkt ist der Zweck der Gerechtigkeit; dieser Zweck, den man stets verfolgt, dem man sich immer mehr genähert hat, ist die Brüderlichkeit.«

»Verlieren wir diese Ordnung der revolutionären Entwicklung niemals aus dem Auge. Nach dem Zeugnis der Geschichte zwingt die Brüderlichkeit, der Revolutionen höchster Endzweck, sich nicht auf; sie hat zur Bedingung die Freiheit vorauf, dann die Gleichheit. Als wenn die Gerechtigkeit zu uns allen sagte: Menschen, seid frei; Bürger, werdet gleich; Brüder, umarmt euch!«

Gerhardus Lang

Verzeichnis der Fundstellen der in diesem Heft abgedruckten Beiträge von Gerhardus Lang:

	Fragen der Freiheit Heft/Seiten/Jahrgang
Bildungswesen und Arbeitswelt – auf ewig geteilt?	154/22-38/1982
Repräsentanten der sozialen Bewegung: Henry George – Pierre Joseph Proudhon – Silvio Gesell	166/50-68/1984
Mensch und Gesellschaft – Krankheit durch soziale Missstände	Fragen der Freiheit, Heft 282 (2011) 159/36-48/1979
Ordnungspolitische Vorstellungen für den Bereich des Kulturlebens	137/36-43/1979
Buchbesprechungen:	156/37-46/1982
• Dieter Suhr: Die Entfaltung der Menschen durch die Menschen	
• Karl Hahn: Der Föderalismus – die demokratische Alternative	

Die Strenge des Euro mit Regiogeld mildern

Eckhard Behrens

Die europäischen Regierungschefs eilen von Konferenz zu Konferenz, um Lösungen für das Problem der Staatsschulden zu finden. Einige Staaten der Euro-Zone haben bereits einen so hohen Schuldenstand, dass die Zinslasten ihre Haushalte ins Defizit treiben. Man könnte ihnen mit einer Entschuldung helfen, also entweder im Rahmen einer Transferunion die Schuldentilgung auf andere Staaten abwälzen oder zulasten der Gläubiger in einem Insolvenzverfahren einen Schuldenschnitt vornehmen.¹ Offenbar ist beides nicht gewollt. Es wäre auch nur ein Teil der Lösung, weil die Schuldenaufnahme in der Vergangenheit auch zur Finanzierung von anderen laufenden Ausgaben gedient hat, die nur bei jährlich neuer Verschuldung aufrechterhalten werden könnten. Die Überschuldungsprobleme kämen also rasch wieder.

Man strebt statt einer Entschuldung an, die Defizite in den Staatshaushalten durch Einsparungen an anderer Stelle und durch Steuererhöhungen zu beseitigen, und läuft dabei gesamtwirtschaftlich Gefahr, die betroffenen Länder – aber damit auch Europa insgesamt oder zumindest die Euro-Zone – in eine scharfe Rezession zu treiben. Sogar die USA fürchten, von einer europäischen Rezession betroffen zu werden, und schickten Anfang Dezember 2011 ihren Finanzminister Geitner zu Gesprächen nach Europa. Mit einer Rezession sinkt die Fähigkeit, Zins und Tilgung pünktlich zu leisten, erst recht. Man steckt in einem Teufelskreis, den Nationalstaaten mit eigener Währung mit Abwertungen oder/und Inflationen durchbrechen können – also mit geldpolitischen Maßnahmen.

Die Geldpolitik ist den Mitgliedstaaten der Euro-Zone entzogen, aber nicht der Euro-Zone insgesamt. Die Gefahr einer Abwärtsspirale durch staatliches Sparen von Mitgliedstaaten besteht nur wegen der zu großen Strenge der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB). Mit einem höheren Inflationsziel von »unter, aber nahe 5%« könnte die EZB die private Nachfrage so kräftigen, dass sie den angestrebten Rückgang der Staats-

¹ Mit einer europarechtlich geregelten Insolvenz für überschuldete Staaten ließe sich nicht nur deren Schuldenlast auf ein tragbares Maß verringern, sondern auch die schwer erträgliche europäische Bevormundung auf die Dauer des Insolvenzverfahrens beschränken; siehe dazu meinen abgedruckten Leserbrief in der FAZ vom 12.11.2011, Seite 19, wiedergegeben im Forums-Archiv des Sffo-Internetauftritts unter »<http://lists.sffo.de/piper-mail/forum/2011/000581.html>«.

nachfrage gesamtwirtschaftlich ersetzen könnte. Mit einem solchen Kurswechsel der Geldpolitik ist allerdings auf absehbare Zeit nicht zu rechnen.

Herr Dr. Gerhardus Lang, den wir mit diesem Heft ehren, hat mir am 21.01.2011 im Rahmen einer E-Mail-Korrespondenz über die verfahrenere Lage der Schuldenstaaten eine interessante Frage vorgelegt, die zum Schwerpunktthema der Arbeit des Seminars für freiheitliche Ordnung e.V. (SffO) im Jahre 2011 wurde. Er schrieb: »Könnte man den überschuldeten Staaten nicht raten, neben dem Euro eine eigene Währung nach dem Modell von Wörgl zu etablieren?« Wegen der grundsätzlichen Bedeutung übermittelte ich seine Frage am 22.01.2011 allen Lesern des Forums² des Seminars für freiheitliche Ordnung e.V. und schrieb in meiner Antwort u.a.³: »Denkbar ist ein nationales Regiogeld, das neben dem Euro umläuft und in der Wertentwicklung an den Euro gekoppelt bleibt. Das wäre dann ein reines Zahlungsmittel, keine »Währung«, weil keine eigene Geldwertsteuerung erfolgen würde.«

Mein Forums-Beitrag führte zu Anfragen der Redaktionen von vier befreundeten Zeitschriften, ob ich den Regiogeld-Vorschlag näher darlegen könnte. Dem bin ich gerne nachgekommen.⁴ Die beiden umfangreichsten Aufsätze sind nachfolgend unverändert dokumentiert. Ich widme diese Dokumentation dem Anreger und jahrzehntelangen Freund und ehemaligen Vorstandsmitglied des SffO Dr. Gerhardus Lang in der Hoffnung auf weitere fruchtbare Zusammenarbeit.

Eine weitere Frucht seiner Anregung war die gut besuchte SffO-Tagung vom November 2011 »Vom Regiogeld zum nationalen Parallelgeld – Ein Beispiel: Die griechische Drachme«,⁵ auf deren Grundlage noch ein Positionspapier ausgearbeitet werden soll.

² Siehe »<http://lists.sffo.de/mailman/listinfo/forum>«

³ Die Forums-Korrespondenz ist archiviert unter »<http://lists.sffo.de/pipermail/forum/2011/author.html>«

⁴ In der zeitlichen Reihenfolge der Veröffentlichungen:

»Regiogeld für Griechenland«, Das Goetheanum Nr. 30/31 Seiten 10-12, »<http://www.sffo.de/sffo/Regiogeld.pdf>«

»Staatliches Regiogeld für Schuldenstaaten«, FAIRCONOMY Nr. 3 September 2011, Seiten 8+9, »http://www.inwo.de/fileadmin/uploads/media/ausgabe-2011_3.pdf«

»Euro- oder Schuldenkrise« Zeitschrift für Sozialökonomie, Nr. 170/171, Seite 3 – 9, »<http://www.sozialoekonomie-online.de/>«

»Griechenland braucht Regiogeld« HUMANE WIRTSCHAFT, Nov./Dez. Nr. 6/2011, Seite 2 – 6, »<http://www.humane-wirtschaft.de/griechenland-braucht-regiogeld-eckhard-behrens/>«

Die beiden letzten Aufsätze werden nachfolgend dokumentiert.

⁵ Das endgültige (abgeänderte) Programm findet sich unter »<http://sffo.de/sffo/sffo111119.html>«

Euro- oder Schuldenkrise ?

*Eine Verbindung des Euro mit nationalen Regiogeldern
überwindet Rezessionen*

Eckhard Behrens

Staatsschulden bringen den Euro in Gefahr, sagen Euro-Gegner schon immer. Deshalb wollten sie den Euro von Anfang an nicht. Später wehrten sie sich gegen den Beitritt gewisser Staaten. Aber auch die Euro-Befürworter teilen diese Meinung und spannen wegen der Schulden einiger Euro-Staaten teure Rettungsschirme für den Euro auf. Beide Seiten haben sich auf gefährvolle Irrwege begeben und sehen nicht, dass es erfolgversprechende Wege aus der Krise gibt.

Der Euro diszipliniert

Richtig ist zunächst einmal genau das Umgekehrte. Der Euro bringt Mitgliedsstaaten in Gefahr, die zu viele Schulden machen oder schon gemacht haben. Sie müssen höhere Zinsen zahlen als Staaten, die solide haushalten. Und wenn sie gleichwohl ihre jährliche Neuverschuldung fortsetzen, bekommen sie eines Tages auch keine neuen Kredite mehr, mit denen sie ihre alten Schulden zurückzahlen können. Sie sind dann offensichtlich zahlungsunfähig und können ihre Verpflichtungen – auch gegenüber ihren Bürgern – nicht mehr erfüllen. Schon vorher beschließen und vollziehen sie schmerzhaft Sparhaushalte, die den Lebensstandard ihrer Bevölkerung enorm senken. Das ist ein Problem für die ökonomische und politische Stabilität dieser Staaten, aber nicht für die Preisstabilität des Euro.

Im Schlepptau dieser gefährdeten Schuldner bringt der Euro auch deren »Gläubiger« in Gefahr, weil sie »glaubten«, ihr Geld vollständig zurückzubekommen – natürlich mit Zinsen, die in verlockender Weise höher waren als anderswo. Risikoprämien sind eine Entschädigung dafür, dass man sein geliehenes Geld voraussichtlich nicht vollständig zurückbekommen wird. Wo ist das Problem? Wer das Risiko richtig einschätzte, ist durch erfolgte Zinszahlungen bereits entschädigt. Wer es falsch einschätzte, soll für seine freie Fehlentscheidung selbst haften.

Sorgen um den Euro sind unberechtigt. Sorgen machen muss man sich nur um die überschuldeten Staaten, denen die Gemeinschaftswährung die

Fluchtwege abschneidet, die sie mit ihren früheren nationalen Währungen hatten, nämlich den Weg in die Inflation und/oder den Weg in die staatlich verfügte Abwertung. Beide Maßnahmen waren sehr ungerecht. Es ist wirklich gut, dass der Euro sie nicht mehr zulässt. Der Euro ist gerechter, als es die nationalen Währungen waren. Er macht Misswirtschaft mittelfristig sichtbar und nimmt die Verursacher in Haftung.

Erzwungene Konvergenz

Dies sind einfache, aber strenge ökonomische Gesetzmäßigkeiten, die schon vor der Einführung des Euro bekannt waren. Deswegen haben sich die ursprünglichen Euro-Staaten über Jahre hinweg vorbereitet, indem sie sich um eine Konvergenz ihrer Währungs-, Zins- sowie Wirtschafts- und Finanzpolitik bemühten. Auch später durfte nur beitreten, wer die Konvergenzkriterien erfüllte. Durch dieses Nadelöhr mussten sich alle Mitgliedsländer einmal hindurchzwingen, damit jedes Land mit einer annehmbaren Ausgangsposition in den offeneren Wettbewerb innerhalb der Eurozone eintrat. Der Umtauschkurs war die eindeutig letzte, nicht wiederholbare Chance, sich – wie bei einer Abwertung – einen kleinen Startvorteil zu verschaffen. Der Euro machte als gemeinsamer Wertmaßstab alle Kosten und Preise besser vergleichbar und legte damit alle Standortschwächen, aber auch Standortvorteile offen. Darauf haben die Unternehmen und die Mitgliedsstaaten mit unterschiedlichem Geschick reagiert.

Diese ökonomischen Gesetzmäßigkeiten wirken auch dann, wenn man sie anfänglich übersieht oder nicht an sie glaubt. Kein Mitgliedsland kommt an ihnen vorbei. Aber weil man nicht an sie glaubte oder aus anderen Gründen Ausbruchsversuche befürchtete, haben die Europäer einen Stabilitätspakt geschlossen, um die Mitgliedsstaaten in einen wirtschafts- und haushaltspolitischen Gleichschritt zu zwingen mit höchstens 3 % Neuverschuldung und höchstens 60 % Gesamtverschuldung – jeweils gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) des einzelnen Mitgliedsstaates. Diese Werte sollten gewährleisten, dass die Schuldenlast bei normaler Wirtschaftsentwicklung tragbar war. An diesen Vertrag haben sich viele nicht gehalten, weil sie glaubten, zu den vereinbarten Sanktionen würde es im Falle eines Verstoßes schon nicht kommen. Und so war es denn ja auch. Trotzdem war der Euro nie in Gefahr. Die Verstöße gibt es schon lange und der Euro ist stabiler als es die DM war.

Der Euro funktionierte, als einige Mitgliedsstaaten nicht in den europäischen Gleichschritt der Wirtschafts- und Haushaltspolitik hineinfanden oder aus ihm herausfielen. Als die Schuldenmacher offensichtlich kein

Ende fanden und die fein gesponnenen juristischen Stricke des Stabilitätspaktes rissen, ließ der Euro einfach die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten wirken. Die Zinsen für ihre neuen Schulden stiegen sprunghaft, die Kurse ihrer alten Anleihen mit noch erträglichen Zinsen fielen dramatisch. An der Volatilität der Kurse labte sich die Spekulation. Die Altgläubiger, die schon verkauft haben, sind bereits ökonomisch bestraft für ihre leichtfertige Kreditgewährung. Die Nochgläubiger zittern, ob Zins und Tilgung vollständig fließen werden oder ob sie auch Verluste werden hinnehmen müssen, die möglicherweise sogar die Risikoprämien überschreiten werden, die die Ursache der neuerdings höheren Zinsen sind.

Haben die vereinbarten juristischen Sanktionen die Aufmerksamkeit von den drohenden ökonomischen Sanktionen abgelenkt? Vielleicht wäre es ohne die nachträgliche Vereinbarung des Stabilitätspaktes allen klarer gewesen, dass der Euro-Raum ein wirtschaftlicher Geleitzug ist, dessen Tempo aber nicht vom langsamsten Schiff bestimmt wird, sondern vom gewogenen Durchschnitt. Jedes Land bestimmt im Wesentlichen selbst, ob es die Chancen größerer Transparenz im Euro-Raum ökonomisch nutzt oder nicht. Nur vorübergehend kann es seinen Lebensstandard mit der Aufnahme von Schulden erhöhen. Letztlich wird dieser doch von der ökonomischen Leistungsfähigkeit bestimmt, also von der flexiblen Anpassung an die Bedingungen für eine neue Arbeitsteilung im Euro-Raum.

Die angebliche »Euro-Krise«

Zu den Anleihegläubigern der überschuldeten Staaten zählen mächtige Versicherungen, Investmentfonds und Banken in anderen Ländern. Sie versuchen nun, die Euro-Staaten in eine Transfer-Union hineinzutreiben, damit die soliden Staaten den überschuldeten helfen, ihre Schulden mit Zinsen vollständig zu tilgen. Darunter befinden sich auch Spekulanten, die seit Beginn der Schuldenkrise die Anleihen zu niedrigen Kursen aufgekauft haben und auf Rückzahlung zu 100 % hoffen. Alle zusammen nutzen den verbreiteten Irrtum aus, Staatsschulden würden den Euro in Gefahr bringen, und malen ein Horrorszenario aus. Sie fordern die Rettung des Euro und meinen doch nur die Rettung ihrer Anleiheforderungen.

Ihnen kam die Riege der Euro-Skeptiker in den Wirtschaftswissenschaften zu Hilfe – darunter viele angesehene Amerikaner. Sie haben schon immer die These vertreten, eine Gemeinschaftswährung von Staaten, die wirtschafts- und finanzpolitisch unabhängig bleiben, könne in Wirtschaftskrisen nicht funktionieren. Der Euro sei ohne die Schaffung eines echten europäischen Bundesstaates, der Vereinigten Staaten von Europa, wirt-

schaftspolitisch nicht vertretbar. Der Euro könne nicht eine Säule des Einigungsbauwerks, sondern nur sein Schlussstein, seine »Krönung« sein. Die Euro-Befürworter hätten leichtfertig darauf gesetzt, der Euro werde die Vergemeinschaftung der Wirtschafts- und Finanzpolitik vorantreiben, also den Einigungsprozess beschleunigen. Das Scheitern des Europäischen Verfassungsvertrages in Volksabstimmungen zeige, dass es zu dem angestrebten, starken Bundesstaat Europa nie kommen werde. Der Euro müsse daher früher oder später scheitern. Zumindest müssten die Schuldenstaaten aus der Euro-Gemeinschaft schleunigst ausgeschlossen oder der Euro-Raum in einen Nord- und einen Süd-Euro geteilt werden. Rette sich wer kann. Wenn das nicht gelinge, werde der Euro ganz verschwinden. Das war Wasser auf die Mühlen der »Eurokrise«-Horrorkampagne der mächtigen Anleihegläubiger.

Diese Interessentenkampagne ist leider erfolgreich. Auch viele Politiker reden immer noch davon, sie müssten eine »Euro-Krise« abwenden. Die politische Wirkung ist verheerend, weil die Bevölkerung in ihrem Irrtum, dass Staatsschulden den Wert des Euro gefährden, bestärkt und massiv verunsichert wird. Gerade in Deutschland haben die Staatsschulden aus den beiden Weltkriegen im vergangenen Jahrhundert zu zwei Hyperinflationen mit anschließenden Währungsreformen geführt, die im Gedächtnis aller vermögenden Familien unauslöschliche Spuren hinterlassen haben, weil sie viele Familien sozial abstürzen ließen.

Der historische Schritt zur Unabhängigkeit der Notenbanken

Alle Krisen-Apostel und Krisen-Gläubigen übersehen die Bedeutung einer zwischenzeitlichen Maßnahme. Wegen der historischen Erfahrungen mit der nationalen Schulden- und Währungspolitik wurde – zunächst in Deutschland – eine ordnungspolitische Konsequenz gezogen, die ein Paradigmenwechsel war, der sich bewährt hat: Die Notenbank wurde unabhängig von der Politik; außerdem wurde sie auf das Ziel der Geldwertstabilität verpflichtet. Sie konnte seither Maßnahmen ergreifen, die der Politik nicht gefielen. Und sie tat dies auch, wenn sie es zur Wahrung der Geldwertstabilität für erforderlich hielt. Sie hat im Laufe der Jahrzehnte gelernt, dieses Ziel immer zuverlässiger zu erreichen. Die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) ist noch größer als die der Bundesbank – gerade weil sie keinem europäischen Bundesstaat gegenübersteht, der in ihr Geschäft politisch eingreifen könnte.

Wer die europäische Vereinigung voran treiben, gar einen Bundesstaat schaffen möchte, sollte darauf verzichten, das Vertrauen der Bevölkerung in

eine bestehende europäische Institution, den Euro, zu schwächen. Wenn bereits geschaffene europäische Institutionen nur schlecht funktionieren, warum dann weitere schaffen? Es ist jetzt für die Politiker nicht mehr leicht, auf die »Euro-Krise« als politisches Schreckgespenst zur Rechtfertigung gewichtiger Maßnahmen zu verzichten. Aber ihr Geschrei lenkt nur ab von der Wahrnehmung der ökonomischen Kraft und Strenge des Euro. Es wird Zeit, die Lautstärke zu mindern und die ökonomischen Tatsachen ins Auge zu fassen und in das Bewusstsein der Bevölkerung zu heben. Dann können die wirklichen Probleme gelöst werden.

Wir haben nur eine Staatsschulden- und Finanzmarktkrise

Der Euro ist also nicht in Gefahr, sondern nur ein paar Euro-Staaten und viele Kapitalsammelstellen (Versicherungen, Investmentfonds oder Banken) in den EU-Staaten und weltweit, denn das Kapital agiert bekanntlich global. Einige Kapitalsammelstellen sind so groß oder so stark mit anderen Finanzinstitutionen vernetzt, dass sie Systemrelevanz haben, also nicht insolvent werden dürfen. Der Zusammenbruch systemrelevanter Finanzinstitutionen lässt die Märkte zusammenbrechen, in denen sie tätig waren. Da müssen die betroffenen Staaten kurzfristig helfen, wie sie es in der Finanzkrise in den Jahren 2007 bis 2010 vielfach getan haben. Mittelfristig müssen die Staaten aber die Gefahr beseitigen, erpressbar zu sein. Wer zu groß ist (too big to fail), ist wirklich zu groß; er muss kartellrechtlich entflochten werden. Private Macht darf in einer freien Gesellschaft nicht fortbestehen – auch dann nicht, wenn sie völlig rechtmäßig entstanden ist.¹ Die kurzfristige Hilfe an nationale Banken ist billiger und ordnungspolitisch eher vertretbar als der unumkehrbare Schritt in eine europäische Transfer-Union.

Auch den überschuldeten Euro-Staaten sollte man helfen, die Staatshaushalte mit geringeren Einschnitten in den Lebensstandard ihrer Bürger in ein Gleichgewicht zu bringen, als sie jetzt noch zu befürchten sind. Je besser ihre Wirtschaft floriert, umso erfolgreicher können wir mit ihnen Handel treiben. Tiefgreifende Rezessionen stören die europäische Arbeitsteilung und damit auch die Wohlstandsentwicklung in Deutschland. Zur Sanierung der Staatshaushalte ist ein Teil der Schuldenlast den Gläubigern aufzubürden und der Rest zu tragbaren Zinsen sehr langfristig umzuschulden. Dass die am 21. Juli 2011 vereinbarten Maßnahmen² ausreichen werden, muss bezweifelt werden.

Insolvenz von Euro-Staaten

Für eine geregelte Insolvenz von Staaten fehlt noch ein geeigneter europarechtlicher Rahmen. Ihn zu schaffen erscheint dringlich, weil der Londoner Club, der bisher in solchen Fällen tätig wird, sich jedes Mal erst wieder neu erfinden muss. Europa braucht eine Art überstaatliches Vergleichsverfahren, dessen Ziel die Reduzierung der Zins- und Tilgungslasten überschuldeter Staaten im Wege eines Forderungsverzichts der Gläubiger ist. Am Ende des Verfahrens darf nur eine tragbare Gesamtverschuldung übrig bleiben, die eine Haushaltsführung ohne Netto-Neuverschuldung ermöglicht. Das entspricht dem Ziel der Schuldenbremse im deutschen Grundgesetz und ermöglicht die Aufnahme neuer Kredite zur Tilgung alter Kredite zu vertretbaren Zinsen. Die Arbeit an einem solchen geregelten Insolvenzverfahren wird als Drohkulisse Sofortmaßnahmen erleichtern, die dasselbe Ziel anstreben. Dazu gibt es Vorschläge, über die bereits verhandelt wird. Diese Sofortmaßnahmen und notfalls eine geregelte Insolvenz werden den Problemstaaten hoffentlich bald einen Neustart ohne regionale, tief einschneidende Rezessionen erleichtern.

Der strenge Euro wird die Mitgliedsstaaten auch künftig auf den Pfad wirtschafts- und finanzpolitischer Konvergenz zwingen. Die Schuldenkrise hat den Staaten und den weltweiten Finanzmärkten wohl einmal klargemacht, dass sich kein Beteiligter dem gerechten Euro-Maßstab entziehen kann. Der Euro wird daher gestärkt aus der Schuldenkrise hervorgehen. Es wird weltweit erkannt werden, dass eine gut geführte supranationale Währung einzelne Mitgliedsstaaten genauso wie kleine und große Unternehmen zur Aufgabe von Misswirtschaft zwingt.

Unternehmen können untergehen, Staaten und Privatpersonen müssen weiterleben und dürfen daher nur auf ihr Existenzminimum herabgedrückt werden. Das nationale Insolvenzrecht nimmt Privatpersonen alles, was sie zumutbar entbehren können, auch Teile des zukünftigen Einkommens, lässt ihnen aber das Existenzminimum und stellt sie nach einigen Jahren von den Altschulden frei. Es wird Gegenstand einer europäischen Insolvenzordnung für Staaten sein, ihr Existenzminimum zu konkretisieren und zu sichern, damit ihre Bürger auf einer geordneten Basis weiterwirtschaften können.

Konvergenzstreben aus Eigeninteresse

Staatsschulden sind wegen der großen Unabhängigkeit der EZB keine Gefahr mehr für die anzustrebenden niedrigen, aber stabilen Inflationsraten. Das sollten vor allem die Euro-Befürworter begreifen und nur noch

von einer Staatsschuldenkrise, aber nie mehr von einer Euro-Krise sprechen. Es würde ihre Position gegenüber den Euro-Skeptikern³ stärken. Diese haben allen Anlass, ihre Vorhersagen an der Realität zu überprüfen.

Die wirtschafts- und finanzpolitische Konvergenz wird im Euro-Wirtschaftsraum künftig aus Eigeninteresse von den Einzelstaaten angestrebt werden und bedarf keiner Befehle mächtiger europäischer Institutionen. Der Stabilitätsvertrag zum Schutze des Euro ist überflüssig, seine geplante⁴ Verschärfung erst recht. Man stelle sich die Vertrauenskrise vor, wenn die neuen Verträge nicht ratifizierbar sind. Rechtliche Regeln schaffen kein verlässliches Vertrauen in den Euro – ihre vorhersehbare Übertretung zerstört es immer wieder. Verlass ist nur auf die ökonomischen Wirkungen des strengen Euro. Sie müssen in das Bewusstsein gehoben werden – innerhalb und außerhalb des Euro-Raumes. Es ist nicht erforderlich, zum Schutze des Euro die wirtschafts- und haushaltspolitische Souveränität der Euro-Staaten rechtlich einzuschränken.

Einzelstaaten, die eine schlechte Wirtschaftspolitik betreiben, werden ihrer Bevölkerung einen vergleichsweise niedrigen Lebensstandard beschern. Was in der Marktwirtschaft für jeden Einzelnen gilt, gilt im Gemeinsamen Markt auch für die dazu gehörigen Volkswirtschaften: Die Einkommenshöhe hängt allein vom Leistungsbeitrag, also von der Leistungsfähigkeit und vom Leistungswillen ab; der Lebensstandard in einer Volkswirtschaft hängt immer auch ab von der Qualität der nationalen Wirtschaftspolitik.

Einzelstaaten, die beim Schuldenmanagement versagen, werden von Zeit zu Zeit durch rigorose Haushaltssanierung in harte Rezessionen geraten. Diese Lehre sollte durch die aktuelle Staatsschuldenkrise allseits angekommen sein. Wie Deutschland sollten auch die anderen Mitgliedsstaaten sich künftig aus Eigeninteresse bemühen, ohne Netto-Neuverschuldung auszuweisen und übermäßige Gesamtverschuldung durch Netto-Tilgung wieder abzubauen.

Aber weil zur souveränen Freiheit der Staaten auch die Verantwortung und Haftung für die eigenen Fehler gehört, müssen sie sich bei Totalversagen künftig einem geregelten Insolvenzverfahren stellen, um eine verlorene Kreditwürdigkeit zügig wiederherstellen zu können. Wir stellen insolvenzgefährdete Unternehmen und Privatpersonen auch nicht unter staatliche Vormundschaft, wie sie mit der Verschärfung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes für die Schuldenstaaten angestrebt wird. Die Zwangsverwaltung beginnt erst mit der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens, für die strenge Voraussetzungen erfüllt sein müssen.

Die EZB nicht aus der Verantwortung entlassen

Die vorausgehenden Betrachtungen abschließend, ist darauf aufmerksam zu machen, dass die Strenge, mit der der Euro wirkt, von der EZB bestimmt wird. Sie kann dem ganzen Geleitzug ein zu niedriges Wirtschaftswachstum, ja sogar eine Austerity-Politik aufzwingen. Dann haben es die schwächeren Staaten noch schwerer, wieder Fahrt zu gewinnen, und die stärkeren Staaten noch schwerer, den anderen bei der Krisenbewältigung zu helfen. Es gilt, für stabile, aber nicht zu niedrige Inflationsraten bald das richtige Maß zu finden und konsequent einzuhalten. Aber dazu sind die notwendigen Einsichten in der Volkswirtschaftslehre noch nicht weit genug verbreitet und innerhalb der EZB offenbar noch gar nicht angekommen.⁵

Unter dem makroökonomischen Druck eines zu strengen Euro haben Griechenland und andere Schuldenstaaten kaum eine Chance für einen nachhaltigen Wirtschaftsaufschwung. Ihr Schuldenstand lässt ihnen keinen Spielraum für die Ausweitung der Staatsnachfrage zur Ankurbelung der Wirtschaft. Sie müssen auf neue Mittel und Wege sinnen.

Skizze einer geldpolitischen Notlösung

Angebotspolitische Maßnahmen wie Steuersenkungen verbieten sich. Andere Verbesserungen der Angebotsbedingungen wie eine durchgreifende Entbürokratisierung sind möglich, wieder andere wie die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte oder die Abschaffung von Reglementierungen der Verkehrsmärkte zur Verschärfung des Wettbewerbs und Förderung der Produktivität sind in einer schrumpfenden Wirtschaft politisch kaum radikal genug durchsetzbar, ohne noch mehr politische Unruhen zu riskieren.

Nachfragepolitisch gibt es aber noch andere Maßnahmen als die Ausweitung der Staatsnachfrage. Es kommt darauf an, die privaten Geldbesitzer – große und kleine – zu motivieren, von ihren Einkommen so viel wie möglich rasch für die Beschaffung von Waren und Dienstleistungen zu verwenden und nicht auf ihren Geldbeständen sitzen zu bleiben, weil ihnen die wirtschaftliche Lage zu unsicher erscheint.

Dieses Ziel verfolgen Bürgerinitiativen in mehreren Ländern Europas, die Regiogelder mit einer Umlaufsicherung eingeführt haben. Am bekanntesten ist in Deutschland der »Chiemgauer«, dessen Nutzerzahlen und Verbreitungsgebiet ständig wachsen.⁶ Historisch unvergessen sind aus den 1930er Jahren auch die kommunalen Experimente in Wörgl und andernorts; sie waren messbar erfolgreich in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und des wirtschaftlichen Niedergangs. Alle diese Erfahrungen könnten nun in Grie-

chenland und in den anderen betroffenen Staaten von Bürgerinitiativen und/oder Kommunen genutzt werden. Solche Initiativen werden die Wirtschaft dieser Staaten zwar nicht hinreichend ankurbeln können, weil ihnen die Breitenwirkung fehlt. Aber sie wären eine Chance, das öffentliche Bewusstsein auf die Notwendigkeit zu lenken, die Wertaufbewahrungsfunktion der Zahlungsmittel einzuschränken, damit das Geld sich dem wirtschaftlichen Kreislauf nicht entzieht, sondern ihn hinreichend antreibt.

Das könnte einen Schritt politisch vorbereiten, der wirklich helfen könnte, diese Staaten wieder auf einen Wachstumspfad mit Vollbeschäftigung und steigenden Steuereinnahmen zu führen – die Einführung eines nationalen, staatlichen Regiogeldes neben dem Euro. Die Länder müssten aus der Euro-Währungsunion nicht austreten. Sie müssten auch keine nationale volle Parallelwährung mit schwankenden Wechselkursen zum Euro einführen; das hätte doppelte Preisauszeichnungen und zusätzliche Vertragsabsprachen über die anzuwendende Währung zur Folge. Der Euro kann der einzige Wertmesser und Vertragsgegenstand bleiben, wenn das staatliche Regiogeld das Wertverhältnis 1:1 zum Euro wahrt, wie es der »Chiemgauer« auch tut.

Die Vorteile staatlichen Regiogeldes

Nationales Regiogeld hat den Vorteil, im jeweiligen Staat bald flächendeckend verbreitet zu sein. Der Staat kann seine Geldleistungen in nationalem Regiogeld erbringen, also Aufträge, aber auch Gehälter und Renten darin bezahlen und sich bereit finden, Steuern und Gebühren in Regiogeld anzunehmen. Umlaufgesichertes Geld würde dann einen großen Teil der Konsumentenumsätze abwickeln und über die Handelsstufen bis zu den Herstellerunternehmen vordringen, die damit auch Lieferanten und Gehälter zahlen könnten. Auf allen Wirtschaftsstufen und in allen Branchen würde die Nachfrage belebt, weil das Regiogeld rascher ausgegeben wird. Unausgelastete Kapazitäten werden wieder beschäftigt.

Darüber hinaus kann staatliches Regiogeld mit Vorteilen ausgestattet werden, die privates oder kommunales Regiogeld nicht in Anspruch nehmen können: Der Staat kann seinem nationalen Regiogeld einen wohlvertrauten Namen geben, z.B. in Griechenland »Drachme«. Weiterhin kann der Staat einen Annahmезwang für sein Regiogeld gesetzlich festlegen. Dieser besteht auch für den Euro. Man spricht von der Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel; seine Annahme darf nicht verweigert werden. Alle Verträge – alte und neue – würden weiter auf Euro lauten. Aber weil das Wert-

verhältnis 1:1 zum Euro gesetzlich gewährleistet ist und Annahmewang besteht, kann jeder Zahlungspflichtige im Inland selbst entscheiden, ob er in Euro oder in Drachme bezahlen will. Wer will, braucht nur noch die Drachme im Geldbeutel bei sich zu haben. Die Händler kommen allerdings um zwei Kassen nicht herum.

Die Nachfragebelebung und das Preisniveau

Der Anteil der Chiemgauer-Umsätze ist zu gering, um spürbar Einfluss auf die Entwicklung des Preisniveaus zu nehmen. Bei einem staatlichen Regiogeld wäre das anders. Es gibt zwar auch bei ihm – wie beim Chiemgauer – nur Euro-Preise, aber der Anteil der Drachme-Umsätze wird sicher bald höher sein als der Anteil der Euro-Umsätze – jedenfalls auf der Ebene der Konsumentenpreise. Die Umlaufgeschwindigkeit und die Menge der nationalen Zahlungsmittel hätten auf die Entwicklung des Preisniveaus in Griechenland daher selbstverständlich ebenso Einfluss wie die Menge der umlaufenden Euro – auch wenn davon auszugehen ist, dass die Drachme mit höherer Geschwindigkeit umlaufen wird als der Euro. Die Differenz der Umlaufgeschwindigkeit wird durch das umgekehrte Mengenverhältnis kompensiert.

Bei einer echten Parallelwährung müsste die griechische Notenbank die Wertentwicklung der Drachme steuern, weil es Drachme-Preise gibt. Der Wechselkurs zwischen Drachme und Euro könnte sich frei entwickeln oder von Griechenland administrativ festgelegt werden. Was zum erfolgreichen Umgang mit festen Wechselkursen geldpolitisch zu tun ist, wissen kluge Notenbanken. Sie müssen nicht den Binnenwert, sondern den Außenwert ihrer Währung steuern – anders ausgedrückt: sie müssen sich der Geldwertpolitik der EZB unterwerfen.

Das hier vorgeschlagene nationale Regiogeld beschränkt sich auf die Funktion als Zahlungsmittel und perfektioniert diese Funktion durch Geldhaltungsgebühren, die die Wertaufbewahrungseigenschaft des nationalen Regiogeldes etwas einschränken und dadurch seinen stetigen Umlauf sichern. Die Wertmesserfunktion bleibt allein beim Euro und daher auch allein in der Verantwortung der EZB, die nichts weiter zusätzlich tun muss, als die Drachme-Geldmenge zu beobachten und im Bedarfsfall ebenso zu begrenzen wie die Euro-Geldmenge. Nennenswerte Preissteigerungen drohen von der Drachme erst, wenn Vollbeschäftigung eingetreten ist, also die Wirtschaft an der Kapazitätsgrenze arbeitet, so dass das Angebot nicht weiter wachsen kann. Dann muss auch die Drachme-Geldmenge begrenzt oder zurückgefahren werden.

Zukünftig elektronisches Geld?

Nachteile des bisher bekannten Regiogeldes sind das Markenkleben als Form der Gebührenerhebung und das Fehlen von Münzen. Beim Chiemgauer hat der kleinste Schein einen Wert von einem Euro. Cent-Beträge müssen daher in Euro-Münzen beglichen werden. Die staatliche Drachme könnte besteuert (mit Haltegebühren belegt) werden, ohne Marken auf Geldscheine zu kleben, wenn sie in der einen oder anderen Weise als elektronisches Zahlungsmittel konstruiert würde. Damit wäre der Vorwurf, den kürzlich auch die FAZ erhob⁷, die Umlaufsicherung des Geldes sei zu umständlich, entkräftet.

Durch das Aufkleben von Gebührenmarken wird der volle Nennwert des Geldscheins wiederhergestellt – beim Chiemgauer vierteljährlich. Man könnte auf die Gebührenmarken verzichten und einfach den Zahlwert des Scheins mit dem Zeitablauf fallen lassen, z.B. um fünf Prozent pro Jahr oder um 0,1% wöchentlich. Der us-amerikanische Geldtheoretiker und Notenbanker Marvin Goodfriend hat vorgeschlagen, Geldscheine mit maschinenlesbaren Magnetstreifen auszustatten, in die ihre periodische Wertminderung einprogrammiert wird.⁸ Beim täglichen Zahlungsverkehr an den Kassen werden die aktuellen Zahlwerte der Scheine maschinell berechnet, auf dem Kassenzettel ausgewiesen und ebenso addiert wie die Preise der gekauften Waren. Schon heute wird an vielen Kassen die Zahlung eingegeben und das Rückgeld berechnet und alles auf dem Kassenzettel neben den Warenmengen und -preisen ausgewiesen. Auch Münzen könnten sicher zusätzlich maschinenlesbar mit einem fallenden Zahlwert gestaltet werden.

Eine Alternative wäre der Übergang zu einem rein elektronischen gesetzlichen Zahlungsmittel. Jeder Bürger erhält ein zusätzliches Drachme-Girokonto mit einer Drachme-Geldkarte. Drachme-Scheine und -Münzen sind dann nicht notwendig. Auch Kleinbeträge brauchen dann – anders als beim Chiemgauer – nicht in Euro-Münzen herausgegeben zu werden. Vor jeder Zu- oder Abbuchung würde der Kontostand elektronisch um den Drachme-Betrag reduziert, der der Höhe des staatlichen Gebührensatzes seit der letzten Buchung entspricht. Die elektronische Gebührenerhebung könnte tagessgenau erfolgen wie die Berechnung eines Kreditzinses.

Sicherlich bedürfen einige weitere mit diesem Konzept verbundene Fragen noch einer Klärung. Dazu hat nach der Erstveröffentlichung dieses Aufsatzes schon eine gut besuchte Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung e.V. – SffO – am 19./20. November 2011 in Bad Boll stattgefunden, deren Ergebnisse als Positionspapier demnächst auf der Internetseite des Seminars ([»http://www.sffo.de«](http://www.sffo.de)) veröffentlicht werden sollen.

Anmerkungen

- ¹ Siehe die Aufsätze von Franz Böhm und Fritz Andres in der Schriftenreihe »Fragen der Freiheit« Heft 277-278/ Februar 2009 – www.sffo.de
- ² Erklärung der Staats- und Regierungschefs des Euro-Währungsgebiets und der EU- Organe, Brüssel 21.7.2011 – http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/124011.pdf
- ³ Interview mit Wilhelm Hankel »Der Euro bleibt eine ökonomische Dummheit«, in: Financial Times Deutschland vom 24.7.2011 – <http://m.ftd.de/artikel/60082511.xml?v=2.0>
- ⁴ Siehe die Erklärung vom 21. Juli 2011 – Nr. 13; siehe oben Fußnote 2
- ⁵ Eckhard Behrens, Wie viel Inflation?, in der Schriftenreihe »Fragen der Freiheit« Heft 265/2004, S. 3-19, sowie derselbe zur Finanzkrise, in: Fragen der Freiheit Heft 281/2010, Seite 30, 34ff.
- ⁶ Nähere Informationen: www.chiemgauer.info. – Vgl. auch die Internetseite www.regiogeld.de
- ⁷ Julia Lauer, Noch so ein Schwundgeld, in: FAZ vom 16.06.2011, S. 11 – <http://www.faz.net/artikel/C30176/regionalwaehrung-im-chiemgau-noch-so-ein-schwundgeld-30440475.html>
- ⁸ Marvin Goodfriend, Overcoming the Zero Bound on Interest Rate Policy, Working Paper 2000-03 der Federal Reserve Bank of Richmond http://www.richmondfed.org/publications/research/working_papers/2000/wp_00-3.cfm

Griechenland braucht Regiogeld

Ein nationales Zahlungsmittel parallel zum Euro¹

Von Eckhard Behrens

Die FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG zeigt unter der Überschrift »Krisenwährung« im Bild-Aufmacher auf Seite 1 ihrer Ausgabe vom 16. Juni 2011 eine geöffnete Ladenkasse, in der neben Euro-Scheinen und -Münzen Zehner- und Zwanziger-Scheine vom Chiemgauer² liegen. Unter dem Bild steht: »Kassensturz mit Chiemgauer – Anfang der dreißiger Jahre wurden Regionalwährungen erfunden. In der heutigen Krise scheinen sie aufzublühen.« Die FAZ fährt dann fort, als Ersatzwährung eigneten sich die Chiemgauer nicht; der Euro müsse seine Krise, die sich gerade in Griechenland äußere, schon selbst bewältigen. Auf Seite 11 folgt ein anschaulicher Bericht unter den Überschriften »Noch so ein Schwundgeld – Der Chiemgauer ist die erfolgreichste Regionalwährung Deutschlands. Vielen ist er aber zu umständlich.« Die FAZ ist in Gelddingen besonders konservativ, also zurückhaltend. Nehmen wir trotzdem einmal an, dass sie einen Denkanstoß geben wollte – ein für dieses Blatt wirklich unverbindliches Gedankenspiel. Oder schon ein Abwehrspiel?

Regionales Zahlungsmittel

Der »Chiemgauer« wird von einer Bürgerinitiative betrieben und konsequent weiterentwickelt. Der Ideenhintergrund ist das »alternde Geld« Rudolf Steiners; die Initiative ging von einem Waldorflehrer, Herrn Christian Gelleri, aus, der sich dem Regiogeld inzwischen hauptamtlich widmet.³ Der Chiemgauer soll die regionalen Wirtschaftskreisläufe beleben. Griechenland droht der Zusammenbruch seines Wirtschaftskreislaufs als Folge der europäisch verordneten Sparmaßnahmen des griechischen Staates. Kann die Idee des Chiemgauer ein brauchbares Vorbild für Griechenland sein?

¹ Es handelt sich um einen etwas erweiterten Nachdruck aus der Wochenschrift DAS GOETHEANUM 2011, Nr. 30/31, Seite 10ff., <http://www.sffo.de/sffo/Regiogeld.pdf>

² <http://www.chiemgauer.info/>

³ Ihm ist die Freigeldlehre Silvio Gesells bekannt, die älter ist als der Vorschlag R. Steiners.

Eine Währung im volkswirtschaftlichen Sinne ist der Chiemgauer allerdings nicht, weil er nicht die Funktion eines Wertmessers hat. Er ist nur Zahlungsmittel, nicht einmal gesetzliches Zahlungsmittel, weil er von niemandem akzeptiert werden muss. »Mit dem Geld kommt das Recht in die Wirtschaft«, hat Rudolf Steiner einmal treffend bemerkt. Es hat drei Funktionen: Es ist Tauschmittel (genauer *Zahlungsmittel*), *Wertmesser* und *Wertaufbewahrungsmittel*. Als Wertmesser wird das Geld mit Hilfe eines großen statistischen Apparats gewissermaßen fortlaufend geeicht. Die Kaufverträge, die jeder von uns täglich mehrfach schließt, sind freie Vereinbarungen auch über den Preis. Die Entwicklung vieler Preise eines großen Warenkorbs wird an vielen verschiedenen Orten kontinuierlich beobachtet und (monatlich) statistisch ausgewertet. Die Währung wird von ihrer Zentralbank so gesteuert, dass der Durchschnitt der Preise des Warenkorbs – der *Wertmesser* – stabil bleibt, also gewahrt bleibt oder »währt«.

Der Chiemgauer kann und will auch in Zukunft diesen hohen Aufwand nicht treiben. Er ist kein eigener Wertmesser – auch der Chiemgauer rechnet in Euro; 1 Chiemgauer = 1 Euro. Die Kaufverträge regeln den Euro-Preis und zugleich die Bezahlung in Chiemgauer. Die Menge der umlaufenden Chiemgauer ist im Vergleich zu den umlaufenden Euro-Scheinen und -Münzen so gering, dass ein Einfluss der Chiemgauer-Verträge auf die Preisbildung, also auf das Preisniveau des Euro nicht zu erwarten ist. Man bedenke, dass die Europäische Zentralbank nur das Verbraucherpreis-Niveau im gesamten Euro-Raum steuert, aber nicht die Entwicklung in den einzelnen Euro-Mitgliedstaaten.

Als Zahlungsmittel unterscheidet sich der Chiemgauer von dem Zahlungsmittel Euro durch die Quartalsgebühren, die seine *Wertaufbewahrungsfunktion* spürbar einschränken. Alle drei Monate müssen auf die Chiemgauer-Scheine kleine Gebührenmarken in Höhe von 2% ihres Wertes aufgeklebt werden, damit sie gültig bleiben. Deshalb wird sie niemand halten, also zur Wertaufbewahrung benutzen. Diese Gebühr soll ökonomisch den zügigen Umlauf der Chiemgauer, also ihren Einsatz als regionales Kaufgeld sichern. Der Chiemgauer geht in seiner Region deshalb tatsächlich rascher von Hand zu Hand als der Euro. Dadurch entsteht zusätzliche Nachfrage und infolgedessen zusätzliches Einkommen, ohne dass sich jemand verschuldet.

Der Euro bremst die Wirtschaftsentwicklung

Die Umlaufgeschwindigkeit des Euro ist leider nicht stabil, weil jeder Euro-Besitzer bei seinen Verwendungsentscheidungen von einer prinzipiell

unbegrenzten Wertaufbewahrungsmöglichkeit ausgehen kann. Er kauft oder er kauft nicht. Deshalb sinkt die Umlaufgeschwindigkeit des Euro nach den Feststellungen der Zentralbanken ständig; andernfalls hätten sich die Geldmengenvermehrungen der letzten Jahre in stärkeren Preissteigerungen auswirken müssen. Sinkende Umlaufgeschwindigkeit des Geldes kann zu Krisen und Deflation führen, wenn sich das Sinken unerwartet beschleunigt, z.B. wenn allgemeine Preissenkungen (Deflation) erwartet werden. Deswegen will die Europäische Zentralbank (EZB) einen »Sicherheitsabstand« von der Deflation und betreibt eine *Umlaufsicherung auf dem Umweg einer leichten Inflation*, die mit »unter, aber nahe 2%« jedoch noch zu gering bemessen ist. Die Menschen verhalten sich noch wie bei Geldwertstabilität, nicht wie bei spürbarer Inflation. Umlaufsichernd wirkt nur eine gefühlte Inflation; sie muss mindestens 4% jährlich, sicherheitshalber aber ständig 5% betragen. Erst dann ist die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes wirklich stabil und hinreichend schockresistent.

Diese volkswirtschaftliche Einsicht teilt die Europäische Zentralbank (EZB) nicht. Sie verteidigt die Geldwertstabilität – genauer ihr zu geringes Inflationsziel – mit großer Konsequenz. Sie bremst dadurch die Wirtschaftsentwicklung im Euro-Raum unnötig. Die Strenge des Euro verleitet einige Mitgliedstaaten dazu, die Binnenkonjunktur durch zusätzliche Staatsausgaben zu fördern – auch wenn sie deshalb Schulden machen müssen. Die Schuldenmacherei schürt ständig Inflationsängste, aber das Preisniveau entwickelt sich doch nur in dem von der EZB gesetzten Rahmen. Entgegen allen Unkenrufen ist der Euro stabiler als alle Vorgängerwährungen. Aber gerade wegen seiner unvorhergesehenen Stärke bestraft er die Schuldenmacherei, weil sich wegen der schwachen Wirtschaftsentwicklung die Steuereinnahmen nicht ausreichend entwickeln. Es ist ein Hase- und Igelspiel zwischen der Finanz- und der EZB-Politik, in der sich die letztere als stärker erweist. Genau diese Überlegenheit ist mit der gesetzlich vorgesehenen Unabhängigkeit der Notenbank gewollt. Aber das haben alle nicht verstanden, die immer noch von einer Euro-Krise reden, obwohl wir nur eine Staatsschuldenkrise haben. Der Euro muss nicht gerettet werden; er wird nicht schwach, sondern wirkt streng, in Wahrheit etwas zu streng.

Alle Mitgliedstaaten des Euro-Raumes müssen sich beim Schuldenmachen künftig zurückhalten. Den bereits überschuldeten Staaten kann ein einmaliger Schnitt zulasten der Gläubiger helfen, auf den neuen Kurs, künftig ebenfalls kaum noch Schulden zu machen, einzuschwenken. Aber auch das wird ihr Problem nicht lösen, dass die Politik der EZB, die im Interesse der Geldwertstabilität die Wirtschaftsentwicklung ständig bremst, besonders diejenigen Mitgliedsländer trifft, die schon zurückgefallen sind und eine vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeit und Schuldenlast haben. Unter

dem strengen Euro haben sie keine ökonomische Chance, die Wirtschaftsentwicklung anzukurbeln und die Steuereinnahmen zu erhöhen, um künftig ohne Neuverschuldung auszukommen. Erst nach drastischer und dauerhafter Einschränkung des Lebensstandards der griechischen Bevölkerung bestünde eine Chance auf Wachstumsraten, die sich wieder dem europäischen Durchschnitt annähern. Der Abstand im Lebensstandard der europäischen Völker bliebe trotzdem dauerhaft erhalten. Weil dies vielen Ökonomen klar ist, diskutieren sie bereits öffentlich über europäische Investitionszuschüsse (nicht Darlehen) und europäische Sozialtransfers. Damit würde die Solidarität der Staatengemeinschaft mit Sicherheit überdehnt, also Europa insgesamt gefährdet. *Wir brauchen eine Alternative!*

Griechenland braucht Regiogeld

Griechenland braucht Regiogeld, um die regionale Wirtschaft zusätzlich anzutreiben – ohne neue Auslandsschulden und ohne ausländische Zuschüsse. Mehr Umsätze durch ein umlaufgesichertes Regiogeld würden zu mehr Beschäftigung, weniger Sozialausgaben und mehr Steuereinnahmen führen. Reine Bürgerinitiativen nach dem Vorbild des Chiemgauer würden etwas, aber nicht genug bewirken.⁴ Auch kommunales Regiogeld nach dem Vorbild der dreißiger Jahre im österreichischen Wörgl und andernorts, bei dem die Kommune als Herausgeber des Regiogeldes auftritt, wird zwar mehr, aber immer noch nicht genug bewirken.

Wie wäre es, wenn der griechische Staat zur Konjunkturförderung neben dem Euro eine Art Chiemgauer landesweit, also in ganz Griechenland als zusätzliches *Zahlungsmittel* mit Umlaufsicherungsgebühren einführen würde? Der Staat könnte alle Sozialleistungen, Gehälter und Aufträge mit dem umlaufgesicherten Regiogeld bezahlen und dieses selbst als Zahlungsmittel für Steuern usw. entgegennehmen. Da weiterhin nur in Euro gerechnet würde, wäre eine doppelte Preisauszeichnung nicht erforderlich.

Der griechische Staat könnte sein Zahlungsmittel wieder *Drachme* nennen und sie zum gesetzlichen Zahlungsmittel machen, also einen Annahmeweg gesetzlich vorschreiben. Dann könnte der Privatmann im Inland auf doppelte Kassenhaltung, also auf den Euro als Zahlungsmittel verzichten und ihn nur noch zur Wertaufbewahrung und auf Auslandsreisen benutzen.

⁴ Mehrere Tageszeitungen berichteten im Sommer 2011 über eine griechische Unternehmer-Initiative namens OVOLOS, einem elektronischen Zahlungsmittel: www.ovolos.gr. Es soll zusätzliche Umsätze generieren, ist aber, soweit ersichtlich, nicht mit einer Umlaufsicherung verbunden, also noch weniger nachfragewirksam als der Chiemgauer.

Die Unternehmen kämen um eine doppelte Kassenführung nicht herum, weil natürlich auch der Euro gesetzliches Zahlungsmittel bliebe.

Jeder könnte selbst entscheiden, wann er im Inland mit Drachme und wann er mit Euro bezahlen will; die Zahlung mit Drachme müsste vom inländischen Vertragspartner ebenso angenommen werden, wie eine Euro-Zahlung – obwohl alle Verträge und sonstigen Zahlungsverpflichtungen weiterhin nur auf Euro lauten; dies ist der Sinn eines zusätzlichen (parallelen) gesetzlichen Zahlungsmittels. Es wären bald viele Drachmen in Umlauf, wenn der Staat alle seine Inlands-Ausgaben in Drachme tätigen würde. Auch jeder Unternehmer könnte seine inländischen Arbeitnehmer und Lieferanten mit Drachmen bezahlen, weil diese gesetzliches Zahlungsmittel sind. Niemand hat Probleme, die eingenommenen Drachmen wieder loszuwerden. Es ist zu erwarten, dass jeder erst dann im Inland mit Euro bezahlt, wenn er keine Drachmen mehr hat – das gilt selbstverständlich auch für die Bezahlung der Steuern an den Staat.

Noch näher zu bedenkende Fragen sind der Umtausch der Drachme in Euro und der Umstand, dass der Staat und die Bürger viele Zahlungen durch Überweisungen tätigen. Wer Auslandsschulden hat oder eine Auslandsreise antreten möchte, ist auf Euro angewiesen. Man sollte aber keinen Begründungszwang wie in einer Devisenzwangswirtschaft einführen, sondern nur eine angemessene ökonomische Hürde errichten, die dafür sorgt, dass die Inländer ihre Inlandsumsätze in Drachme tätigen.⁵ Die Hortung in Euro ist ebensowenig ein Problem wie der Kauf von Gold zur Wertaufbewahrung, solange eine ausreichende Zahl von Drachmen wirklich umlaufen. – Da viele Zahlungen im Überweisungswege geleistet werden, wird jeder der heute ein Euro-Girokonto hat, ein Drachme-Girokonto brauchen. Viele werden daneben kein Euro-Girokonto mehr brauchen, aber ihre längerfristigen Sparanlagen wohl auf Euro-Konten halten.

Den Geldumlauf verstetigen

Eine mit Geldhaltungsgebühren belastete Drachme würde die Inlandskonjunktur trotz aller staatlichen Sparmaßnahmen stabilisieren. Die Umlaufgebühr, die zunächst sehr hoch angesetzt und später herabgesetzt werden könnte, würde das Geld den Waren entgegentreiben. Jeder der die Drachme

⁵ Gegen die Konvertibilität ist Arno Gahrman in seinem Kommentar »Euro und Drachme – Eine Koexistenz von Euro und Drachme ist möglich« in der taz vom 29.09.2011, Seite 3, www.taz.de/!79075/. Er schlägt eine echte Zweitwährung vor, allerdings ohne Umlaufsicherung.

empfängt, würde sie so rasch wie möglich weitergeben. So würde der stabilisierte Geldstrom einen kontinuierlichen Warenstrom tragen und diesen stetig wachsen lassen, bis die Vollbeschäftigung erreicht wird und dem weiteren Wachstum Grenzen setzt.

Der inländische Warenstrom einer Wirtschaft hängt davon ab, dass die Nachfrage, also das Angebot an Geld – oder mit anderen Worten der Geldstrom – ununterbrochen in gleichbleibender Stärke fließt. Wird der Geldstrom schwächer, weil die Geldmenge von der Notenbank verringert wird oder die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes durch Kaufzurückhaltung der Geldinhaber sinkt, dann muss der Warenstrom schrumpfen und infolgedessen müssen Arbeitskräfte entlassen werden. Daraus kann eine sich selbst verstärkende Abwärtsspirale entstehen. Der Geldstrom kann aber auch stärker werden, wenn bei gleichbleibender Umlaufgeschwindigkeit die Geldmenge vermehrt oder bei gleicher Geldmenge die Umlaufgeschwindigkeit erhöht wird. Je höher die Geldhaltungsgebühr, je höher steigt das Niveau der Umlaufgeschwindigkeit.

Es wird in Griechenland konjunkturpolitisch zunächst darauf ankommen, die Umlaufgeschwindigkeit der Zahlungsmittel zu erhöhen, ohne dass die Bevölkerung beim Geldausgeben in die Hektik verfällt, die in Hyperinflationen zu beobachten ist. Zwar muss die Geldhaltungsgebühr in wirtschaftlich unsicheren Zeiten, wie sie in Griechenland jetzt herrschen, schon recht spürbar sein, um die Zurückhaltung beim Geldausgeben ökonomisch zu überwinden. Dafür reichen sicher zehn Prozent Verlust im Jahr – wohlgemerkt nur auf den Kassenbestand, denn die Geldvermögensanlagen werden in Euro gerechnet und bleiben deshalb im Wert erhalten. Darum ist auch von einer zunächst hohen Geldhaltungsgebühr keine Hektik beim Geldausgeben zu erwarten, wohl aber eine spürbare Veränderung bei der Einkommensverwendung; es wird unverzüglich, also rascher als heute üblich entschieden, was mit dem Geld geschehen soll. Ist die Verhaltensänderung bei der Geldverwendung erst einmal erreicht, kann der ökonomische Druck der Geldhaltungsgebühr nach und nach auf fünf Prozent pro Jahr – aber nicht weiter – gesenkt werden.

Nach Stabilisierung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes braucht die Notenbank nur noch die Drachmen-Geldmenge zu regulieren, damit der Geldstrom so breit wird, wie der Warenstrom durch die Beschäftigung brachliegender Kapazitäten wachsen kann. Die Wirtschaft wächst dann – auch bei staatlichen Sparmaßnahmen zum Ausgleich des Staatshaushalts – in die Vollbeschäftigung hinein. Davon hängt die Wiedererlangung des sozialen Friedens in Griechenland ab. Jeder Arbeitsfähige und -willige kann dann so lange arbeiten, wie er möchte. Nach Erreichen der Vollbeschäftigung kann die Wirtschaft höchstens noch im Maße des Produkti-

vitätsfortschritts wachsen. Voraussichtlich wird das Wachstum sogar geringer ausfallen, weil viele Menschen angesichts sicherer Arbeitsplätze ihre Urlaubs- und Teilzeitwünsche ausweiten werden; kein Betrieb wird dann noch mit Entlassung reagieren, weil neue Mitarbeiter nur schwer zu gewinnen sind.

Mut zu Alternativen

Diese Ideenskizze kann nicht alle Probleme benennen, die auf dem einzuschlagenden Wege gelöst werden müssen.⁶ Die griechische Notenbank und die EZB behalten die Gesamtgeldmenge von Drachme und Euro fest in der Hand und steuern damit auch die Entwicklung des Preisniveaus in Griechenland. Der griechische Gesetzgeber kann ihnen sogar die Festlegung der Höhe der Geldhaltungsgebühr für die Drachme in einem gesetzlich festgelegten Rahmen überlassen, damit eine geldpolitische Feinsteuerung der Umlaufgeschwindigkeit der Drachme möglich wird. Die zusätzlichen Umsätze und der dadurch induzierte Wirtschaftsaufschwung ergäben sich allein aus der höheren Umlaufgeschwindigkeit der Drachme. Es ist eben nicht gleichgültig, ob die Geldscheine im Monat durchschnittlich nur einen oder 10 und mehr Umsätze machen.

Die staatliche Drachme könnte besteuert (mit Haltegebühren belegt) werden, ohne Marken auf Geldscheine zu kleben. Das könnte den Vorwurf entkräften, den auch die FAZ erhob, die Umlaufsicherung des Geldes sei zu umständlich. Eine Möglichkeit dazu hat Thomas Seltmann in Form maschinenlesbarer Geldscheine in dieser Zeitschrift beschrieben.⁷ Eine andere Möglichkeit wäre es, die Drachme ausschließlich als elektronisches Zahlungsmittel zu konstruieren. Jeder Bürger erhält ein zusätzliches Drachme-Bankkonto mit Drachme-Geldkarte. Mit der Karte kann er im Wege des Lastschrift- oder PIN-Verfahrens vom Konto abbuchen lassen; mit der Geldkarte kann er wie mit Bargeld anonym bezahlen. Drachme-Scheine und -Münzen sind dann nicht notwendig. Die Schuldverpflichtungen werden in beiden Fällen auf den Cent genau beglichen. Kleinbeträge brauchen vom Kaufmann nicht in Euro-Münzen herausgegeben zu werden, wie dies beim Chiemgauer und bei Seltmanns Vorschlag noch praktiziert werden

⁶ Eine Gelegenheit zur Klärung mancher Fragen wird die Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung e. V. bieten, die am 19./20. November 2011 in Bad Boll/Württemberg stattfinden soll. Programm: <http://www.sffo.de/sffo/sffova2011.html#nov>

⁷ Thomas Seltmann, HUMANE WIRTSCHAFT 2010 Nr. 2, Wie sich die Liquiditätsgebühr systemkonform realisieren lässt

muss. Vor jeder Zu- oder Abbuchung – sowohl auf dem Bankkonto als auch auf der Geldkarte – würde der bisherige Kontostand elektronisch um den Drachme-Betrag reduziert, der der Höhe des staatlichen Gebührensatzes seit der letzten Buchung entspricht. Das läuft wie die Berechnung eines Kreditzinses. Der Gebührensatz dürfte die Kosten der Kontoführung und der Geldkarte decken.

Die Autoren dieses Heftes:

Eckhard Behrens
Bergstraße 29, 62120 Heidelberg

Dr. Gerhardus Lang
Klinge 10, 73087 Bad Boll

Fundstelle des Mottos:

Zitat nach Karl Hahn, Föderalismus – die demokratische Alternative, 1975, S. 141, Fn. 15

Schriftenreihe »Fragen der Freiheit«

Begründet 1957 durch Diether Vogel †, Heinz-Hartmut Vogel †,
Lothar Vogel †

Herausgeber: Seminar für freiheitliche Ordnung e.V.

Redaktion: Fritz Andres c/o Seminar für freiheitliche Ordnung e.V.

Die Autoren tragen die Verantwortung für ihre Beiträge selbst.

Für nichtverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Nachdruck und sonstige Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit
vorheriger schriftlicher Zustimmung des Herausgebers.

Gesamtinhaltsverzeichnis der in »Fragen der Freiheit« erschienenen
Beiträge kann angefordert werden.

Bezug: Seminar für freiheitliche Ordnung e.V.,
Badstr. 35, D-73087 Bad Boll, Telefon (07164) 3573
Fax (0 71 64) 70 34, E-Mail: info@sffo.de
Internet: www.sffo.de

Preise: *Einzelheft:* 5,- Euro/8,- sfr
für Schüler, Studenten, Auszubildende und Arbeitslose:
3,- Euro/5,- sfr –
jeweils zuzüglich Versandkosten
Abonnement: 5,- Euro/8,- sfr
für Schüler, Studenten, Auszubildende und Arbeitslose:
3,- Euro/5,- sfr –
jeweils pro Heft und einschließlich Versandkosten
Rechnungsstellung am Jahresende

Bank: Volksbank Göppingen Nr. 482 999 004, BLZ 610 605 00
Postbank Frankfurt am Main 261404-602, BLZ 500 100 60

Schweiz: Postscheckamt Bern 30-30 731/9

Wer die steuerlich als gemeinnützig anerkannte Arbeit des Seminars für
freiheitliche Ordnung e.V. als *förderndes Mitglied* mit einem Jahresbei-
trag von 60,- Euro/100,- sfr oder mehr unterstützt, wird über die Arbeits-
ergebnisse durch die *unentgeltliche Lieferung* der »Fragen der Freiheit«
informiert.

ISSN 0015-928 X

Technische Gesamtherstellung:

Mediendesign Späth GmbH, 73102 Birenbach

Printed in Germany